

JAHRESBERICHT 2016

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist

DIE WELTWEIT GRÖSSTE REGIONALE SICHERHEITSORGANISATION.

Sie setzt sich dafür ein, dass über eine Milliarde Menschen zwischen Vancouver und Wladiwostok in Frieden, Demokratie und Stabilität leben können.

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.

Titelfoto: Die Beobachter Maria Torelm und John Yuhas treffen Vorbereitungen für die Inspektion von Waffenlagerstätten in der Ostukraine, 1. Juni 2016.

Foto: Jewgeni Maloletka

INHALT

| | |
|---|-----------|
| BOTSCHAFT DES GENERALEKRETÄRS | 5 |
| BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES | 8 |
| DER STÄNDIGE RAT | 23 |
| DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION | 26 |
| DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE..... | 29 |
| DAS SEKRETARIAT | 32 |
| – Konfliktverhütung..... | 33 |
| – Grenzüberschreitende Bedrohungen | 37 |
| – Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich..... | 40 |
| – Bekämpfung des Menschenhandels | 44 |
| – Geschlechtergleichstellung | 46 |
| DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE..... | 48 |
| DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN | 52 |
| DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT | 55 |
| FELDOPERATIONEN | 57 |
| – Regionale Lösungen für regionale Herausforderungen | 58 |
| SÜDOSTEUROPA | |
| – Die Präsenz in Albanien..... | 59 |
| – Die Mission in Bosnien und Herzegowina | 62 |
| – Die Mission im Kosovo | 65 |
| – Die Mission in Montenegro | 68 |
| – Die Mission in Serbien..... | 70 |
| – Die Mission in Skopje..... | 73 |
| OSTEUROPA | |
| – Die Mission in Moldau | 76 |
| – Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine | 79 |
| – Der Projektkoordinator in der Ukraine | 82 |
| – Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk | 85 |
| SÜDKAUKASUS | |
| – Das Büro in Eriwan..... | 87 |
| ZENTRALASIEN | |
| – Das Zentrum in Aschgabat..... | 89 |

| | | |
|---|--|-----|
| – | Das Programmbüro in Astana..... | 92 |
| – | Das Zentrum in Bischkek..... | 95 |
| – | Das Büro in Tadschikistan..... | 98 |
| – | Der Projektkoordinator in Usbekistan | 101 |

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

DURCH PARTNERSCHAFTEN.....103

| | | |
|---|--|-----|
| – | Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum..... | 103 |
| – | Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen | 106 |

ANHÄNGE.....112

| | | |
|---|---|-----|
| – | Abkürzungen..... | 112 |
| – | Gesamthaushalt | 114 |
| – | Beiträge der Teilnehmerstaaten | 115 |
| – | Außerbudgetäre Mittelzusagen und Ausgaben | 116 |
| – | Personal..... | 118 |

BOTSCHAFT DES GENERALESEKRETÄRS

Nun, da meine zweite Amtszeit als Generalsekretär zu Ende geht, erfüllt es mich mit Genugtuung, zu sehen, wie die OSZE in dieser Zeit auf ein sich rasant änderndes sicherheitspolitisches Umfeld und auf die zunehmenden Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen unsere Region in den letzten Jahren konfrontiert war, reagiert hat. Die Organisation hat sich als wirkungsvolles Instrument für die Auseinandersetzung mit Konflikten erwiesen, indem sie dem Dialog einen politischen Raum gab und ein Instrumentarium zur Verfügung stellte, das eine Weiterverfolgung und schließlich die erfolgreiche Umsetzung in die Praxis ermöglichte. Sie hat dadurch ihre Bedeutung erneut unter Beweis gestellt, an Sichtbarkeit gewonnen und ihre Arbeit noch stärker als bisher an der globalen Friedens- und Sicherheitsagenda ausgerichtet.

Eine vorrangige Priorität bildeten auch 2016 die Bemühungen der Organisation um Deeskalation in der Krise in und um die Ukraine sowie um die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in der weiteren OSZE-Region. Bei Ausbruch der Krise reagierte die OSZE unverzüglich und mit Geschick, indem sie den politischen Prozess durch die Trilaterale Kontaktgruppe und Bemühungen um einen Abbau der Spannungen vor Ort durch die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) erleichterte. Als sich der Konflikt ausbreitete, passte sich die Organisation flexibel an die neuen Erfordernisse an und erwies sich als Brückenbauer, der das Vertrauen aller Seiten genießt. Mit der Ausweitung unserer Rolle sind auch die in die OSZE gesetzten Erwartungen gestiegen. Es sei daran erinnert, dass die Organisation ein Vermittler ist, den Konflikt aber nur die Seiten beenden können.

Die OSZE setzte ihre Arbeit in den für die Langzeitkonflikte im Südkaukasus und in Moldau gewählten Verhandlungsformaten fort. Leider spitzte sich die Auseinandersetzung um Bergkarabach dramatisch zu und die Fortschritte sind insgesamt unzureichend, doch lassen wir nicht nach in unserem Streben nach einer friedlichen und dauerhaften Lösung für diese Konflikte.

Auch wenn die SMM von allen 16 Feldoperationen der OSZE in der öffentlichen Wahrnehmung am stärksten präsent ist, sind doch alle ein wichtiger Partner für ihr jeweiliges Gastland. Mit ihrer Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung von deren OSZE-Verpflichtungen spielen sie eine entscheidende Rolle, wobei die Organisation immer Hand in Hand mit den Regierungen der Gastländer bemüht ist sicherzustellen, dass die Feldoperationen für diese einen zusätzlichen Nutzen bringen. In einigen Fällen bekundeten Teilnehmerstaaten großes Interesse an einer Überprüfung des Mandats bestimmter Feldoperationen, um sich zu vergewissern, dass diese nach wie vor den vorrangigen Bedürfnissen des betreffenden Gastlandes gerecht werden. Wir brauchen uns keineswegs zu scheuen, die Aktivitäten unserer Feldoperationen regelmäßig dahingehend zu überprüfen, ob ihre Tätigkeit nach wie vor der Unterstützung ihres jeweiligen Gastlandes dient, doch dürfen wir dabei nie das Kernmandat der OSZE – die Förderung von Sicherheit und Stabilität – aus den Augen verlieren. Eine solche Überprüfung unter der Führung des Vorsitzes sollte inklusiv und transparent sein.

2016 kam es zu einer besorgniserregenden Häufung von Terroranschlägen im OSZE-Raum und in den angrenzenden Regionen, eine mörderische Entwicklung, die sich in den letzten Jahren verstärkt hat. Terrorismus und gewaltbereiter Extremismus zählen neben organisierter Kriminalität und Menschenhandel, großen Bevölkerungsbewegungen und dem Klimawandel

zu den gravierendsten grenzüberschreitenden und globalen Herausforderungen, mit denen wir heute zu tun haben. Für eine wirksame Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens auf lokaler, regionaler und globaler Ebene. Wir bemühen uns weiterhin um engere Beziehungen zu den Vereinten Nationen (VN) und anderen internationalen und regionalen Organisationen. Zugleich dienen uns die Vorgaben der *Ziele für nachhaltige Entwicklung* als Leitstern für unsere Aktivitäten im Dienste des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Wir haben 2016 Schritte unternommen, um die Rolle der OSZE bei der Gestaltung und Steuerung großer Bevölkerungsbewegungen besser zu definieren. Eine von mir einberufene Veranstaltung im Rahmen der OSZE-Sicherheitstage in Rom war der Auftakt zu einer informellen doch umfassenden Erörterung zwischen den Teilnehmerstaaten, die einer Erklärung zur Migration auf dem Hamburger Ministerrat den Weg bereitete. Dieses Dokument steht in seiner Aktualität im Einklang mit der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten, die von der Generalversammlung der VN im September 2016 verabschiedet wurde und die OSZE in die weltweiten Bemühungen um die Bewältigung der Auswirkungen der Massenmigration einbindet.

Die Sicherheit im OSZE-Raum ist untrennbar mit der Sicherheit in den angrenzenden Regionen verbunden und das komplexe globale Sicherheitsumfeld hat uns noch näher an unsere Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum herangebracht. Durch ein verstärktes Zusammenwirken der OSZE mit unseren Partnern entsteht eine wertvolle Dialogplattform für Sicherheitsfragen von gemeinsamem Interesse.

Wir werden aber auch in Zukunft die Zusammenarbeit der OSZE mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, den Medien und der Wirtschaft verstärken. Das *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* und das *New-Med Network* liefern weiterhin wertvolle Analysen und Empfehlungen. Verbindungen dieser Art gewinnen in Zeiten sich vertiefender Gräben sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb der Gesellschaften an Bedeutung.

Wir haben die Querschnittsaufgabe Gender weiter in alle Strategien, Programme und Aktivitäten der OSZE einfließen lassen und unsere Bemühungen verstärkt, junge Menschen in unsere Debatten und Aktivitäten einzubinden, im Wissen, dass der jungen Generation eine wichtige Rolle bei der Konfliktverhütung und -lösung und der Bewältigung globaler und grenzüberschreitender Herausforderungen zukommen kann.

Der deutsche Vorsitz hat keine Mühen gescheut, um den Dialog zu erneuern, Vertrauen neu aufzubauen und die Sicherheit wiederherzustellen. Die Hauptfunktion der OSZE ist die Konfliktverhütung, und so wurden die Schritte, die der Vorsitz und die Teilnehmerstaaten zur Neubelebung des Dialogs und zur Stärkung der Rolle der Organisation in allen Phasen des Konfliktzyklus unternommen haben, sehr begrüßt. Und doch bestätigte sich sowohl beim Ministerrat in Hamburg als auch beim informellen Ministerratstreffen in Potsdam, dass eine zusätzliche Plattform für eine offene Debatte unter den Ministern eröffnete, wie schwierig es geworden ist, einen konstruktiven, zukunftsorientierten Dialog zu führen, wenn grundlegende Differenzen über die Verletzung zentraler Verpflichtungen und über die Umsetzung von Verpflichtungen fortbestehen. Der Vorsitz hat auch die Wiederaufnahme der Erörterungen zur konventionellen Rüstungskontrolle in Gang gesetzt – ein willkommener Versuch, neue Dynamik in einen grundlegenden Bereich des OSZE-Engagements zu bringen. In Bezug auf beide Diskussionen habe ich versucht, mit der Abhaltung von Veranstaltungen im Rahmen der OSZE-Sicherheitstage in Berlin und Wien eine informelle Debatte anzustoßen. Der

österreichische OSZE-Vorsitz hat zugesagt, diese Bemühungen 2017 fortzuführen; ich bin überzeugt, dass er sich mit großer Energie um die Förderung des Dialogs und die Wiederherstellung von Vertrauen bemühen wird.

Abschließend möchte ich allen OSZE-Mitarbeitern im Sekretariat, in den Institutionen und in den Feldoperationen größte Anerkennung aussprechen; sie alle haben durch ihr Engagement und ihre Professionalität unermüdlich mitgeholfen, die hohen Erwartungen zu erfüllen, die in diesen schwierigen Zeiten in unsere Organisation gesetzt werden. Ich bin zuversichtlich, dass die OSZE auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle für die Sicherheit im euro-atlantischen und eurasischen Raum spielen wird. Die OSZE als inklusive Plattform für Dialog und gemeinsames Handeln bietet somit einen einzigartigen Raum für die Bewältigung und Überwindung von Gegensätzen; sie stellt immer wieder ihre Fähigkeit unter Beweis, wirksame Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen in unserer Region zu finden.

Lamberto Zannier
Generalsekretär der OSZE
Wien, 2016

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES

Der Vorsitz wird vom Ministerrat bestimmt; der Außenminister des ausgewählten Teilnehmerstaats übt ein Jahr lang die Funktion des Amtierenden Vorsitzenden aus.

Deutschland: Dialog erneuern, Vertrauen neu aufbauen, Sicherheit wieder herstellen

www.osce.org/cio

In einer Zeit ständiger Bedrohungen für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus übernahm Deutschland eine besondere Verantwortung für die OSZE. Konflikte im OSZE-Raum, Terroranschläge und Radikalisierung, Flüchtlings- und Migrationsbewegungen und deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaften, der kleiner werdende Raum der Zivilgesellschaft und Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind nur einige Beispiele für die großen Herausforderungen, mit denen die OSZE-Teilnehmerstaaten heute konfrontiert sind.

Unter dem Leitmotiv „Dialog erneuern, Vertrauen neu aufbauen, Sicherheit wiederherstellen“ machte sich der deutsche OSZE-Vorsitz an die Bewältigung dieser Herausforderungen, indem er sich um die Förderung eines dauerhaften Konfliktmanagements bemühte und zu diesem Zweck Impulse für eine Erneuerung des politischen Dialogs setzte und Wege aufzeigte, um die OSZE in die Lage zu versetzen, ihr Potenzial und ihre Erfahrung bestmöglich zu nutzen.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass die von Ost und West damals gemeinsam niedergelegten OSZE Prinzipien, Verpflichtungen und Werte nach wie vor die Grundlage und Leitlinie für die friedliche Lösung der ständig wachsenden Zahl von Krisen und Konflikten bilden, vor denen wir heute stehen.“

Frank-Walter Steinmeier, Amtierender Vorsitzender der OSZE und deutscher Außenminister

KONFLIKTBEWÄLTIGUNG

Auch 2016 war die Agenda der OSZE ganz von Konflikten im OSZE-Raum geprägt. Insbesondere die Krise in und um die Ukraine war das ganze Jahr hindurch eine große Sorge. Dazu kam die neuerliche Eskalation der Gewalt im Bergkarabach-Konflikt im Frühjahr 2016, die eine Intensivierung des Krisenmanagements notwendig machte. Der deutsche Vorsitz bemühte sich unter großem Einsatz um die Bewältigung dieses Konflikts sowie anderer mit dem Ziel, die OSZE-Formate für Konfliktlösung zu stärken und die Lebensverhältnisse der von diesen Konflikten betroffenen Menschen zu verbessern.

Der Vorsitz war in der Lage, die zeitgerechte Verabschiedung des Mandats und des Haushalts für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine sowie für die Beobachtermission an den russischen Grenzkontrollposten Gukowo und Donezk sicherzustellen, und versah beide Feldoperationen mit politischen und operativen Handlungsempfehlungen, Ressourcen und Fähigkeiten. Der Vorsitz forderte alle Parteien nachdrücklich auf, die Sicherheit und den Schutz der Beobachter zu garantieren, ihre Bewegungsfreiheit sicherzustellen und die Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen, dem einzigen Rahmen für eine politische Lösung der Krise in und um die Ukraine, umzusetzen. Als Mitglied des Normandie-Formats und über seinen Sonderbeauftragten in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe

(TKG), Botschafter Martin Sajdik, trug der Vorsitz zu den regelmäßigen Erörterungen der Umsetzung aller Aspekte der Minsker Vereinbarungen und zur Erzielung konkreter Vereinbarungen wie über die Entflechtung von Truppen und Militärgerät bei.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier verlieh seinem Eintreten für eine friedliche politische Lösung des Konflikts und für die unverzichtbare Beobachtungs- und Mediationsrolle der OSZE bei zwei Besuchen in der Ukraine, einem davon gemeinsam mit dem französischen Außenminister Jean-Marc Ayrault in die ostukrainische Stadt Kramatorsk, zusätzlichen Nachdruck.

TRILATERALE KONTAKTGRUPPE

Die Trilaterale Kontaktgruppe und ihre Arbeitsgruppen setzten ihre Aktivitäten in diesem Jahr mit regelmäßigen Treffen in Minsk fort, die von Botschafter Martin Sajdik, dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe koordiniert wurden.

Wie in den Vorjahren bildeten Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheitslage und zur Einigung auf konkrete Schritte zur Erleichterung der Umsetzung der entsprechenden Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen einen wesentlichen Schwerpunkt bei diesen Gesprächen. Im Zusammenhang damit verabschiedete die TKG Beschlüsse betreffend Minenräumung und das Verbot von Gefechtsschießübungen, die beide am 3. März 2016 unterzeichnet wurden, sowie den Rahmenbeschluss über die Entflechtung von Truppen und Militärgerät am 21. September. Diese Beschlüsse wurden von der Arbeitsgruppe Sicherheit vorbereitet, die von Botschafter Ertugrul Apakan koordiniert wird.

Im Hinblick auf politische Angelegenheiten diskutierten die TKG und die von Botschafter Pierre Morel koordinierte Arbeitsgruppe Politik eingehend die Modalitäten für lokale Wahlen in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk, die Verabschiedung des Gesetzes über ein Sonderregime für die Selbstverwaltung in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk, und die sogenannte Steinmeier-Formel; damit leisteten sie solide Vorarbeiten für Erörterungen und künftige Beschlüsse in der TKG, dem Normandie-Format und im ukrainischen Parlament.

In den von Botschafter Toni Frisch und Per Fischer koordinierten Bereichen Menschenrechte und Wirtschaft ging die Arbeit zu Fragen wie Zugang zu Gefangenen und deren Freilassung, Sozialleistungen, Wiederherstellung lebenswichtiger Infrastruktur einschließlich Energie- und Wasserversorgung, Unterstützung für die Arbeit internationaler humanitärer Hilfsorganisationen in der Konfliktzone weiter.

Hinsichtlich des Bergkarabach-Konflikts reagierte der Vorsitz rasch auf die Eskalation der Feindseligkeiten entlang der Kontaktlinie im April 2016 mit der Einberufung einer Sondersitzung des Ständigen Rates (PC) und der Empfehlung, die in Wien und St. Petersburg auf Ebene der Präsidenten getroffenen Vereinbarungen über die Aufstockung des Büros des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Andrzej Kasprzyk, umzusetzen, sowie mit der Einrichtung eines Ermittlungsmechanismus. Der Vorsitz rief dazu auf, zur Beilegung des Konflikts den politischen Verhandlungsprozess wiederaufzunehmen.

Deutschland intensivierte auch die Bemühungen, um Bedingungen herzustellen, die weitere Schritte in der Lösung anderer Konflikte im OSZE-Raum erlauben. Mit Botschafter Günther

Bächler und Botschafter Cord Meier-Klodt ernannte der Amtierende Vorsitzende die erfahrenen Diplomaten zu seinen Sonderbeauftragten für den Südkaukasus und den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage. In beiden Einsatzbereichen konnten positive Entwicklungen erreicht werden, wie die Wiederaufnahme des Gali-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) im Rahmen der Internationalen Genfer Gespräche, die Wiederaufnahme der Gespräche im „5+2“-Format und die Einigung auf einen ergebnisorientierten Fahrplan für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage. In beiden Regionen wies der Amtierende Vorsitzende Steinmeier bei seinen Besuchen darauf hin, dass er sich persönlich für die OSZE-Bemühungen um die Lösung dieser Konflikte engagiert und sondierte die Möglichkeiten für weitere Schritte zur Vertrauensbildung und zum Dialog.

Der deutsche Vorsitz legte besonderes Augenmerk auf die weitere Stärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement, Konfliktlösung und Konfliktnachsorge. Zu diesem Zweck führte der Vorsitz das ganze Jahr hindurch strukturierte Gespräche mit Teilnehmerstaaten. Vier gemeinsam mit dem OSZE-Sekretariat veranstaltete Diskussionsrunden, eine interne Arbeitstagung auf Expertenebene, eine fokussierte Botschafterklausur und eine Parallelveranstaltung auf Ministerebene am Rande der 71. Tagung der Generalversammlung der VN legten den Grundstein zu konkreten Empfehlungen für eine weitere Stärkung der OSZE-Fähigkeiten auf diesem Gebiet; eine Zusammenfassung davon findet sich auch im Bericht des Vorsitizes.

STÄRKUNG DER REAKTION DER OSZE AUF SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Der Vorsitz bemühte sich mit beträchtlichem Einsatz darum, Vertrauen neu aufzubauen, was er durch eine Erneuerung des Dialogs auf allen Ebenen und Zusammenarbeit bei der Auseinandersetzung mit den großen Herausforderungen für Sicherheit und Stabilität versuchte. Um den Austausch politischer Auffassungen und vorbildlicher Verfahren zu verbessern und günstige Voraussetzungen für die künftige Zusammenarbeit zu schaffen, organisierte, finanzierte und unterstützte der Vorsitz mehr als 300 Veranstaltungen im gesamten OSZE-Raum zu den breitgefächerten Themenfeldern aus dem umfangreichen Arbeitsprogramm der OSZE. Es war dem Vorsitz besonders daran gelegen, neue Elemente für einen inklusiven, informellen und ergebnisorientierten Dialog in den bestehenden Formaten und zusätzlich dazu einzubringen, und Diskussionen über neue Herausforderungen anzustoßen. In allen Formaten war es das Ziel des Vorsitizes, Zivilgesellschaft, Jugend und die Wissenschaft sowie Kultur- und Kunstschaffende und andere maßgebliche Akteure und Interessierte verstärkt einzubinden, um das gesamte verfügbare Reservoir an Expertise und Erfahrung auszuschöpfen.

Als Beispiel für diese Herangehensweise sei die Konferenz des Vorsitizes *Connectivity for Commerce and Investment* im Mai 2016 in Berlin genannt, an der mehr als 800 Vertreter der Teilnehmerstaaten, wissenschaftlicher Institutionen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft teilnahmen, um neue Ideen zu entwickeln, wie man wirtschaftliche Konnektivität und gute Regierungsführung in der OSZE stärken kann. In der menschlichen Dimension kamen mehr als 300 Personen zu einer öffentlichkeitswirksamen Konferenz des Vorsitizes „Toleranz und Vielfalt“ in Berlin zusammen, um Empfehlungen zur Bekämpfung von Hass und Intoleranz in den Gesellschaften im OSZE-Raum zu erörtern.

Zur Förderung eines substanziellen Dialogs auf politischer Ebene lud der Amtierende Vorsitzende die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten zu einem informellen Treffen

am 1. September 2016 in Potsdam (Deutschland) ein. Die Erörterungen kreisten um die Herausforderungen für die europäische Sicherheitsordnung und Möglichkeiten für eine wirksamere Reaktion von OSZE-Seite. Intensive und zum Teil kontroverse Debatten auf Ebene der Minister wurden auf dem Ministerrat in Hamburg fortgesetzt. Diese Diskussionen machten ebenso wie die Beschlüsse und Erklärungen, die vom Ministerrat verabschiedet wurden, deutlich, dass die OSZE nach wie in der Lage ist, zu handeln und als einzigartige Dialogplattform zu fungieren.

EINE AGENDA FÜR DIE ZUKUNFT

Gemeinsam mit Österreich und Italien, die 2017 beziehungsweise 2018 den Vorsitz führen werden, verlieh der deutsche Vorsitz der Überzeugung Ausdruck, dass weitere Schritte zur Stärkung der OSZE als Grundpfeiler der europäischen Sicherheit dringend geboten sind, und steckte Themenfelder und konkrete Maßnahmen ab, in denen die OSZE weiterhin und auch künftig tätig werden sollte (in der „Hamburger Erklärung der designierten Troika – eine starke OSZE für ein starkes Europa“, siehe unten).

Die Troika war sich darin einig, weiter darauf hinzuarbeiten, die OSZE wieder ins Zentrum der multilateralen Diplomatie in Europa zu stellen und politische Kommunikationskanäle offen zu halten, gerade in schwierigen Zeiten. Sie sagten der OSZE ihre Hilfe zu, sie für neue Herausforderungen multidimensionaler Konfliktsituationen zu wappnen und das Instrumentarium der OSZE für den gesamten Konfliktzyklus weiterzuentwickeln. Aufbauend auf seine Aktivitäten zur Modernisierung des Wiener Dokuments und das vom Hamburger Ministerrat erteilte Mandat für die Aufnahme eines strukturierten Dialogs über die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken im OSZE-Raum bereitete der deutsche Vorsitz weiteren Aktivitäten den Weg.

„Mit der nachdrücklichen Unterstützung der Partner in der Troika ermutigte der deutsche Vorsitz alle Teilnehmerstaaten, ihren Verpflichtungen gegenüber unserer gemeinsamen Organisation nachzukommen und in gemeinsamer Verantwortung für die OSZE zusammenzuarbeiten. Deutschland bekennt sich weiterhin zu diesen Zielen und zu seiner Unterstützung für die OSZE. Ausgehend von unserer Erfahrung des OSZE-Vorsitzes 2016 sind wir der festen Überzeugung, dass Dialog, Zusammenarbeit und ein wieder belebter Multilateralismus die einzigen nachhaltigen Antworten auf die Herausforderungen von heute sind.“

Frank Walter Steinmeier, Amtierender Vorsitzender der OSZE und deutscher Außenminister

23. MINISTERRAT

8. – 9. DEZEMBER, HAMBURG (DEUTSCHLAND)

Der Ministerrat 2016 in Hamburg war der Höhepunkt der Bemühungen des deutschen OSZE-Vorsitzes, die OSZE angesichts zunehmender Bedrohungen der Sicherheit zu stärken. Er konnte sich dabei auf die Erörterungen der OSZE-Außenminister im Zuge ihres informellen Treffens in Potsdam am 1. September 2016 stützen.

Die Aussprachen im Zuge der zweitägigen Veranstaltung fanden sowohl im offiziellen Plenum als auch in informellerem Rahmen statt, bei einem Arbeitsessen zu Mittag, zu dem nur die Außenminister geladen waren, und bei einem Diner im Hamburger Rathaus sowie im Zuge der verschiedenen themenbezogenen Nebenveranstaltungen und Troika-Treffen mit dem Kooperationspartnern. Fragen von besonderem Interesse waren die Bemühungen zur Beilegung bestehender Konflikte im OSZE-Raum, darunter insbesondere die Krise in und um

die Ukraine, die Stärkung der Kapazitäten der OSZE im zivilen Krisenmanagement, die Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle und die OSZE für die wirkungsvolle Auseinandersetzung mit neuen globalen Herausforderungen auch in der menschlichen Dimension zu rüsten.

Die Außenminister verabschiedeten in Hamburg zehn Beschlüsse und Erklärungen. Im Bereich Migration kamen die Teilnehmerstaaten überein, die Organisation als Plattform für den Austausch zu nutzen und sich weiterhin mit migrationsbezogenen Fragen, in denen die OSZE Expertise besitzt, zu befassen. Der Ministerrat nahm einen weitreichenden Beschluss über die Stärkung von guter Regierungsführung und Förderung der Konnektivität in Wirtschaft und Umwelt an. Die Teilnehmerstaaten sagten zu, ausloten zu wollen, wie sich negative Entwicklungen in der konventionellen Rüstungskontrolle rückgängig machen lassen, und begrüßten im Wissen um die Wechselbeziehung zwischen konventioneller Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und dem größeren politisch-militärischen Zusammenhang die Aufnahme eines strukturierten Dialogs.

Neben den im Konsens verabschiedeten Texten fasste der Amtierende Vorsitzende 2016 seine Sicht vom Verlauf des Treffens in Form einer Erklärung zusammen, die seine eigenen Schlussfolgerungen enthielt. Ein zusammenfassender Bericht des Vorsitzes nahm ebenfalls eine Bestandaufnahme der umfassenden Arbeit vor, die 2016 in Vorbereitung des Ministerrats geleistet wurde. Darüber hinaus erläuterte die Troika des OSZE-Vorsitzes 2017 (Deutschland, Österreich, Italien) in der Hamburger Erklärung kurz ihre fünf Aktionslinien, die eine Agenda für die künftige Arbeit der OSZE umfasst, mit dem Ziel einer „starken OSZE für ein sicheres Europa“.

Im Zuge des Ministerrats in Hamburg wurde am Rande des offiziellen Treffens eine innovative Zone für Debatten und Ausstellungen mit der Bezeichnung *#mxdzone – Hamburg Forum for Dialogue* eingerichtet. Es war der erste derartige Raum im Rahmen eines OSZE-Ministerratstreffens und war dazu gedacht, den Austausch zwischen Delegationen, Vertretern der Zivilgesellschaft, Medien und Jugendlichen zu erleichtern. Im Vorfeld des Ministerrats nahm der Amtierende Vorsitzende, Minister Steinmeier, Empfehlungen der Zivilgesellschaft entgegen, die das Ergebnis einer von der OSZE-weiten NGO-Koalition *Civic Solidarity Platform* organisierten Veranstaltung waren.

„Es geht um die grundlegende Frage, ob wir dieser Vision kooperativer und umfassender Sicherheit weiterhin folgen wollen oder nicht. Die Vision von Helsinki, Paris und Astana – die Vision einer auf gemeinsamen Prinzipien und Regeln beruhenden kooperativen Sicherheitsordnung – sie ist heute nicht nur bedroht durch eine Anhäufung von Krisen. Gegen diese Tendenz jedoch haben wir hier in Hamburg ein wichtiges Zeichen gesetzt. Denn wir sind hier trotz all unserer Meinungsverschiedenheiten zusammengekommen und haben konstruktiv miteinander verhandelt. Wir haben uns auf eine Reihe von gemeinsamen Texten geeinigt, die das breite Spektrum der OSZE reflektieren. Doch damit können wir uns nicht zufriedengeben. Jetzt müssen wir diese Impulse nutzen, nach vorne schauen und sicherstellen, dass die OSZE noch effektiver und handlungsfähiger für die Zukunft wird.“

Frank Walter Steinmeier, Amtierender Vorsitzender der OSZE und deutscher Außenminister

Hamburger Erklärung der designierten Troika – eine starke OSZE für ein sicheres Europa

Fünf künftige Aktionslinien:

1. Eine solide Dialogplattform: Kommunikationskanäle ausweiten

- | | |
|----|---|
| 2. | Fortschritt für den Frieden: in nachhaltige Konfliktlösung investieren |
| 3. | Mehr Sicherheit für alle: VSBM und konventionelle Rüstungskontrolle in Europa neu beleben |
| 4. | Neue Herausforderungen, erneuerte Kooperation: unsere gemeinsamen Schwerpunkte setzen |
| 5. | Unsere Organisation, unsere Verantwortung: die OSZE zum Erfolg befähigen |

BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN, DIE AUF DEM OSZE-MINISTERRAT 2016 VERABSCHIEDET WURDEN

BESCHLÜSSE

- | | |
|----|--|
| 1. | Beschluss über die Rolle der OSZE bei der Gestaltung und Steuerung großer Migranten- und Flüchtlingsbewegungen |
| 2. | Beschluss über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Förderung der Konnektivität |
| 3. | Beschluss über OSZE-Bemühungen im Zusammenhang mit der Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben |
| 4. | Beschluss über die verstärkte Verwendung vorab übermittelter Fluggastdaten |
| 5. | Beschluss über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats (Wien, 7. – 8. Dezember 2017) |
| 6. | Beschluss über den OSZE Vorsitz im Jahr 2019 (Slowakei) |
| 7. | Beschluss über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (am 23. März 2016 im Wege stillschweigender Zustimmung verabschiedet) |
| 8. | Beschluss über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2018 (Italien) (am 27. Juli 2016 im Wege stillschweigender Zustimmung verabschiedet) |

ERKLÄRUNGEN UND ANDERE DOKUMENTE

- | | |
|----|---|
| 1. | Von Lissabon bis Hamburg – Erklärung zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE |
| 2. | Erklärung über die Verstärkung der OSZE-Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus |
| 3. | Ministererklärung zu Hilfsprojekten der OSZE betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition |
| 4. | Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format |

TRANSNISTRIEN-KONFLIKT BOTSCHAFTER CORD MEIER-KLODT

Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage

Im Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage wurde der Ansatz des Sonderbeauftragten Meier-Klodt und der OSZE-Mission in Moldau von den Mediatoren und Beobachtern im „5+2“-Format einhellig unterstützt. Ein gemeinsamer Besuch in Chişinău und Tiraspol stieß eine Wiederbelebung des politischen Prozesses an, auf die nach einem zwei Jahre langen Stillstand am 2. und 3. Juni in Berlin eine erste Runde offizieller Gespräche im „5+2“-Format folgte, deren Ergebnis eine aussagekräftige Agenda und ein Fahrplan unter der Bezeichnung „Berliner Protokoll“ waren.

Der Besuch des Amtierenden Vorsitzenden und die traditionelle „Bayern-Konferenz“ im Juli 2016 bewirkten eine weitere Stärkung des Prozesses sowie die Zusage der moldauischen Regierung, ihr Vorstellungen von einem Sonderstatus für Transnistrien auszuformulieren, sich verstärkt international abzustimmen und für das Büro für Wiedereingliederung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Was 2016 erreicht wurde fand Ausdruck in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung des Ministerrats in Hamburg, die den Boden für den designierten Vorsitz Österreich bereitete.

SÜDKAUKAUSUS BOTSCHAFTER GÜNTHER BÄCHLER

Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Südkaukasus

Die Lage in Georgien war auch 2016 relativ ruhig und stabil, nicht zuletzt dank des gut funktionierenden IPR-Mechanismus in Ergneti und der Wiederaufnahme des IPRM in Gali. Gemeinsam mit dem Leiter der OSZE-Beobachtermission in Georgien vermittelte der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Südkaukasus, Botschafter Bächler, elf Treffen im Rahmen des Ergneti-IPRM. Botschafter Bächler führte auch den Kovorsitz bei vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche, bei denen es trotz der nach wie vor bestehenden tiefgreifenden Auffassungsunterschiede in Bezug auf die Lage in der Region zu gehaltvollen Erörterungen kam.

Bei seinem Besuch in Armenien, Aserbaidshan und Georgien traf der Amtierende Vorsitzende Vertreter der Regierung und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Er wies auf die OSZE-Verpflichtungen hin und brachte seine Unterstützung für die Friedensbemühungen in der Region zum Ausdruck.

BOTSCHAFTER ANDRZEJ KASPRZYK

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

www.osce.org/prcio

2016 war ein schwieriges Jahr, das von Instabilität und der größten Opferzahl seit Inkrafttreten der Waffenruhe gekennzeichnet war.

Nach heftigen Kampfhandlungen im April und auf Ersuchen der Seiten führte das Büro des Persönlichen Beauftragten acht ganztägige Besuche in Unterstützung der humanitären Einsätze zur Suche und Bergung von Soldaten, die zwischen den Stellungen an den

Frontlinien gefallen waren, durch. Zur Gewährleistung der Sicherheit der Suchgruppen beider Seiten und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), das auf Grund eines eigenen Mandats tätig war, griff man auf die Verfahren für Beobachtereinsätze zurück. In dieser Zeit informierte das Büro den Vorsitz, die Kovorsitzender der Minsk-Gruppe (MG) und die MG selbst laufend über die Entwicklungen.

2016 kamen der Persönliche Beauftragte und sein Team regelmäßig mit den Vertretern beider Seiten – auch auf höchster politischer Ebene – zusammen und hielten den Vorsitz und die Kovorsitzenden der MG durch regelmäßige Berichte auf dem Laufenden.

Um den Amtierenden Vorsitzenden und die Kovorsitzenden bei den Verhandlungen über eine friedliche Lösung zu unterstützen, stellte das Büro des Persönlichen Beauftragten dem Amtierenden Vorsitzenden bei seinem Besuch im Südkaukasus im Juni seine Unterstützung zur Verfügung, ebenso wie den Kovorsitzenden der MG, die im April und Oktober der Region zwei Besuche abstatteten. Der Persönliche Beauftragte unterstützte die Kovorsitze auch bei einer Reihe gesonderter Treffen mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan im Februar, Mai, Juni und September, sowie bei gemeinsamen Treffen im Juli und Dezember und war ihnen bei der Vorbereitung der Treffen mit den Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan im Mai und im Juni behilflich. Gemeinsam mit den Kovorsitzenden nahm er an Briefings für Außenminister und ranghohe Diplomaten in Washington, Berlin, Moskau und Wien sowie an regelmäßigen Unterrichtungen für die MG und den Amtierenden Vorsitzenden teil.

BEOBACHTUNGSAKTIVITÄTEN

Mit Unterstützung der Seiten führten der Persönliche Beauftragte und sein Team 22 Beobachtungseinsätze durch, fünf davon an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan und siebzehn an der Kontaktlinie. Vertreter der Hocharangigen Planungsgruppe konnten auch an vier Beobachtungseinsätzen im Februar, Mai, Juli und Oktober teilnehmen. Zusätzlich dazu nahmen Vertreter des Vorsitizes an Beobachtungseinsätzen im Mai und Oktober teil.

Auch in diesem Jahr arbeitete der Persönliche Beauftragte wieder mit Vertretern internationaler Organisationen wie dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem IKRK zusammen.

„VERNETZTER ANSATZ“ FÜR FRIEDENSSICHERUNG IM OSZE-VERBUND

Die Hocharangige Planungsgruppe

www.osce.org/hlpg

Die in Wien ansässige Hocharangige Planungsgruppe konzentrierte sich auf die Förderung eines „OSZE-weiten Ansatzes“ und verstärkte dazu ihre Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat einschließlich Konfliktverhütungszentrum, Abteilung Genderfragen und Rechtsdienst, mit dem Ziel, das Bewusstsein für die Herausforderungen zu schärfen und die Wirksamkeit der Planung für einen möglichen friedenssichernden Einsatzes im Konfliktgebiet, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, zu erhöhen.

„Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die Planung eines friedenssichernden Einsatzes nicht ohne eine „vernetzten Ansatz“ auskommen wird. Deswegen sollte ein solcher früher oder später verabschiedet werden.“

Oberst Hans Lampalzer, Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe, in seinem Bericht an den Ständigen Rat vom 10. November 2016

FÖDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

BOTSCHAFTERIN MELANNE VERVEER

Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Genderfragen

In ihrer Rolle als Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Genderfragen engagierte sich Botschafterin Melanne Verveer an vielen Fronten dafür, die Gleichstellungsfrage in der OSZE als Querschnittsaufgabe voranzutreiben. Bei ihren regelmäßigen Besuchen in Wien erörterte sie unter anderem die Themenfelder Frauen, Frieden und Sicherheit, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen sowie Strategien zur Förderung der geplanten Aktualisierung des Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Wie mit dem Vorsitz vereinbart reiste Botschafterin Verveer im Juli nach Bosnien und Herzegowina und im November nach Georgien. Bei diesen Besuchen traf sie mit Vertretern von Regierung, Parlament, der Zivilgesellschaft, der internationalen Gemeinschaft und aus der Privatwirtschaft zusammen.

Darüber hinaus hielt Botschafterin Verveer bei einem Treffen des Ausschusses zur menschlichen Dimension zum Thema Gender, das am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz in Wien stattfand, ein Impulsreferat zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Mit einer Videobotschaft trug sie auch zum jährlichen Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau und zur Konferenz zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen bei, die von der OSZE-Abteilung Genderfragen veranstaltet wurde. Daneben nahm Botschafterin Verveer an mehreren hochrangigen Konferenzen des Vorsitzes in Berlin, wie der Antiterrorismuskonferenz am 31. Mai und der Konferenz zu UNSCR 1325 am 18. November teil. Bei der Vorbereitung für Letztere stimmte sich Botschafterin Verveer eng mit dem Vorsitz ab, um Experten zu maßgeblichen Themen zusammenzubringen und den Erfolg der Konferenz sicherzustellen.

DREI PERSÖNLICHE BEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Der deutsche Vorsitz führte die Gepflogenheit fort, zur Verstärkung der Aktivitäten der OSSZE in diesem Bereich Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Toleranz und Nichtdiskriminierung zu bestellen (CIO.GAL 1/2016/Rev.1).

Die Persönlichen Beauftragten nahmen einzeln oder gemeinsam in offizieller Funktion an Sitzungen teil, unter anderem an dem ersten Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension zum Thema „Politik und Strategien zur weiteren Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung“, an einer Veranstaltung unter dem Titel „Ein ganzheitlicher Ansatz für die Auseinandersetzung mit Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen in der OSZE-Region“, an einem Expertentreffen gegen Antisemitismus, an der Konferenz des Vorsitzes „Toleranz und Vielfalt“ und an dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension.

Gemeinsam reisten Rabbi Andrew Baker und Professor Bülent Şenay im Juli nach Großbritannien und im September nach Schweden. Daneben besuchte Rabbi Baker im Mai Polen und reiste im November nach Norwegen, begleitete den Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Michael Link, auf einer Ungarn-Reise, die im Rahmen des von Deutschland finanzierten ODIHR-Projekts gegen Antisemitismus unter dem Motto „Worte statt Taten“ erfolgte.

Bei ihren Besuchen trafen die Persönlichen Beauftragten mit Vertretern der Regierungen, lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft zusammen, mit denen sie Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung, Anliegen verschiedener Religionsgemeinschaften diskutierten und erörterten, mit welchen Maßnahmen die Lage und Rechtsstellung von Religionsgemeinschaften verbessert werden könnten.

HILFE BEI BILATERALEN ABKOMMEN

HELMUT NAPIONTEK

Vertreter in der Gemeinsamen lettisch- russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Vertreter leistete auch in diesem Jahr Hilfestellung bei der Umsetzung des 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Garantien für in Lettland ansässige pensionierte Militärangehörige der Russischen Föderation und deren Angehörige. Aus der letzten verfügbaren Übersicht ist ersichtlich, dass 8 282 Personen unter die Sonderbestimmungen des bilateralen Abkommens fallen.

Seit 2008 ist eine stabile Entwicklung festzustellen, der zufolge auch 2016 keine Individualbeschwerden von pensionierten Militärangehörigen bei der Kommission eingingen. In diesem Jahr tauchten auch keine weiteren die Tätigkeit der Kommission betreffende grundlegenden Fragen auf.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Die Rechtsstellung der OSZE und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der OSZE bildeten auch 2016 einen Schwerpunkt. Der deutsche Vorsitz und sein Sonderberater, Botschafter John Bernhard, suchten verstärkt nach Lösungen, insbesondere bei drei Treffen der informellen Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE. Da die Ausarbeitung einer Lösung für die Gewährung der Völkerrechtspersönlichkeit im Einklang mit den vier in der informellen Arbeitsgruppe diskutierten Optionen noch nicht spruchreif war, sondierten die Teilnehmerstaaten Möglichkeiten zur Stärkung der Rechtsstellung der OSZE durch nationale Rechtsvorschriften und/oder bilaterale Abkommen mit der OSZE. Der deutsche Vorsitz unterstützte ferner eine Konferenz des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin-Dahlem am 13. Juli 2016 zum Thema *Between Aspirations and Realities: Strengthening the Legal Framework of the OSCE*, bei der Fragen im Zusammenhang mit der internationalen Rechtsstellung der OSZE aus wissenschaftlicher Sicht besprochen wurden. In seinem Bericht für 2016 kam der Ständige Rat zu dem Schluss, dass eine Art Bereitschaftsfunktion eine passende Lösung für die künftige Rolle des Beauftragten sein könnte.

JUGEND UND SICHERHEIT

MILENA STOŠIĆ, PAUL STEINER UND ANNA-KATHARINA DEININGER
Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Jugend und Sicherheit

Anknüpfend an die Initiativen des Schweizer und des serbischen Vorsitzes konzentrierte sich der deutsche Vorsitz ganz besonders auf die junge Generation.

Um jungen Menschen größeres Gehör zu verschaffen und die Mitsprache in der OSZE zu verstärken, wurden drei Jugendliche aus den Troika-Ländern – Serbien, Deutschland und Österreich – zu Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Jugend und Sicherheit ernannt. Milena Stošić, Paul Steiner und Anna-Katharina Deininger berieten den Vorsitz in Jugendfragen. Sie brachten den Blickwinkel junger Menschen zu Fragen wie der Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus, Migration oder Menschenrechte in OSZE-Veranstaltungen ein und machten sich mit Nachdruck für die Anliegen der Jugend im OSZE-Raum stark.

Mit dem Ziel, die Partizipation junger Menschen zu verstärken, Jugend als Querschnittsaufgabe zu begünstigen und eine engere Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Verpflichtungen zu Jugend und Sicherheit zu fördern, organisierten die Sonderbeauftragten Nebenveranstaltungen am Rande des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension und des Ministerrats sowie das allererste OSZE-weite Treffen der OSCE Youth Focal Points, das in enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Zentrum in Bischkek erfolgte. Die Beauftragten unterstützten den designierten österreichischen Vorsitz darüber hinaus bei der Vorbereitung einer Reihe regionaler Jugendworkshops zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus sowie von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen.

KOOPERATIONSPARTNER

Der deutsche Vorsitz förderte die Einbindung der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum in OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten und sorgte damit für einen fortgesetzten Dialog zwischen der OSZE und ihren Partnern.

KONTAKTGRUPPE FÜR DIE KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN

Kooperationspartner in Asien: Afghanistan, Australien, Japan, Republik Korea, Thailand
Vorsitz: **Serbien**

Der serbische Vorsitz 2016 der Asien-Kontaktgruppe betrieb mit Nachdruck die Einbindung der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum in OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten und sorgte so für einen fortlaufenden Dialog zwischen der OSZE und den Partnern.

Der Vorsitz der Kontaktgruppe setzte das ganze Jahr hindurch die Arbeit mit den Kooperationspartnern in Asien im Sinne des von der Schweiz und Serbien gemeinsamen erstellten Arbeitsplans fort; die Schweiz und Serbien hatten 2014 und 2015 nacheinander den OSZE-Vorsitz inne. Durch die Unterstützung eines bedarfsorientierten Ansatzes und sein Eingehen auf die Interessen der Partner in Asien folgte Serbien konsequent den Empfehlungen der Ministerratserklärung von Basel 2014 über die Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien. Im letzten Jahr lag der Schwerpunkt auf der Vertiefung und operativen Umsetzung des Dialogs sowie der Zusammenarbeit mit den Partnern und dem Austausch von Erfahrungen und Erfahrungserkenntnissen über Fragen von beiderseitigem Interesse.

Die Kontaktgruppe trat 2016 fünf Mal zur Erörterung der folgenden Themenkreise zusammen:

- die Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel, darunter jüngste Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die OSZE
- Japans verstärkter Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in Asien
- ASEAN-OSZE: Stärkung der Kooperation zwischen den beiden Regionen
- Umsetzung von UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit aus der Sicht Australiens
- Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in Afghanistan – Umwandlung von Bedrohungen in Chancen für die junge Generation
- Cybersicherheit und die Aktivitäten der informellen Arbeitsgruppe zu Cybersicherheit, mit Fokus auf vertrauensbildenden Maßnahmen mit Bezug zu Cybersicherheit
- das *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions*, seine Projekte und Aktivitäten
- die Rolle der OSZE bei der Umsetzung der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit.

Vertreter der jeweiligen Partnerländer unterrichteten die an diesen Sitzungen Teilnehmenden über die Lage in ihrem Land und gaben Anregungen für weitere Aktivitäten und die Zusammenarbeit.

OSZE/ASIEN KONFERENZ 2016

Die OSZE/Asien-Konferenz 2016 fand am 6. und 7. Juni 2016 in Bangkok (Thailand) zum Thema Stärkung der umfassenden Sicherheit mit den Schwerpunkten Cybersicherheit, nachhaltige Entwicklung, Menschenhandel und illegale Migration statt. Die Veranstaltung war eine passende Gelegenheit für die OSZE-Teilnehmerstaaten und ihre asiatischen Kooperationspartner, um Meinungen und Erfahrungen zur Sondierung möglicher Wege zu einer konkreten Kooperation auszutauschen.

Die drei themenbezogenen Sitzungen nahmen die drei Sicherheitsdimensionen der OSZE auf ebenso wie Diskussionen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse, wie das Potenzial für Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen; bei der Terrorismusbekämpfung, der Förderung von Maßnahmen, die Menschen aus der Armut führen und ihre Lebensbedingungen verbessern sollen, der Stärkung der Rolle der Frauen im sozialen Leben und in der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der Auseinandersetzung mit den tieferen Ursachen des Menschenhandels und der irregulären Migration.

KONTAKTGRUPPE FÜR DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien

Vorsitz: **Österreich**

Die Hauptthemen des österreichischen Vorsitzes der Mittelmeerkontaktgruppe 2016 lauteten Dialog und Inklusivität; die erste Sitzung fand im Beisein des Friedensnobelpreisträgers „Tunesisches Quartett für nationalen Dialog“ statt. Jugendvertreter, Akteure der Zivilgesellschaft und Religionsvertreter waren das ganze Jahr hindurch wichtige Teilnehmer an Sitzungen und anderen Initiativen. Zu den Veranstaltungen gehörten die allererste Klausur der Mittelmeerkontaktgruppe, die außerhalb Wiens stattfand und gemeinsam mit Spanien veranstaltet wurde, und ein mit der Schweiz und Deutschland organisierter Workshop zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit in Amman (Jordanien). Höhepunkt des Vorsitzes war die OSZE-Mittelmeerkonferenz 2016, bei der die umfassenden sicherheitspolitischen Herausforderungen mit Blick auf die Jugend nördlich und südlich des Mittelmeers diskutiert wurden. Die Kooperationspartner der OSZE im Mittelmeerraum beteiligten sich nicht nur aktiv an den verschiedenen OSZE-Veranstaltungen sondern auch an zahlreichen Projekten.

2016 hielt die Kontaktgruppe fünf Treffen zu folgenden Themenkreisen ab:

- Stärkung des Dialogs und der Mittelmeerdimension der OSZE
- Lehren aus der Auseinandersetzung mit der Herausforderung der aktuellen Migrations- und Flüchtlingskrise nördlich und südlich des Mittelmeeres
- die Rolle von Dialog und Religion bei der Verhütung von gewalttätigem Extremismus
- Prävention einer terroristische Radikalisierung junger Menschen nördlich und südlich des Mittelmeers und Gegenmaßnahmen
- Schaffung von Arbeitsplätzen und unternehmerischen Chancen für junge Menschen nördlich und südlich des Mittelmeers

Der politische Dialog wurde durch eine immer größer werdende Zahl verschiedenster Projekte für praktische Zusammenarbeit ergänzt und verstärkt. Die Projekte betrafen alle drei Dimensionen der OSZE und Schlüsselbereiche der aktuellen Arbeitsprogramme der OSZE und des Mittelmeerraums. Erwähnt sei hier besonders die von Österreich und Spanien gemeinsam organisierte Veranstaltung der ersten Klausur der Mittelmeerkontaktgruppe außerhalb Wiens, bei der Möglichkeiten für eine weitere Stärkung der OSZE-Mittelmeerperschaft erörtert werden sollten. Vor der Klausur fand ein Expertenworkshop zum Thema „Zivilgesellschaftlicher Dialog für sozialen Zusammenhalt“ statt. Der österreichische Vorsitz veranstaltete auch einen regionalen Runden Tisch in Tunesien für die Jugend in Nordafrika zum Thema Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus. Den Delegationen wurden die Ergebnisse des Workshops bei einer vom österreichischen Vorsitz organisierten Nebenveranstaltung der Antiterrorismuskonferenz des OSZE-Vorsitzes in Berlin vorgestellt, die sich mit OSZE-weiten Fragen befasste.

OSZE/MITTELMEER KONFERENZ 2016

Die jährliche Mittelmeerkonferenz zum Thema „Die Jugend im nördlichen und südlichen Mittelmeerraum – sicherheitspolitische Herausforderungen annehmen und Chancen verbessern“ fand am 5. und 6. Oktober in der Wiener Hofburg statt. An der Konferenz nahmen mehr als zehn Minister und stellvertretende Minister, unter ihnen der libysche Außenminister, S. E. Mohammed Taher Siala, teil, der erneut das libysche Interesse bekundete, Kooperationspartner der OSZE zu werden. Alle Teilnehmer verließen der Meinung Ausdruck, die aktive Beteiligung von Jugendvertretern an allen Sitzungen der Konferenz stelle sicher, dass die Jugend bei Diskussionen auch Gehör findet.

Libyen stand darüber hinaus auch deshalb ganz oben auf der Tagesordnung, da an ihr auch Martin Kobler, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen teilnahm, der einen hochrangig besetzten Teil der Konferenz eröffnete. Weitere Impulsreferate hielten S. E. Sebastian Kurz, österreichischer Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, und S. E. Vincenzo Amendola, italienischer Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit.

„Wir müssen voneinander lernen, um zu verhindern, dass es sowohl nördlich als auch südlich des Mittelmeers an sinnvollen Perspektiven fehlt und Extremismus entsteht. Die OSZE verfügt über die Expertise und das Instrumentarium, um mit unserem umfassenden Sicherheitskonzept und gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen hier einen Beitrag zu leisten.“

Sebastian Kurz, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres von Österreich

| | |
|-------------------------------|---|
| 14. Jan. | Eröffnungsrede von Bundesminister Steinmeier, Amtierender Vorsitzender der OSZE (Wien) |
| 25. Jan. | Das erste Vorbereitungstreffen des Wirtschafts- und Umweltforums erörtert das Thema Good Governance in Umweltbelangen und nachhaltige Entwicklung (Wien) |
| 16. Feb. | Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene (Wien) |
| 29. Feb. | Rede des Amtierenden Vorsitzenden vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (New York) |
| 30. März – 1. Apr. | Der Amtierende Vorsitzende reist nach Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, besucht die OSZE-Feldoperationen in der Region und unterzeichnet ein Abkommen über die Verlängerung der Tätigkeit der OSZE-Akademie in Bischkek |
| 12. Apr. | Treffen der Ministertroika (Berlin) |
| 13. – 14. Apr. | Das 1. Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension gilt der weiteren Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung (Wien) |
| 19. Apr. | Der Amtierende Vorsitzende würdigt die Arbeit des ODIHR anlässlich des Treffens zum 25. Jahrestag seines Bestehens (Warschau) |
| 18. Mai | Der Amtierende Vorsitzende eröffnet die vom OSZE-Vorsitz ausgerichtete Wirtschaftskonferenz zum Thema Konnektivität in der Wirtschaft (Berlin) |
| 19. Mai | Good Governance lautet das Schwerpunktthema des Zweiten Vorbereitungstreffens des Wirtschafts- und Umweltforums (Berlin) |
| 31. Mai | Der Amtierende Vorsitzende und der deutsche Innenminister eröffnen die hochrangige Antiterrorismus-Konferenz der OSZE (Berlin) |
| 2. Juni | Die Konferenz zum OSZE-Verhaltenskodex unterstreicht die Rolle der parlamentarischen Kontrolle und Aufsicht über den Sicherheitssektor (Berlin) |
| 3. Juni | Wiederaufnahme der Gespräche im „5+2“-Format zur Beilegung der Transnistrien-Frage (Berlin) |
| 6. Juni | OSZE/Asien-Konferenz über die Stärkung der umfassenden Sicherheit (Bangkok) |
| 20. Juni | OSZE-Expertentreffen zur Bekämpfung des Antisemitismus (Berlin) |
| 28. – 30. Juni | Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) |
| 29. Juni – 1. Juli | Der Amtierende Vorsitzende besucht Armenien, Aserbaidschan und Georgien |
| 1. Juli | Der Amtierende Vorsitzende hält eine Rede bei der Eröffnung der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Tiflis) |
| 6. Juli | Konferenz des Vorsitzes zum Thema „Die OSZE als Vermittler“ (Berlin) |

| | |
|---------------------------|---|
| 20. Juli | Sondersitzung des Ständigen Rates zur Rolle der OSZE im Zusammenhang mit Migrations- und Flüchtlingsbewegungen (Wien) |
| 22. Juli (Wien) | Hochrangige OSZE-Veranstaltung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen |
| 26. Juli | Der Amtierende Vorsitzende besucht Moldau und führt Gespräche in Chişinău und Tiraspol |
| 1. Sept. | Informelles Ministertreffen (Potsdam) |
| 6. Sept. | Veranstaltung des Vorsitzes gegen Antiziganismus (Berlin) |
| 7. – 8. Sept. | OSZE-Konferenz zur Verhütung des Menschenhandels zur Ausbeutung der Arbeitskraft (Berlin) |
| 14. – 16. Sept. | Wirtschafts- und Umweltforum (Prag) |
| 14. – 15. Sept. | Der Amtierende Vorsitzende reist in die Ukraine und besucht auch die SMM in Kramatorsk in der Ostukraine. |
| 19. – 30. Sept. | Der Amtierende Vorsitzende eröffnet das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension der OSZE und unterstreicht sein Bekenntnis zur menschlichen Dimension der OSZE (Warschau) |
| 23. Sept. | Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Generalsekretär und andere erörtern die Fähigkeiten der OSZE im zivilen Krisenmanagement im Rahmen einer hochrangigen Veranstaltung am Rande der Generalversammlung der VN |
| 5. – 6. Okt. | Mittelmeerkonferenz der OSZE (Wien) |
| 14. Okt. | Der Amtierende Vorsitzende besucht den Europarat und hält eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (Straßburg) |
| 20. Okt. | Der Amtierende Vorsitzende eröffnet die Konferenz des Vorsitzes zu Toleranz und Vielfalt (Berlin) |
| 27. – 28. Okt. | Das 2. Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension befasst sich mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Medienfreiheit unter besonderer Berücksichtigung von Konfliktsituationen (Wien) |
| 10. – 11. Nov. | Das 3. Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension setzt sich mit nationalen Minderheiten und ihrem brückenbauenden Potenzial auseinander (Wien) |
| 8. – 9. Dez. | Ministerrat der OSZE (Hamburg) |

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat ist das reguläre Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung, bei dem die Vertreter aller Teilnehmerstaaten allwöchentlich in Wien zusammenkommen.

Der Ständige Rat

www.osce.org/pc

Während des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 fanden die wöchentlichen Treffen des Ständigen Rates in Wien unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters Deutschlands bei der OSZE, Botschafter Eberhard Pohl, statt.

Im Laufe des Jahres begrüßte Botschafter Pohl namhafte Gastredner im Ständigen Rat, darunter Minister und stellvertretende Minister aus den Teilnehmerstaaten und Partnerländern der OSZE sowie hochrangige Vertreter internationaler Organisationen. Die Gastredner erörterten Themen, die dem Vorsitz besonders am Herzen lagen, wie die humanitäre Lage in der Konfliktzone in der Ostukraine, Migrationsfragen, das Holocaust-Gedenken oder die Gleichstellung der Geschlechter.

Auf vielen der 41 Sitzungen des Ständigen Rates im Jahr 2016 spielten neben der Arbeit der OSZE-Institutionen und -Feldoperationen die verschiedenen Konfliktbeilegungsbemühungen im OSZE-Raum eine wichtige Rolle. Zur Krise in und um die Ukraine unterrichteten der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Trilateralen Kontaktgruppe, Martin Sajdik, und der Leitende Beobachter der SMM, Ertuğrul Apakan den Ständigen Rat fünf Mal. Nach der Eskalation der Gewalt im Gebiet des Bergkarabach-Konflikts berief der Vorsitzende auch eine Sondersitzung ein.

In seinem Bestreben, die Rolle des OSZE-Generalsekretärs im Ständigen Rat zu stärken, lud der deutsche Vorsitz Lamberto Zannier ein, den Teilnehmerstaaten über die Zusammenarbeit der OSZE mit regionalen und internationalen Organisationen, über migrationsbezogene Aktivitäten und wichtige regionale Entwicklungen zu berichten.

2016 trat der Ständige Rat zwei Mal zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation zusammen; beide waren dem Dialog zur Stärkung der europäischen Sicherheit und der Arbeit der OSZE im Bereich der Rüstungskontrolle gewidmet.

„Der Ständige Rat diente als zentrale Plattform für intensiven Meinungsaustausch, bei dem sich oft die tiefen Gräben zeigten, die es im OSZE-Raum zu überwinden gilt, um dauerhafte Sicherheit in Europa herzustellen. Der deutsche Vorsitz widmete sich dem Ziel der Erneuerung des Dialogs und des Wiederaufbaus des Vertrauens unter den OSZE-Teilnehmerstaaten. Der Ständige Rat bewährte sich Woche für Woche als wertvolles Instrument für die Umsetzung dieser Prioritäten.“

Botschafter Eberhard Pohl, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der OSZE und Vorsitzender des Ständigen Rates 2016

Die Vorsitze der drei allgemeinen Ausschüsse, die vom Vorsitzenden des Ständigen Rates ernannt wurden:

Botschafter Cristian Istrate, Rumänien – Sicherheitsausschuss

Botschafter Andreas Papadakis, Griechenland (von Januar bis Juli) und

**Botschafter Vuk Žugić, Serbien (von August bis Dezember) – Wirtschafts- und
Umweltausschuss**

Botschafterin Katja Pehrman, Finnland – Ausschuss zur menschlichen Dimension

Der Vorsitzende des Ständigen Rates ernannte die Vorsitzenden der informellen Arbeitsgruppen, die dem Ständigen Rat über die Ergebnisse ihrer Arbeit Bericht erstatteten:
Botschafter Claude Wild, Schweiz – informelle Arbeitsgruppe „Migration“ (Ständiger Rat, 20. Juli)

**Botschafterin Jutta Stefan-Bastl, Österreich – informelle Arbeitsgruppe zu den
Beitragsschlüsseln der OSZE (Ständiger Rat, 8. Juni)**

PROMINENTE REDNER IM STÄNDIGEN RAT 2016

| | | |
|------------------|--|---|
| 14. Januar 2016 | Frank-Walter Steinmeier | Amtierender Vorsitzender der OSZE 2016 und Bundesminister des Äußeren, Deutschland |
| 21. Januar 2016 | Szabolcs Takács | Vorsitzender der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken |
| 21. Januar 2016 | Felix Klein | Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismusfragen und Holocaust-Gedenken und internationale Aspekte von Fragen der Roma und Sinti, Deutschland |
| 11. Februar 2016 | Araz Azimov | Stellvertretender Außenminister von Aserbaidschan |
| 10. März 2016 | Ralf Kleindiek | Staatssekretär im deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland |
| 26. Mai 2016 | Marina Kaljurand | Außenministerin von Estland und Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats |
| 2. Juni 2016 | Michail Dschanelidse | Außenminister von Georgien |
| 9. Juni 2016 | Thorbjørn Jagland | Generalsekretär des Europarats |
| 7. Juli 2016 | Ivan Šimonović | Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen für Menschenrechte |
| 14. Juli 2016 | Sebastian Kurz | Designierter Amtierender Vorsitzender der OSZE 2017 und Außenminister von Österreich |
| 21. Juli 2016 | Joyce Anelay, Baroness Anelay of St Johns DBE | Staatsministerin im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten |

| | | |
|-------------------|-----------------------|---|
| | | und Commonwealth-Fragen des Vereinigten Königreichs und Sonderbeauftragte des Premierministers für die Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten |
| 27. Oktober 2016 | Peter Maurer | Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz |
| 3. November 2016 | Ditmir Bushati | Außenminister von Albanien |
| 10. November 2016 | Adela Raz | Stellvertretende Außen-ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit von Afghanistan |

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Das Forum ist das wichtigste Beschlussfassungsorgan der OSZE zu militärischen Aspekten der Sicherheit. Seine Teilnehmer treffen wöchentlich in Wien zusammen und befassen sich unter anderem mit Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM).

Das Forum für Sicherheitskooperation

www.osce.org/fsc

Die Lage in und um die Ukraine dominierte weiterhin die Erörterungen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK). Auch über andere aktuellen Fragen der europäischen Sicherheit fand ein aktiver Dialog statt, wie zu den Themen Rüstungskontrolle und VSBM, Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition sowie subregionale militärische und verteidigungspolitische Zusammenarbeit. Das FSK verabschiedete fünf Beschlüsse zur Unterstützung der Umsetzung und Weiterentwicklung bestehender Verpflichtungen, zum Beispiel einen Beschluss über die Ermöglichung der Hilfeleistung zu SALW und konventioneller Munition für die OSZE-Kooperationspartner. Ferner beschlossen die Teilnehmerstaaten, die Veröffentlichung bestimmter unter ihnen ausgetauschter Informationen über Antipersonenminen, den Transfer konventioneller Waffen sowie Kleinwaffen und leichte Waffen auf der Website der OSZE zuzulassen.

EINE DIALOGPLATTFORM

Die strategischen Diskussionen im Zuge der Sicherheitsdialoge unterstrichen die Bedeutung des FSK als Plattform für die Behandlung und Erörterung von Sicherheitsfragen. Alle drei FSK-Vorsitze des Jahres 2016 – die Niederlande, Polen und Portugal – regten die Diskussion an und veranstalteten insgesamt neunzehn Sicherheitsdialoge, bei denen die Teilnehmerstaaten über Fragen zur europäischen Sicherheit im Rahmen des FSK-Mandats debattieren konnten.

Das FSK stellte erneut seine Bedeutung als Plattform für Dialog und Hilfestellung im Bereich Nichtverbreitung und strategische Handelskontrollen unter Beweis. Auch 2016 setzte es sich in Ergänzung der weltweiten Bemühungen in diesen Bereichen für die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution (UNSCR) 1540 (2004) über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ein, sowie auch von UNSCR 1325 (2000) über Frauen, Frieden und Sicherheit. Gegenstand der Erörterungen waren weitere Schritte und vorbildliche Verfahren bei der Umsetzung dieser Resolutionen.

RÜSTUNGSKONTROLLE UND VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN

Der Frage der Rüstungskontrolle und der VSBM wurde durch eine Reihe von Aktivitäten besondere Beachtung geschenkt.

Viele Delegationen nutzten die wöchentlich stattfindenden FSK-Sitzungen regelmäßig, um ihre Sichtweise der Krise in und um die Ukraine darzustellen. Die VSBM des Wiener Dokuments 2011 wurden herangezogen, um Sicherheitsbesorgnisse aufzugreifen und zu erörtern sowie Inspektionen und Überprüfungsbesuche durchzuführen.

Unter dem Vorsitz der Niederlande organisierte das FSK am 16. und 17. Februar ein Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene auf der Grundlage des Wiener Dokuments 2011. Diese Veranstaltung bot eine höchst willkommene Gelegenheit zur Erleichterung von Kontakten auf militärischer Ebene und zur Überprüfung jüngster Entwicklungen in den Militärdoktrinen der Teilnehmerstaaten. Der niederländische FSK-Vorsitz führte auch den Kovorsitz in einer gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates zum Thema Europäische Sicherheit. Auf dem 26. Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung wurde der Stand der Umsetzung der vereinbarten VSBM bewertet.

Unter polnischem Vorsitz leistete das FSK auch einen Beitrag zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, die vom 28. bis 30. Juni stattfand. Die Erörterungen in Arbeitssitzung II über Probleme und Perspektiven der konventionellen Rüstungskontrolle und VSBM zeigten deutlich, dass das FSK bei der Suche nach kooperativen Antworten auf aktuelle und künftige Herausforderungen eine entscheidende Rolle spielen kann.

Unter portugiesischem Vorsitz galt ein Sicherheitsdialog des FSK Veränderungen in der Rolle der Streitkräfte mit besonderem Fokus auf die Auswirkungen auf die Praxis und auf die Militärdoktrin. Darüber hinaus war eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates der Rückkehr zum OSZE-Rahmen für Rüstungskontrolle 1996 gewidmet. Die Sitzung zeigte, dass Rüstungskontrolle, einschließlich Abrüstung sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung, ein fester Bestandteil des umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzepts der OSZE bleibt.

Nach den im FSK angestoßenen Erörterungen wurde im Dezember 2016 eine Ministererklärung mit dem Titel „Von Lissabon bis Hamburg – Erklärung zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE“ verabschiedet. Das Dokument unterstreicht die anhaltende Bedeutung der konventionellen Rüstungskontrolle und VSBM für die Förderung der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit im OSZE-Raum und begrüßt die Aufnahme eines strukturierten Dialogs über die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken im OSZE-Raum.

Neben den regulären Debatten über Rüstungskontrolle und die Modernisierung und Aktualisierung des Wiener Dokuments legten verschiedene Teilnehmerstaaten einige Reflexionspapiere und Vorschläge zu Wiener-Dokument-Plus-Beschlüssen vor, wie im Wiener Dokument 2011 vorgesehen. Der Koordinator des FSK-Vorsitzes für das Wiener Dokument veranstaltete mehrere informelle Sitzungen zur Erörterung bestimmter Aspekte der Aktualisierung des Wiener Dokuments und bezüglich seiner Neuauflage. Es wurde eine FSK-Sondersitzung abgehalten, die aber mangels Konsens nicht zur Neuauflage führte.

Das Forum setzte sich weiterhin für eine verstärkte Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit ein. Bei der fünften Jährlichen Diskussion über seine Umsetzung im Juli wurde betont, dass die Einhaltung aller im Kodex enthaltenen Grundsätze und Normen von unverminderter Bedeutung ist, und es wurde seine Anwendung angesichts der derzeitigen Sicherheitslage in der OSZE-Region geprüft.

BEFASSUNG MIT ÜBERSCHÜSSIGEN WAFFEN- UND MUNITIONSBESTÄNDEN

Das Forum und der informelle SALW-Freundeskreis widmeten sich erneut der Förderung der Umsetzung bestehender Verpflichtungen und der Suche nach Wegen, um die Maßnahmen wirksamer und effizienter zu machen. Es gab mehrere Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten im Bereich von SALW und konventioneller Munition. Gleichzeitig wurde die

Umsetzung praxisbezogener Hilfsprojekte der OSZE betreffend SALW und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) fortgesetzt, wie in Albanien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kirgisistan, Moldau, Montenegro, Serbien und Tadschikistan.

PARTNERORGANISATIONEN UND -INSTITUTIONEN DES FSK 2016

Konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

- Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), Europäische Union, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition

- Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), Wassenaar-Arrangement, *Small Arms Survey*, Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung, RACVIAC – Zentrum für Sicherheitskooperation,

Verhaltenskodex

- Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC)

Nichtverbreitung und UNSCR 1540

- UNSCR-1540-Ausschuss, Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO),

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

25-JÄHRIGES JUBILÄUM DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG (PV) DER OSZE

Nachdem sich die Teilnehmerstaaten in der Charta von Paris für ein neues Europa für eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die damaligen KSZE ausgesprochen hatten, kamen auf Initiative des Spanischen Parlaments am 2. und 3. April 1991 Parlamentarier in Madrid zusammen, um die Parlamentarische Versammlung (PV) zu gründen. Anlässlich des 25. Jahrestags der PV der OSZE im April 2016 dankte der damalige Präsident der Versammlung, Ilkka Kanerva, den Tausenden Parlamentariern, die seit 1991 dazu beigetragen haben, den Dialog zu erleichtern und die Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa zu fördern.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Generalsekretär: **Roberto Montella**

Haushalt: 3 161 000 EUR

Personal: 19 Vollzeitmitarbeiter, 8 Forschungsstipendiaten

www.oscepa.org

In diesem Jubiläumsjahr der PV bewiesen die Mitglieder der Versammlung politische Führungsstärke in so kritischen Fragen wie dem Putschversuch in der Türkei und seinen Folgen, der Flüchtlings- und Migrationskrise und der Konfliktmediation. Auch hinsichtlich der Wahlbeobachtungstätigkeit der PV war 2016 ein besonders aktives Jahr: 334 Parlamentarier nahmen an acht Missionen im gesamten OSZE-Raum teil.

DER PUTSCHVERSUCH IN DER TÜRKEI UND SEINE FOLGEN

Die PV reagierte rasch auf die versuchte Machtergreifung durch Teile des Militärs in der Türkei am 15. Juli. Präsidentin Christine Muttonen (Österreich) verurteilte unverzüglich den gewaltsamen Angriff und betonte, dass die verfassungsmäßige Ordnung der Türkei unbedingt einzuhalten sei. Im Monat darauf reiste Präsidentin Muttonen an der Spitze einer hochrangigen Delegation in die Türkei wo sie am 16. und 17. August mit dem türkischen Staatspräsidenten, dem Parlamentspräsidenten, dem Premierminister, dem Außenminister, den Führern der Oppositionsparteien und anderen Amtsträgern zusammentraf.

Auch in den Folgemonaten war die PV weiterhin mit dem Land befasst. Nach Solidaritätsbekundungen für das türkische Volk nach dem Putschversuch äußerten Mitglieder der Spitzengremien der PV ihre Besorgnis über die nachfolgenden rechtsstaatlich bedenklichen Entwicklungen und unterstrichen erneut, dass auch im Umgang mit Sicherheitsbedrohungen die Menschenrechte stets gewahrt werden müssen.

FÜHRUNGSSTÄRKE IN DER FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSKRISE

Das ganze Jahr über befasste sich die Parlamentarische Versammlung mit der Migrationsfrage, wofür sie Arbeitsbesuche in der Tschechischen Republik, Frankreich, Italien und Serbien durchführte. Die Krise war auch Gegenstand der Debatte auf der Wintertagung der PV in Wien, bei der auch ein Sonderbericht mit konkreten Vorschlägen verteilt wurde, wie die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten handeln sollen. Ebenfalls auf der Wintertagung bildete der Ständige Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung einen Ad-hoc-Ausschuss für Migration, der die Bemühungen der PV vor Ort anführen soll. Die PV befasste sich auch auf ihrer Jahrestagung in Tiflis und auf ihrer Herbsttagung in Skopje mit diesem Thema.

Die Mitglieder tauschten sich mehrmals mit Regierungsvertretern von OSZE-Teilnehmerstaaten über migrationsbezogene Aktivitäten aus und lieferten politischen Input für deren Bemühungen.

Der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses, Filippo Lombardi (Schweiz), unterrichtete den Ständigen Rat der OSZE im Juli über den Aktionsplan der Versammlung, der unter anderem die Beobachtung der Lage vor Ort und die Entwicklung strategischer Empfehlungen vorsieht.

FÖRDERUNG DES DIALOGS IN DER UKRAINE

Die Krise in und um die Ukraine war auch 2016 ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. Sie war einer der Konflikte im OSZE-Raum, die bei dem von der deutschen Delegation im April veranstalteten Seminar über Konfliktlösung zur Sprache kamen. Im Juni machte der damalige Präsident Ilkka Kanerva (Finnland) einen viertägigen Besuch in Kiew, wo er mit dem ukrainischen Präsidenten, dem ukrainischen Außenminister und der Pilotin und Abgeordneten Nadija Sawtschenko zusammentraf, die kurz davor aus russischer Gefangenschaft entlassen worden war. Bei diesen Treffen bekräftigte Kanerva die Unterstützung der PV für die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und forderte die volle Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.

Bei ihrem Besuch in Moskau im November wies auch Präsidentin Muttonen erneut auf diese Punkte hin. „Unserer Parlamentarier haben immer wieder ihre große Besorgnis über die Lage zum Ausdruck gebracht, die durch die Verletzung der in der Schlussakte von Helsinki verankerten Prinzipien ausgelöst wurde“, sagte Muttonen. „Wir unterstützen die Minsker Vereinbarungen und fordern regelmäßig ihre volle Umsetzung.“

WAHLBEOBACHTUNG

Die Parlamentarische Versammlung übernahm auch 2016 eine politische Führungsrolle bei den Wahlbeobachtungsaktivitäten der OSZE. So beteiligten sich Parlamentarier als Sonderkoordinatoren an Kurzzeitbeobachtungsmissionen der OSZE in Kasachstan, Belarus, der Russischen Föderation, Georgien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Montenegro, Moldau und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Die Beobachter der PV der OSZE arbeiteten eng mit den Kollegen aus dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE und anderen internationalen Organisationen zusammen und brachten so ihre politische Erfahrung und ihre Beurteilung in diese wichtige Aufgabe der OSZE ein.

25. JAHRESTAGUNG, TIFLIS, 1. – 5. JULI 2016

Anlässlich der 25. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kamen an die 300 Parlamentarier in der georgischen Hauptstadt zur Tagung „25 Jahre parlamentarische Kooperation – Vertrauensbildung durch Dialog“ zusammen. Höhepunkt der Tagung war die Verabschiedung der Erklärung von Tiflis 2016 und die Wahl von Christine Muttonen zur Präsidentin der Versammlung sowie die Wahl mehrerer Vizepräsidenten und leitender Ausschussmitglieder.

HERBSTTAGUNG, SKOPJE, 30. SEPTEMBER – 2. OKTOBER
WINTERTAGUNG, WIEN, 18. – 20. FEBRUAR

Die Herbsttagung 2016 der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wurde in Skopje zum Thema „Stärkung von vertrauensbildenden Maßnahmen und guter Regierungsführung im OSZE-Raum“ abgehalten und brachte rund 170 Parlamentarier aus dem ganzen OSZE-Raum zusammen. Am 25. und 26. Februar nahmen rund 250 Parlamentsabgeordnete aus OSZE-Teilnehmerstaaten an der 15. Wintertagung der Versammlung im Wiener Kongresszentrum Hofburg teil, bei der auch eine eigene Debatte über die Flüchtlings- und Migrationskrise abgehalten wurde.

„Die Parlamentarische Versammlung ist bereit, ihren Beitrag zu den Bemühungen um eine wirksamere OSZE zu leisten. Unsere Parlamentarier sind ein starkes Instrument der auf persönlichen Kontakten beruhenden Diplomatie. Unsere gesamte Arbeit steht unter dem Zeichen des Leitprinzips der Dialogförderung.“

Christine Muttonen, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

DAS SEKRETARIAT

Generalsekretär: **Lamberto Zannier**

Haushalt: 40 858 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 9 805 858 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: 385

www.osce.org/secretariat

Das OSZE-Sekretariat mit Sitz in Wien steht unter der Leitung des Generalsekretärs Lamberto Zannier und unterstützt den Vorsitz. Seine Mitarbeiter beobachten Entwicklungstrends, liefern Expertenanalysen und führen Feldprojekte durch. Das Sekretariat pflegt auch Kontakte zu internationalen und Nichtregierungs-Organisationen und stellt Konferenz-, Sprach-, Verwaltungs-, Finanz-, Personal- und IT-Dienste bereit.

BESTANDTEILE DES SEKRETARIATS:

- Büro des Generalsekretärs
- Konfliktverhütungszentrum
- Hauptabteilung Personalressourcen
- Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen
- Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
- Büro für Innenrevision
- Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels
- Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen

KONFLIKTVERHÜTUNG

Direktor des Konfliktverhütungszentrums: **Botschafter Marcel Peško**

Personal: 58

www.osce.org/secretariat/conflict-prevention

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) der OSZE ist die Schaltstelle zwischen dem Sekretariat und den Feldoperationen und ist bei der Befassung mit allen Phasen des Konfliktzyklus behilflich. Dazu erteilt es proaktiv Handlungsempfehlungen und Ratschläge für den Einsatz der geeigneten Werkzeuge und Instrumente, spricht Frühwarnungen aus und unterstützt die OSZE bei der Entschärfung von Krisensituationen und den Bemühungen um eine dauerhafte politische Lösung für bestehende Konflikte. Das KVZ ist ein Eckpfeiler der politisch-militärischen Dimension der OSZE.

DIE KRISE IN UND UM DIE UKRAINE WEITERHIN IM BRENNPUNKT

Das KVZ spielte weiterhin eine maßgebliche Rolle bei der Koordinierung der Bemühungen der OSZE im Zusammenhang mit der fortschreitenden Krise in und um die Ukraine. Es unterstützte alle Bemühungen, eine dauerhafte Waffenruhe im Einklang mit den Minsker Vereinbarungen umzusetzen, einschließlich der Umsetzung der Beschlüsse der Trilateralen Kontaktgruppe zur Minenräumung vom 3. März sowie des Rahmenbeschlusses über die Entflechtung vom 21. September. So etwa leistete das KVZ entscheidende Hilfe für die Stärkung der technischen Überwachungsfähigkeiten der Sonderbeobachtermission. Es unterstützte die Arbeitsgruppe Politik der Trilateralen Kontaktgruppe dabei, die Bemühungen um eine Lösung des Konflikts voranzubringen. Das KVZ setzte seine Unterstützung für die Arbeit des Projektkoordinators der OSZE in der Ukraine sowie für die OSZE-Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk fort.

MINENRÄUMUNG IN DER UKRAINE

- Das KVZ führt ein außerbudgetäres Projekt zum Ausbau der Kapazitäten des Staatlichen Notfalldienstes der Ukraine für die Säuberung von mit explosiven Kampfmittelrückständen verseuchten Gebieten durch Erhöhung der Effizienz und Sicherheit der Räumtruppe durch. Es unterstützte die Entwicklung von zwei außerbudgetären Projekten zur humanitären Minenräumung, die vom Projektkoordinator in der Ukraine umgesetzt wurden.
- Projekte zur Chemikaliensicherheit und -sicherung in der Ukraine unter Bezugnahme auf UNSCR 1540 (2004) stärken die Aufsicht über kontrollierte und giftige Chemikalien und verbessern das Regel- und Kontrollsystem der Ukraine im Bereich Chemikaliensicherheit und -sicherung.

AKTIVITÄTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG BEI DER KONFLIKTLÖSUNG

In enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Moldau und dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Botschafter Cord Meier-Klodt, setzte das KVZ seine Unterstützung des Konfliktlösungsprozesses in Moldau fort, um die Bemühungen um eine Verhandlungslösung für den Transnistrien-Konflikt voranzubringen. Das KVZ nahm an dem Treffen im „5+2“-Format im Juni in Berlin teil, dem ersten Treffen der Gruppe nach einer längeren Unterbrechung. Darüber hinaus leistete das KVZ im Juni in Bayern Unterstützung für die Organisation einer Konferenz zur Vertrauensbildung mit Teilnehmern aus Chişinău und Tiraspol.

Das KVZ unterstützte die Arbeit des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Südkaukasus, Botschafter Günther Bächler, während der vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche (GID) zu den Folgen des Konflikts in Georgien von 2008 sowie der elf im Jahr 2016 in Ergneti abgehaltenen Treffen im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen. Das KVZ beteiligte sich aktiv an zahlreichen Konsultationen in Tiflis, Suchumi, Zchinwali und Moskau und fungierte als Kovermittler in der Arbeitsgruppe der GID für humanitäre Fragen. Zur Unterstützung der GID veranstaltete das KVZ eine OSZE-Sommerschule in Wien, um Jugendliche von innerhalb und außerhalb der Region mit den OSZE-Werten und -verpflichtungen vertraut zu machen und Beziehungen zwischen den Bevölkerungen aufzubauen, die durch den Konflikt entzweit wurden. Andere KVZ-Projekte betrafen humanitäre Fragen, wie etwa die Suche nach Vermissten aus dem Konflikt von 2008.

AKTIVITÄTEN IN ZENTRALASIEN

Das KVZ beteiligte sich aktiv am zehnten jährlichen Taskforce-Treffen in Duschanbe (Tadschikistan) am 8. Juni. Über 200 Teilnehmer erörterten die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Tadschikistan in allen drei Dimensionen und vereinbarten gemeinsam zukünftige Prioritäten und Pläne. Dieses Treffen fand zeitnah zum Regionaltreffen der Leiter der OSZE-Feldmissionen in Zentralasien zum Themenschwerpunkt gewaltbereiter Extremismus und Radikalisierung, die in der Region zu Terrorismus führen, statt. Internationale und regionale Organisationen, darunter das regionale Zentrum zur Bekämpfung des Terrorismus der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die VN und die EU nahmen ebenfalls daran teil.

Am 31. März wurde zwischen der OSZE-Akademie in Bischkek und Kirgisistan ein Memorandum of Understanding für weitere zehn Jahre unterzeichnet. Das KVZ unterstützte auch den Prozess für die erneute Akkreditierung beider Master-Studiengänge und die Verlängerung des Mietvertrags für das Akademiegebäude im Rahmen einer Sachleistung der kirgisischen Regierung.

AKTIVITÄTEN IN SÜDOSTEUROPA

Das KVZ setzte seine Unterstützung für die Vertragsstaaten nach Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton fort. Das Zentrum für Sicherheitskooperation RACVIAC erhielt vom KVZ Unterstützung für die Veranstaltung der zweiten Peer-to-Peer-Konferenz für die Vertragsstaaten aus Südosteuropa, um gemeinsam ihren jährlichen Informationsaustausch im Rahmen des OSZE-Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu erörtern und zu überprüfen. Mit Unterstützung der OSZE-Mission in Montenegro organisierte das KVZ eine regionale Arbeitstagung zu Governance und Reform des Sicherheitssektors (SSG/R). In dieser Region erhielten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien Hilfe bei der Entsorgung überschüssiger Munition und bei der Verbesserung der Sicherheit und Sicherung von Lagerbeständen von Kleinwaffen und leichten Waffen. Nach dem Angebot, Bosnien und Herzegowina bei der Überprüfung der Neufassung seiner Ausfuhrkontrollvorschriften für Rüstungsgüter zu helfen, organisierte das KVZ in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Sicherheit eine Outreach-Veranstaltung für die Verteidigungsindustrie zu den überarbeiteten Ausfuhrkontrollvorschriften.

BEOBACHTUNG DER ENTWICKLUNGEN RUND UM DIE UHR

Das Lage-/Nachrichtenzentrum – ein entscheidendes Bindeglied in der Sicherheitskette zwischen dem Sekretariat und den Feldoperationen – beobachtete weiterhin Entwicklungen, die Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum haben können.

- 515 tägliche Briefings
- 1646 Updates und Sonderberichte
- 10 087 Warnmeldungen ausgegeben
- 452 Berichte von Feldoperationen an die Delegationen außerhalb der regulären Arbeitszeiten weitergeleitet

FRÜHWARNUNG

Das KVZ förderte wie bisher eine strukturierte und systematische Herangehensweise bei Frühwarnungsaktivitäten in der gesamten Organisation, insbesondere durch das Netzwerk der Anlaufstellen für Frühwarnung in den Durchführungsorganen der OSZE. 2016 veranstaltete das KVZ in Wien die fünfte Jahrestagung des OSZE-Netzwerks der Anlaufstellen für Frühwarnung, an der 30 Vertreter von Feldoperationen und anderen Durchführungsorganen teilnahmen, mit dem Ziel des Informationsaustauschs und Kapazitätsaufbaus. Angesichts der wesentlichen Rolle der Konfliktanalyse für die Frühwarnung sind die vom KVZ ermöglichten Konfliktanalyse-Workshops ein entscheidendes Tool für den Kapazitätsaufbau für interessierte Feldoperationen. Daneben ermöglichte das KVZ eine Reihe von regionalen Treffen und Veranstaltungen zum Thema Kapazitätsaufbau, bei denen der Einsatz des OSZE-Instrumentariums im Konfliktzyklus im Mittelpunkt stand.

MEDIATION

Im Jahr 2016 organisierte das KVZ mehrere Veranstaltungen zum Aufbau von Kapazitäten für Mediation und Dialogerleichterung, unter anderem ein Coaching für die Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden. Es entwickelte ferner ein Beurteilungsverfahren, das den nächsten Vorsitz bei der Sondierung möglicher Dialoginitiativen in der Ukraine unterstützen soll. Im Hinblick auf die operative Anleitung gab das KVZ eine Studie zu Insider-Mediation in Auftrag.

UMSETZUNG VON VERPFLICHTUNGEN IM POLITISCH-MILITÄRISCHEN BEREICH

Die KVZ-Abteilung FSK-Unterstützung hielt ein Dutzend Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau zu Fragen ab, die das Wiener Dokument 2011, Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), den Verhaltenskodex und andere vereinbarte vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen betrafen. Insbesondere in Albanien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kirgisistan, Moldau, Montenegro, Serbien und Tadschikistan trug es zu Fortschritten beim Kapazitätsaufbau in Bezug auf die Sicherheit von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition sowie bei der Vernichtung von überschüssigen Waffen und Munition bei. Daneben trug die Abteilung FSK-Unterstützung alle ausgetauschten militärischen Informationen zusammen und stellte den Teilnehmerstaaten regelmäßige Berichte zur Verfügung. Sie veranstaltete mehrere länderspezifische Dialoge und half bei der Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Aktionspläne für die Umsetzung von UNSCR 1540 über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Sie war auch bei der Entwicklung einer einheitlicheren Vorgehensweise zu SSG/R behilflich, insbesondere durch die Entwicklung und Einführung einer Reihe von OSZE-internen Leitlinien.

AUSTAUSCH MILITÄRISCHER INFORMATIONEN

Wie im Wiener Dokument 2011 vorgesehen, erleichtert das KVZ den Austausch militärischer Information zwischen den Teilnehmerstaaten. Diese Weitergabe von Informationen ist ein ausschlaggebendes Element für die Vertrauensbildung im OSZE-Raum. Das 1990 mit der Charta von Paris für ein neues Europa geschaffene OSZE-Kommunikationsnetz bietet allen Teilnehmerstaaten einen verlässlichen, schnellen und sicheren Kommunikationsweg für die Übermittlung militärischer Informationen.

UNTERSTÜTZUNG BEIM PROGRAMM- UND PROJEKTMANAGEMENT

Auch dieses Jahr unterstützte das KVZ das Sekretariat und die Feldoperationen beim Programm- und Projektmanagement. Es stellte sicher, dass bei allen außerbudgetären Projektvorschlägen eine Qualitätskontrolle gegeben ist und das Gemeinsame Verwaltungsregelwerk der OSZE eingehalten wird. Es stellte Expertenberatung zu 95 Projektvorschlägen im Wert von 31,4 Millionen EUR und zu freiwilligen Beiträgen zur SMM in Höhe von 19,8 Millionen EUR bereit. Darüber hinaus ermöglichte das KVZ mehr als 173 OSZE-Mitarbeitern die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen zu den Themen Projektzyklusmanagement, Programm- und Projektplanung und Selbstevaluierung.

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER VERTRIEBENENPROBLEMATIK IN SÜDOSTEUROPA

Das von der OSZE unterstützte Regionale Programm zur Wohnraumbeschaffung, das sich mit den noch immer ungelösten Fragen befasst, die auf die Vertreibungen im Zuge der Konflikte von 1991 bis 1995 zurückgehen, ist nach wie vor ein positives Beispiel für regionale Zusammenarbeit. Die OSZE stellt noch immer Expertenberatung und Unterstützung für das Programm zur Verfügung, durch das schließlich 27 000 der bedürftigsten Flüchtlingsfamilien (74 000 Personen) Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung und Wiedereingliederung erhalten.

- Im Jahr 2016 wurden 126 Einfamilienhäuser fertiggestellt, die zu 70 Prozent bereits von Bezugsberechtigten bewohnt werden. Mit über 18 Gemeinden wurden Vereinbarungen getroffen, um in Bosnien und Herzegowina 438 soziale Wohneinheiten zur Verfügung zu stellen.
- Mit dem Bau einer Wohnanlage in Belgrad (235 Wohnungen) wurde im September begonnen.
- In Montenegro wurden in Nikšić 62 neu errichtete Wohneinheiten Vertriebenenfamilien zugeteilt und im Juni übergeben. Im selben Monat begann der Bau eines Seniorenheims in Pljevlja.

GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Direktor der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen: **Alexei Lyschenkow** (bis Juni 2016) und **Rasa Ostrauskaite** (seit Dezember 2016)

Personal: 30

www.osce.org/secretariat/policing

www.osce.org/secretariat/terrorism

www.osce.org/secretariat/cyber-ict-security

www.osce.org/secretariat/borders

www.polis.osce.org

Die OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (TNTD) unterstützte weiterhin die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner durch Hilfestellung bei deren Bemühungen, grenzüberschreitende Bedrohungen abzuwehren. Die im Jahr 2012 geschaffene Abteilung soll für eine bessere Umsetzung der politischen Verpflichtungen in wirksame und nachhaltige Programmaktivitäten sorgen, unter anderem durch Einberufung gemeinsamer Expertentreffen, den Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahrensweisen und die koordinierte Durchführung von Projekten und Aktionsplänen. Die Abteilung besteht aus einer Koordinierungsgruppe, die sich unter anderem mit Sicherheitsfragen im Bereich Cyber-/Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) befasst, sowie aus drei nach Themen gegliederten Referaten: das Referat Terrorismusbekämpfung, das Referat Grenzsicherung und -management und das Referat Strategische Polizeiangelegenheiten.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Die Terrorismusbekämpfung bildete auch 2016 einen Schwerpunkt der OSZE-Agenda. Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT), der Umgang mit der Rückkehr ausländischer terroristischer Kämpfer, Aktivitäten im Kampf gegen den Terrorismus mit dem Schwerpunkt Jugendliche und Frauen waren einige der Themen, die auf der OSZE-weiten Antiterrorismuskonferenz in Berlin erörtert wurden. Die Ergebnisse dieser Konferenz flossen in die Arbeit der Teilnehmerstaaten im Berichtsjahr ein, das mit einer OSZE-Ministererklärung über die Verstärkung der Bemühungen der OSZE zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und einem zweiten Beschluss des Ministerrats über die verstärkte Verwendung vorab übermittelter Fluggastdaten (API) zu Ende ging.

Die erste Erklärung bekräftigte die Entschlossenheit der OSZE, den Terrorismus in allen seinen Aspekten zu bekämpfen und nahmen erfreut Kenntnis von der Fortsetzung der OSZE-Kampagne #United CVE. Die Kampagne „Die OSZE – vereint im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus“ (#United CVE) erreichte im Jahr 2016 durch die sozialen Medien nahezu 16 Millionen Menschen und sollte die Öffentlichkeit über die Gefahren von VERLT aufklären und sie zur Mitwirkung im Kampf gegen VERLT animieren. Im Rahmen der Kampagne wurden mehrere Outreach-Aktivitäten organisiert, darunter der Zeichenwettbewerb #LetsDoodle gegen gewalttätigen Extremismus und ein regionaler Wettbewerb für Studenten am Rande des Ministerrats in Hamburg im Rahmen der Initiative *Peer-2-Peer: Challenging Extremism*, der durch Facebook unterstützt wurde. Die Vorabübermittlung von Fluggastdaten zeigt, wie die OSZE die Umsetzung von Resolutionen des VN-Sicherheitsrats aktiv fördert und verbessert.

CYBER- UND IKT-SICHERHEIT

Viele Staaten betrachten heute neben Diplomatie, wirtschaftlichem Einfluss und militärischer Macht Cyber-Fähigkeiten als legitimen und notwendigen Bestandteil ihres strategischen Instrumentariums. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, dass der immaterielle Charakter des Cyberraums Mehrdeutigkeiten, Spekulationen und Missverständnisse fördern kann, die ihrerseits zu Spannungen oder Konflikten zwischen Staaten führen können.

2016 erweiterten die Teilnehmerstaaten die Liste der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), um das Konfliktrisiko durch die Nutzung der IKT, etwa auch zum Schutz kritischer Infrastruktur – eines der wichtigsten nationalen Sicherheitsanliegen – zu verringern. Auf dem Hamburger Ministerrat sagten die Außenminister zu, bestehende VSBM weiter umzusetzen, an neuen VSBM zu arbeiten und die Arbeit der OSZE in diesem Bereich zu stärken.

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen setzte ihre Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE im Bereich der IKT fort und die Umsetzungsquote der VSBM stieg von 70 Prozent im Jahr 2015 auf fast 90 Prozent im Jahr 2016. Ferner bestätigte ein erster Kommunikationstest (Ping Test) das Bekenntnis nahezu aller Teilnehmerstaaten, zur Krisenkommunikation im Falle möglicher Cyber-/IKT-Sicherheitsvorfällen zwischen Staaten.

GRENZSICHERUNG UND -MANAGEMENT

Ausländische terroristische Kämpfer stellen nach wie vor eine ernsthafte Herausforderung für die Grenzsicherungsbehörden dar. Die OSZE hat Grenzbehörden im Umgang mit dieser Bedrohung aktiv unterstützt. Das erste mobile Ausbildungsteam der OSZE steht bereit, Grenzbeamten, die an vorderster Front im Einsatz stehen, dabei zu helfen, dieses Phänomen zu bewältigen.

Die OSZE arbeitet daran, die operativen Kapazitäten der Zentren für Polizeizusammenarbeit und der Zentren für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll in Südosteuropa zu erhöhen, um einen besseren Informationsaustausch und einen Kooperationsmechanismus zwischen Grenzsicherungs- und Managementbehörden in dieser Region zu gewährleisten.

Eine Arbeitstagung im November 2016 in Malta zeigte, wie wichtig es ist, die Kooperationsmechanismen in der Mittelmeerregion zu verbessern. Die Veranstaltung führte zur Entwicklung einer Initiative zum Aufbau bestandfähiger Kooperations- und Austauschnetze zwischen Grenzbehörden in der Mittelmeerregion.

Eine Arbeitstagung in Duschanbe zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und Tadschikistan bei der Bekämpfung des zunehmenden unerlaubten grenzüberschreitenden Handels mit Kulturgütern hat dazu geführt, dass ähnliche Veranstaltungen für andere Regionen entwickelt wurden, die für das Jahr 2017 geplant sind.

Die TNTD richtete die OSZE-Plattform für Geschlechtergleichstellung für Grenzsicherheit und -management ein, um Frauen den Aufstieg in Führungspositionen zu erleichtern und die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen der Grenzbehörden zu verwirklichen.

POLIZEILICHE AKTIVITÄTEN ZUR ABWEHR GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Bei der Befassung mit den Schwerpunktbereichen migrationsbezogene Kriminalität, illegaler Drogenhandel, Ermittlungen im Zuge der Terrorbekämpfung und Cyberverbrechen widmete sich die Abteilung TNT vornehmlich der Stärkung der Zusammenarbeit im Zuge der Strafverfolgung.

In Zusammenarbeit mit dem Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels leistete das TNTD durch Ausbildungskurse und Workshops Hilfestellung bei der Stärkung der Kapazitäten der Strafverfolgungsorgane für die Untersuchung von Fällen von Menschenhandel und Migrantenschmuggel und die Identifizierung der Opfer.

Bei der Bekämpfung illegaler Drogen setzte die TNTD den Schwerpunkt auf die Ausbildung afghanischer Strafverfolgungsbeamter sowie auf den Aufbau von Kapazitäten in den Ländern Osteuropas im Umgang mit neuen psychoaktiven Substanzen.

Die TNTD entwickelte gemeinsam mit dem ODIHR das Ausbildungsmodul „Anti-Terror-Ermittlungen und Menschenrechte“ für Strafverfolgungsbehörden. Zwei Pilotkurse wurden in Albanien und Spanien abgehalten.

Nachrichtendienstlich unterstützte Polizeiarbeit (ILP) war das Thema des Jahrestreffens von OSZE-Polizeixperten 2016. Ein Ergebnis des Treffens war das Ersuchen an die TNTD, ein OSZE-Handbuch zur ILP zu erstellen, das bis Mitte des Jahres 2017 veröffentlicht werden soll.

Die herkömmliche Kriminalität verlagert sich immer mehr in den Cyberraum. Um mit dieser neuen Herausforderung umgehen zu lernen, hat die TNTD zwei Ausbildungskurse, einen Grundkurs und einen weiterführenden Kurs, für Ermittler von Cyber-Straftaten aus Südosteuropa und dem Südkaukasus durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem deutschen OSZE-Vorsitz organisierte die TNTD die OSZE-weite Konferenz „UNGASS 2016 – Fahrplan für die Bekämpfung des Weltrogenproblems“, bei der Vorschläge erörtert wurden, wie den OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern bei der Umsetzung des UNGASS-Ergebnisdokuments Hilfestellung geleistet werden kann.

AKTIVITÄTEN IM WIRTSCHAFTS- UND UMWELTBEREICH

Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE:

Dr. Halil Yurdakul Yigitgüden

Personal: 20

www.osce.org/economic-activities - Wirtschaftsaktivitäten

www.osce.org/environmental-activities - Umweltaktivitäten

www.osce.org/secretariat/eeforum - Wirtschafts- und Umweltforum

Im Sinne der vom deutschen OSZE-Vorsitz für das Jahr 2016 festgelegten Prioritäten in der zweiten Dimension verstärkte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) sein Engagement zur Förderung von verantwortungsvoller Führung im Wirtschafts- und Umweltbereich sowie der Konnektivität zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten, unter anderem auch im Rahmen des Wirtschafts- und Umweltforums.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Als Teil seiner Bemühungen zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Korruptionsbekämpfung führte das OCEEA in der Mongolei eine landesweite Erhebung zur Ermittlung des Hilfsbedarfs im Kampf gegen die Korruption durch und hielt in Kirgisistan ein Expertenseminar zum Thema Bildung und die Rohstoffindustrie ab. Zur Unterstützung einer wirksamen Bewirtschaftung der öffentlichen Ressourcen sowie der Korruptionsbekämpfung auf dem Westbalkan wurde von OCEEA und ODIHR in enger Partnerschaft mit OSZE-Feldoperationen das Projekt *Money in Politics in South-Eastern Europe* entwickelt und umgesetzt. Ziel dieser Initiative war es, Trends sichtbar zu machen und nachahmenswerte Praktiken im Kampf gegen die Korruption in den Bereichen Finanzierung politischer Parteien, Vermögens- und Einkommensoffenlegung von Amtsträgern sowie öffentliches Beschaffungswesen auszutauschen.

DAS OSZE-HANDBUCH „KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG“

Im Frühjahr 2016 erschien das *OSCE Handbook on Combating Corruption*. Es macht auf die zahlreichen internationalen Instrumente aufmerksam, die nationalen politischen Entscheidungsträgern und Mitarbeitern der für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Dienststellen zur Verfügung stehen, und leistet Hilfestellung bei der Entwicklung und Umsetzung wirksamer Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption.

BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE

Das Büro unterstützte die Teilnehmerstaaten weiter in ihrer Fähigkeit, Geldwäsche zu verhindern und zu unterbinden und dieser Art der Kriminalität ihre finanzielle Grundlage zu entziehen. Dazu organisierte das Büro in Moldau, Österreich und der Ukraine mehrere fachspezifische Ausbildungen über die Bekämpfung von Korruption und Terrorismusfinanzierung. In Tadschikistan wurden gemeinsam mit dem VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung eine Sondierungsmission und ein Workshop durchgeführt, erstere zur Ermittlung des technischen Hilfsbedarfs der nationalen Behörden und letzterer zur Vermittlung von Wissen und Techniken zur Aufdeckung von Geldwäsche unter Verwendung moderner betriebswirtschaftlicher und finanzieller Instrumente. Im Juni fand in Belgrad ein Regionaltreffen der

Finanzermittlungsbehörden über die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung statt, bei dem Trends und vorbildliche Methoden zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung in der Region erörtert wurden. Im Oktober half das Büro mit bei der Entwicklung einer nationalen Risikobeurteilung in Bezug auf Geldwäsche in Bosnien und Herzegowina.

STEUERUNG DER ARBEITSMIGRATION

Mehrere Sondierungsmissionen legten den Grundstein zu Initiativen, die den Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der Strategien im Bereich Arbeitsmigration zum Gegenstand hatten. Eine Fachtagung im Juni erarbeitete Schwerpunktmaßnahmen im Rahmen der informellen Arbeitsgruppe „Migration“, die unter der Leitung des Schweizer Botschafters bei der OSZE eingesetzt wurde. Am 14. Dezember organisierten das OCEEA und die Internationale Organisation für Migration (IOM) eine Podiumsdiskussion in Wien über die künftige Entwicklung des Globalen Paktes der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Die Redner stellten Überlegungen zu künftigen Schritten und Herausforderungen für die bevorstehenden Verhandlungen an, die zur Verabschiedung des Paktes im Jahr 2018 führen sollen, und dachten darüber nach, was die beiden Organisationen gemeinsam tun können, um einen breiten Konsens zum Pakt im OSZE-Raum sicherzustellen.

ERLEICHTERUNG VON VERKEHR UND HANDEL

Die OSZE förderte gezielt den Beitritt zum Übereinkommen der Welthandelsorganisation über Handelserleichterungen in Zentralasien und zu dessen Umsetzung durch die Schaffung nationaler Handelsförderungsausschüsse und die Entwicklung eines Fahrplans für die Durchführung umfassender Reformen zur Erleichterung des Handels, wobei unter anderem ein regionaler Workshop in Astana über Handelserleichterung abgehalten wurde. Das OCEEA unterstützte die Teilnehmerstaaten bei der Schaffung und Stärkung des ordnungspolitischen Rahmens, der zu einem attraktiveren Geschäfts- und Investitionsklima führen soll. Es war Gastgeber der 14. Tagung der Expertengruppe für euro-asiatische Verkehrsverbindungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) in Eriwan, die sich mit jüngsten Entwicklungen bei Förderinitiativen entlang der euro-asiatischen Routen zur weiteren Ankurbelung des regionalen Wirtschaftswachstums durch Verbesserung der bestehenden rechtlichen Vereinbarungen befasste.

VERANTWORTUNGSVOLLE UMWELTPOLITIK – AUF DEM WEG ZUR UMWELTDEMOKRATIE

Das OCEEA unterstützte mit seinen Umweltaktivitäten weiterhin die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich, darunter auch jene im Rahmen der weltweiten *Post-2015*-Entwicklungsagenda, namentlich die Ziele für nachhaltige Entwicklung, das Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen und der *Sendai*-Rahmen für Katastrophenvorsorge.

Das jährliche Treffen der Aarhus-Zentren im November in Wien machte deutlich, dass sich die 60 Mitglieder des Netzes der Aarhus-Zentren in 14 Teilnehmerstaaten stärker denn je für die Bewältigung der Herausforderungen im Themenkomplex Umwelt und Sicherheit engagieren. Es zeigte außerdem, dass die Aarhus-Zentren eine wichtige Rolle beim Übergang zur grünen Wirtschaft und zu mehr Ressourceneffizienz spielen können, zwei Themen, denen sich das OCEEA 2017 schwerpunktmäßig widmen wird. Bei dem Treffen wurde auch die neue Website aarhus.osce.org/ vorgestellt.

KATASTROPHENVORSORGE

Die Wald- und Flächenbrandbekämpfung stand auch in diesem Jahr im Mittelpunkt der OCEEA-Aktivitäten im Bereich der Katastrophenvorsorge. In der Region Südkaukasus entwickelte das Büro in Kooperation mit dem *Global Fire Monitoring Centre* und dem kanadischen *Forestry Service* ein System zur Bewertung der Brandgefahr als Frühwarninstrument für Entscheidungsträger. Anhand der Erfahrungen aus dem Südkaukasus wurde eine neue Initiative zur Verstärkung der Brandbekämpfungskapazitäten in von Tschernobyl betroffenen Gebieten auf den Weg gebracht. Das OCEEA verstärkte auch örtliche Kapazitäten und förderte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Katastrophenvorsorge auf Gemeindebasis durch diverse Projekte.

WASSERBEWIRTSCHAFTUNG: VERBINDUNG VON INTERESSEN UND VORTEILEN

Der Schutz des zu Moldau und zur Ukraine gehörenden Einzugsgebiets des Dnister/Nistru stand weit oben auf der Agenda des OCEEA. Aufbauend auf der Unterstützung, die das OCEEA seit 2004 bei der Wasserbewirtschaftung, beim Katastrophenschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel leistet, beteiligte sich das Büro an der Zusammenstellung eines umfangreichen Aufgabenkatalogs für die internationale Gemeinschaft, mit dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen neuer Initiativen, die 2017 für das Einzugsgebiet des Dnister/Nistru geplant sind, gefördert werden soll.

SONDERABFALLWIRTSCHAFT: SENSIBILISIERUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Gemeinsam mit seinen Partnern in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) und aus Mitteln der Europäischen Kommission fördert das OCEEA das Engagement möglicher Akteure für die Sanierung von Altlasten aus dem Uranabbau in Zentralasien. Neben den Aarhus-Zentren in Osch (Kirgisistan) und Chudschand (Tadschikistan), den wichtigsten Partnern in diesem Projekt, wurden in den betroffenen Gebieten drei neue öffentliche Umweltinformationszentren eingerichtet, um über Strahlungssicherheit aufzuklären und die Bürger zu veranlassen, sich aktiv in diesem Bereich zu engagieren.

KLIMAWANDEL UND SEINE AUSWIRKUNGEN AUF DIE SICHERHEIT

Vertreter nationaler Behörden, von NGOs und wissenschaftlicher Kreise aus Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien versammelten sich in ihrer jeweiligen Region, um über die Auswirkungen der Klimaänderungen auf die Sicherheit zu diskutieren und sich Gedanken über jene geografischen Gebiete zu machen, in denen diese Auswirkungen am stärksten spürbar sein werden. Die drei regionalen Konsultationen, die im Rahmen eines ENVSEC-Projekts unter der Federführung der OSZE abgehalten wurden, gaben auch Aufschluss darüber, welche weiteren Schritte im Hinblick auf die Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Anpassung an den Klimawandel – und im Interesse der Umsetzung des Pariser Übereinkommens – unternommen werden sollten.

„Als Vorsitzender der ENVSEC-Initiative 2016 war es eines meiner Ziele, den Nutzen des ENVSEC-Arbeitsprogramms für die Sicherheit zu erhöhen und den beteiligten Akteuren ein deutlicheres Bild von der Initiative zu vermitteln. Die der ENVSEC gewidmete Parallelveranstaltung am Rande der achten Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ in Batumi (Georgien) bot mehreren Ministern, weiteren hochrangigen Vertretern sowie der Zivilgesellschaft Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über den Nutzen der ENVSEC bei der Bewältigung neu entstandener Risiken für die Umwelt und die Sicherheit.“

Yurdakul Yigitgüden, Koordinator für die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE.

HANDBUCH „SCHUTZ DER STROMNETZE VOR NATURKATASTROPHEN“

Stromausfälle gefährden zunehmend die Energiesicherheit in der gesamten OSZE-Region. Deshalb hat das OCEEA ein Handbuch für wirksame Risikobewertung und effektives Management von Stromnetzen herausgegeben, um deren Anfälligkeit für natürliche Gefahren und das Risiko von Stromausfällen zu verringern. Das Handbuch enthält Beiträge führender Wissenschaftler sowie von Experten aus Regierungen, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTFORUM

Das 24. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE war der Festigung von Stabilität und Sicherheit durch Zusammenarbeit in *Good Governance* gewidmet und trug damit zum Ministerratsbeschluss über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Förderung der Konnektivität bei. Zu den beiden Vorbereitungstreffen in Wien und Berlin und zum abschließenden Treffen in Prag versammelten sich über 670 Teilnehmer. Hauptredner war unter anderem Peter Eigen, der Gründer von *Transparency International*, der die Notwendigkeit einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Korruption unterstrich. „Eine dreiseitige Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kann zu einer besseren Regierungsführung und einer sicheren Welt beitragen,“ erklärte er. Das Wirtschafts- und Umweltforum bot gleichzeitig eine Plattform für konstruktive Diskussionen zu aktuellen Themen im Wirtschafts- und Umweltbereich.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Sonderbeauftragte und Koordinatorin: **Botschafterin Madina Jarbussynowa**

Personal: 13

www.osce.org/combating-human-trafficking

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels hilft den Teilnehmerstaaten dabei, Menschenhandel wirksamer zu verhüten, die Täter strafrechtlich zu verfolgen und die Opfer zu schützen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen in der und um die OSZE-Region war das Büro der Sonderbeauftragten erneut federführend in den Bemühungen der OSZE, strafrechtliche Gegenmaßnahmen zu verstärken, Opfern des Menschenhandels beizustehen und bei den schutzbedürftigsten Gruppen bewusstseinsbildend zu wirken.

MIGRATION UND MENSCHENHANDEL

Noch immer wird bei Menschenhandel im Zusammenhang mit krisenbedingter Migration weitgehend weggesehen. Um sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, welche Fortschritte die zuständigen Behörden im Hinblick auf die Identifizierung potenzieller Menschenhandelsopfer unter gemischten Migrations- und Flüchtlingsströmen gemacht haben, stattete die Sonderbeauftragte den Übergangsaufnahme- und Schutzzentren in Lampedusa (Italien) und Gaziantep (Türkei) mehrere offizielle Besuche ab. Dank dieser Informationsbesuche konnte sie sich ein besseres Bild von den Auswirkungen der aktuellen Krise auf die Menschen vor Ort machen und punktgenaue Empfehlungen für auf die jeweilige Situation zugeschnittene Strategien, für Initiativen für den Aufbau von Kapazitäten und zur Bewusstseinsbildung abgeben. In der Ukraine setzte die Sonderbeauftragte ihre Bemühungen fort, die Behörden und die SMM ebenso wie die Vertriebenen selbst für die krisenbedingten Risiken zu sensibilisieren.

ZWANGSKRIMINALITÄT

Die 16. hochrangige Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel im April 2016 befasste sich mit dem Menschenhandel zum Zwecke von Zwangskriminalität, einem Phänomen, das in der OSZE-Region überhandnimmt und gegen das nicht ausreichend vorgegangen wird. Ziel der Konferenz war die Stärkung der Fähigkeit von Strafverfolgungssystemen in unserer Region im Hinblick darauf, Zwangskriminalität zweifelsfrei zu erkennen und einerseits die wahren Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und ihre kriminellen Netzwerke zu zerschlagen, andererseits das Prinzip der Nicht-Bestrafung der Opfer anzuwenden und diesen entsprechende Hilfe angedeihen zu lassen.

LÄNDERBESUCHE

Länderbesuche sind nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels; sie bieten dem Büro eine Plattform, um auf nationaler Ebene mit Regierungen, Parlamentariern und Angehörigen der Justiz sowie mit internationalen Organisationen und NGO Verbindung zu halten. Diese offiziellen Besuche sind im Einklang mit dem Mandat der Sonderbeauftragten ein wesentliches Hilfsmittel, um Regierungen dazu zu ermutigen und in die Lage zu versetzen, den Kampf gegen alle Formen des Menschenhandels ganz oben auf ihre politische Agenda zu setzen. 2016 führte das Büro der Sonderbeauftragten in mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten Länder- und Folgebesuche durch, unter anderem in Armenien, Rumänien, der Tschechischen Republik, der Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Büro gab auch Länderberichte zur ehemaligen

jugoslawischen Republik Mazedonien, zur Tschechischen Republik, zu Kasachstan und Tadschikistan heraus.

PRAKTISCHE AUSBILDUNG FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS ENTLANG VON MIGRATIONSROUTEN

An der ersten Simulationsübung der OSZE in Echtzeit nahmen über 55 Strafverfolgungsbeamte, Staatsanwälte, Arbeitsinspektoren, Finanzfahnder und Vertreter der Zivilgesellschaft aus an Migrationsrouten liegenden Herkunfts-, Ziel- und Transitländern teil. Die Übung galt in erster Linie dem Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung der Arbeitskraft, unter Zuhilfenahme nachgestellter Fälle von Finanzermittlungen; häufig sind sie es, die in weiterer Folge die Zerschlagung komplexer krimineller Organisationen möglich machen. „Mit der Verstärkung der Reaktion der Justiz auf die Menschenhändler, die entlang der Migrationsrouten operieren, verfolgen wir das Ziel, den an vorderster Front tätigen Einsatzkräften ein besseres Rüstzeug für die Identifizierung und den Schutz potenzieller Menschenhandelsopfer zu geben und zugleich für die Entwicklung geeigneter und wirksamer Leitmechanismen zu sorgen“, so Botschafterin Jarbussynowa.

VERHÜTUNG VON MENSCHENHANDEL IN VERSORGUNGSKETTEN

In dem Bestreben, Menschenhandel zum Zwecke jeglicher Ausbeutung zu verhindern, hielt das Büro der Sonderbeauftragten im September in Berlin die erste einer Serie von fünf Arbeitstagungen ab, die sich mit der Verhütung des Menschenhandels in Versorgungsketten durch Maßnahmen wie zum Beispiel Einflussnahme auf die Vergabe öffentlicher Aufträge auseinandersetzten. Mehr als 170 Experten aus Regierungen, der Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen, der Privatwirtschaft, Gewerkschaften und der Wissenschaft erörterten, welche Methoden erfolgversprechend sind, um den Menschenhandel durch ein in vielerlei Hinsicht ethisches Beschaffungswesen zu bekämpfen. Im November fand in London im Innenministerium die zweite zweitägige Arbeitstagung zu diesem Thema statt, an der über 40 Experten und politische Entscheidungsträger aus verschiedenen OSZE-Staaten teilnahmen.

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Leitende Beraterin für Genderfragen: **Botschafterin Miroslava Beham**

Personal: 7

www.osce.org/gender

Im Wissen, wie wichtig ein ganzheitlicher, für alle zugänglicher Sicherheitsansatz ist, verfolgt die OSZE ein umfassendes Konzept für die Gleichstellung der Geschlechter.

FRAUEN UND KONFLIKTE

Um den Zusammenhang zwischen Gleichstellung der Geschlechter und umfassender Sicherheit zu unterstreichen, arbeitete die Gender-Abteilung der OSZE gemeinsam mit zwei Experteneinrichtungen an der Stärkung der Umsetzung von Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit.

Mit dem *Institute for Inclusive Security* als Partner organisierte die Abteilung im September in Wien die von der OSZE unterstützte *1325 National Action Plan Academy*, an der mit der praktischen Umsetzung befasste Fachleute von Regierungen und Zivilgesellschaft aus der gesamten OSZE-Region teilnahmen. In interaktiven Kleingruppendiskussionen gingen sie auf die globalen Trends in der Umsetzung der nationalen Aktionspläne ein, erwogen die Vor- und Nachteile der verschiedenen operativen Strategien und tauschten sich über Herausforderungen und vorbildliche Methoden zur Beschleunigung der Inklusion von Frauen aus. Mithilfe von Tools für inklusive Sicherheit unterzogen die Teilnehmer die aktuellen beziehungsweise ins Auge gefassten Planungskonzepte einer Beurteilung, stellten Lücken fest und skizzierten mögliche Ergebnisse.

Um die Kluft zwischen politischen Entscheidungsträgern und Theoretikern, die sich mit UNSCR 1325 befassen, zu überbrücken, richtete die Gender-Abteilung die wissenschaftliche Jahrestagung des schwedischen Thinktanks Folke Bernadotte Akademie aus, die der Beurteilung der Umsetzung dieser Resolution gewidmet war. Das gab OSZE-Entscheidungsträgern die Möglichkeit, sich an den Diskussionen zu beteiligen und Synergien und Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Kreisen im Hinblick auf die Stärkung der Rolle von Frauen in der Konfliktverhütung und -lösung zu finden.

„Gewalt hat nicht nur Auswirkungen auf die persönliche Sicherheit von Frauen, sondern hindert sie auch daran, an der Gesellschaft teilzuhaben und ihre Fertigkeiten, ihr Wissen und ihre Kompetenz einzubringen.“

Lamberto Zannier, Generalsekretär der OSZE

MENTORING

Die Gender-Abteilung nahm die nächste Phase im Aufbau von Mentoring-Netzwerken in der OSZE-Region in Angriff. Mentoring-Programme haben großes Selbstermächtigungspotenzial für Frauen und ermöglichen ihnen, sich verstärkt in alle Lebensbereiche einzubringen. Die Abteilung ermöglichte Trainerinnen aus Serbien die Reise nach Kiew, wo sie Organisationen von Roma-Frauen die Fertigkeiten und Tools vermittelten, die sie brauchen, um den OSZE-Fahrplan für den Aufbau von Mentoring-Netzwerken umsetzen zu können. Im nächsten Jahr soll die Methode in mindestens fünf Ländern der OSZE-Region zur Anwendung kommen, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen aus Minderheitengruppen, Migrantinnen und Frauen, die geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt waren.

WEISSE SCHLEIFE FÜR DIE FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, zeichnete vier Männer in ihrer Funktion als leitende Bedienstete in Ankerkennung ihrer Tätigkeit zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowohl in der Tätigkeit der OSZE als auch in der Region mit einer weißen Schleife aus.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Die bleibenden Folgen der Gewalt gegen Frauen betreffen nicht nur die Frauen selbst – also die Opfer –, sondern auch die ihnen Nahestehenden, ihre Gemeinschaft und die Gesellschaft, in der sie leben; die Bekämpfung dieser Gewalt stellt daher für die OSZE eine Priorität dar.

Die Gender-Abteilung veranlasste eine Erhebung zur Gewalt gegen Frauen, die in bis zu zehn OSZE-Teilnehmerstaaten in den Regionen Südosteuropa, Osteuropa und dem Südkaukasus durchgeführt wurde. Sie konzentrierte sich in erster Linie auf die Erfahrungen von Frauen in Konflikten und nach Konflikten. Die vergleichbaren Daten zu den verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen sollen von nationalen und internationalen Akteuren, die mit der Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt befasst sind, zur Verbesserung ihrer politischen Strategien und unterstützenden Programme verwendet werden. Die Erhebung soll Datenlücken füllen und ist damit ein Schritt auf dem Weg zur Erfüllung von Verpflichtungen der OSZE und der Staatengemeinschaft zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.

Unterstützt vom deutschen Vorsitz veranstaltete die Abteilung eine internationale Konferenz über die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, bei der Politiker, Forscher, Strafverfolgungsbeamte und Aktivisten bewährte Methoden austauschten und Bereiche identifizierten, in denen noch mehr getan werden muss. Die Publikation „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in der OSZE-Region“ gibt einen Überblick über die Themen der Konferenz und geht auf bewährte Methoden und die diesbezüglichen Erfolge der OSZE-Durchführungsorgane ein. Sie enthält auch ein Paket von Empfehlungen und führt an, in welchen Bereichen in der OSZE-Region angesetzt werden sollte.

Frauenmord ist eine der schwerwiegendsten Verletzungen der Menschenrechte und die schlimmste Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Am Internationalen Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen veranstaltete die Gender-Abteilung gemeinsam mit den Partnern UNODC, dem VN-Sonderberichterstatter zu Gewalt gegen Frauen, dem Akademischen Rat für das System der Vereinten Nationen und „Frauen gegen Gewalt Europa“ eine Fachtagung zur Förderung des Bewusstseins für diese Frage. Die Teilnehmer ermittelten jene Bereiche, in denen die Erhebung und Auswertung von Daten über Frauenmord verbessert und systematisiert werden könnte, um die Verhütung und den Umgang damit zu verbessern.

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Direktor: **Michael Georg Link**

Haushalt: 17 225 500 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 3 750 164 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 84, lokal 73

www.osce.org/odihr

Als wichtigste Institution zur menschlichen Dimension in der OSZE bietet das in Warschau angesiedelte Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft Unterstützung, Hilfe und Expertise zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie zu Fragen der Roma und Sinti.

2016 konnte das ODIHR auf eine 25-jährige Tätigkeit im Dienste der Stärkung demokratischer Institutionen, der Bekämpfung von Bedrohungen für die Menschenrechte und der Förderung von Toleranz in der OSZE-Region zurückblicken. Das Büro setzte seine Arbeit zur Erleichterung des Dialogs in der Ukraine fort und reagierte auf zahlreiche Ersuchen um Hilfestellung bei der Bewältigung der Migration.

„2016 beging das ODIHR sein 25-jähriges Jubiläum als Institution für die menschliche Dimension der OSZE und war Gastgeber des 20. Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension. In vielen Bereichen gab es Fortschritte, doch erinnerte uns das Jahr 2016 daran, dass es noch immer Herausforderungen gibt, was die menschlichen Aspekte der Sicherheit betrifft; nach wie vor eignet sich das ODIHR wie kaum eine andere Organisation dafür, mit den Teilnehmerstaaten und für sie die Umsetzung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension voranzutreiben.“

Michael Georg Link, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE

WAHLEN

Im Berichtszeitraum beobachtete das ODIHR fünfzehn Urnengänge in der ganzen OSZE. In Anwendung der ODIHR-eigenen Methodik waren diese Missionen von zwei grundlegenden Zielen geleitet: Erstens, zu beurteilen, ob die OSZE-Teilnehmerstaaten OSZE-Verpflichtungen, internationale Verpflichtungen und andere Standards für demokratische Wahlen einhalten, und zweitens die Teilnehmerstaaten bei der Verbesserung ihrer Wahlverfahren durch konkrete und klare Empfehlungen zu unterstützen. Mit der Begutachtung von Wahlgesetzen und mit technischer Hilfe stand das Büro auch zahlreichen Teilnehmerstaaten bei ihren Bemühungen zur Seite, die Empfehlungen der ODIHR-Wahlbeobachtungsmissionen umzusetzen. Das jüngst veröffentlichte ODIHR-Handbuch für Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlungen unterstützt diese Aktivitäten.

Bei vielen Wahlbeobachtungsaktivitäten arbeiteten die ODIHR-Beobachter Hand in Hand mit Parlamentariern der OSZE, des Europarats und der NATO sowie des Europäischen Parlaments.

Unser Recht auf Teilhabe – Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben

Im Oktober veranstaltete das ODIHR ein hochrangiges Expertenseminar in Helsinki, das sich mit den Herausforderungen und nachahmenswerten Methoden für die Schaffung inklusiverer Gesellschaften befasste. Rund 140 Teilnehmer, unter ihnen Vertreter aus Organisationen von Menschen mit Behinderungen, Parlamentarier, Vertreter aus Ombudseinrichtungen und den OSZE-Feldoperationen sowie Mitglieder anderer internationaler Organisationen tauschten ihre Vorstellungen von Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf deren Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben aus.

DEMOKRATISIERUNG

2016 unterstützte das ODIHR eine unabhängige Rechtsprechung und Vielfalt in der Justiz, das Recht auf ein unparteiisches Gericht in Zeiten des Ausnahmezustands und des Umbruchs, Reformen der Strafrechtspflege, den Aufbau zivilgesellschaftlicher Kapazitäten und Interessensvertretungen. Es förderte demokratische Grundsätze und die Gleichstellung der Geschlechter in Parlamenten, bei politischen Parteien und bei Wahlen, wobei der Fokus auf politischer Ethik und Korruptionsbekämpfung, der Stärkung der Rolle von Frauen in Entscheidungsprozessen und der Förderung der politischen Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen lag. ODIHR reagierte auf eine zunehmende Nachfrage und half fünfzehn Teilnehmerstaaten dabei, rechtsbasierte Strategien für die Integration von Migranten und für Arbeitsmigration zu entwickeln, bildete mehr als 500 Fachleute für diese Themen und für Migrantenrechte aus und erteilte Beratung zu sicheren Rahmenbedingungen für die Ausstellung von Reisedokumenten. Im Zuge seiner legislativen Unterstützung für Teilnehmerstaaten beurteilte das ODIHR Gesetzgebungsverfahren und begutachtete Rechtsvorschriften insbesondere betreffend Verfassungsreformen.

MENSCHENRECHTE

2016 schloss das ODIHR seine dritte Monitoring-Runde zur Versammlungsfreiheit ab und legte einen Bericht mit seinen Erkenntnissen und Empfehlungen aus den in sieben Teilnehmerstaaten durchgeführten Beobachtungen vor. Das ODIHR setzte die Beobachtung der Lage von Menschenrechtsverteidigern im gesamten OSZE-Raum fort. Mit Veranstaltungen und Ausbildungsaktivitäten bot es Kapazitätsaufbau und Expertenberatung für staatliche und nichtstaatliche Akteure zu Fragen der Menschenrechte an. Zahlreiche Aktivitäten widmete es der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern, der Stärkung nationaler Menschenrechtsinstitutionen und einer Menschenrechtserziehung. Weitere Projekte galten dem Thema Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung, der Steuerung öffentlicher Veranstaltungen durch die Polizei und dem Recht auf friedliche Versammlung, der durchgängigen Berücksichtigung von Gender und Menschenrechten im Sicherheitssektor und der Folterprävention. In Abstimmung mit der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels reaktivierte das ODIHR Ende 2016 sein Tätigkeitsfeld Bekämpfung des Menschenhandels.

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Das ODIHR setzte 2016 seine Bemühungen zur Bekämpfung von Hasskriminalität und Intoleranz durch Berichterstattung und den Aufbau von Kapazitäten, die Veröffentlichung von Informationen über Hasskriminalität im OSZE-Raum sowie das Angebot von Aus- und Fortbildungsprogrammen für Strafverfolgungsbeamte, Staatsanwälte und zivilgesellschaftliche Gruppen fort. Verstärkt wurden diese Aktivitäten durch die Einführung eines Dreijahresprojekts gegen Antisemitismus, das jährliche Treffen der nationalen

Kontaktstellen zu Hasskriminalität im November sowie durch Konferenzen zur Bekämpfung von Intoleranz und Hassverbrechen gegen Muslime und Christen im Februar und Dezember.

TATEN STATT WORTE GEGEN ANTISEMITISMUS

2016 nahm das ODIHR ein mehrjähriges Projekt gegen Antisemitismus in Angriff, das drei Bereiche in den Fokus nimmt: Eingehen auf die Sicherheitsbedürfnisse jüdischer Gemeinden durch Handlungsanleitungen, die in Absprache mit Experten aus Regierungen und Gemeinden erarbeitet wurden; Bekämpfung von Antisemitismus durch Erziehung und die Entwicklung von bildungspolitischen Leitlinien; Förderung von Koalitionen zwischen Gemeinden zur Mobilisierung und von positiven Kräften.

FRAGEN DER ROMA UND SINTI

Die OSZE hat sich dazu verpflichtet, die Sicherheit und den Schutz der Roma- und Sinti-Gemeinden zu verbessern und die Teilhabe der Roma und Sinti, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, am öffentlichen und politischen Leben zu fördern.

Das ODIHR hat einen interaktiven zweitägigen Kurs entwickelt, bei dem Strafverfolgungsbeamte eine wirksame und menschenrechtsverträgliche Polizeiarbeit in Roma- und Sinti-Gemeinden erlernen sollen. Dieser Kurs stärkt die Kompetenz von Polizeibeamten, die in Roma- und Sinti-Gemeinden sowie in gemischten Gemeinden Dienst tun. Er bietet wirksame Strategien für die Polizeiarbeit in Roma-Gemeinden, die fair sind und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, denen sie dienen; dabei kommen Methoden zum Einsatz, die die Menschenrechtsstandards berücksichtigen und geschlechtersensibel sind. Das ODIHR hielt dazu einen Pilotkurs für zwanzig Polizeibeamte in Bukarest ab, die in direktem Kontakt mit Roma-Gemeinden arbeiten, und einen zweiten in Warschau für sechzehn Beamte aus dem höheren Dienst. Die Aus- und Fortbildung für Polizeibeamte, die in direktem Kontakt mit den Gemeinden stehen, wurde auch an den Polizeischulen in Slatina und Campina in Rumänien sowie in Odessa in der Ukraine angeboten.

2016 förderte das ODIHR im Zuge des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension und bei Aussprachen mit Politikern der Roma und Sinti und Vertretern der Zivilgesellschaft, unter ihnen auch Frauen und Jugendliche, einen Dialog über die Herausforderungen, mit denen Roma und Sinti konfrontiert sind, wenn sie ihre Wahlrechte ausüben wollen.

WAHLBEOBACHTUNG IM JAHR 2016

durch ein Kernteam von Experten und Lang- und Kurzzeitbeobachtern

- * eingeschränkte Wahlbeobachtungsmission bestehend aus einem Kernteam von Experten und Langzeitbeobachtern
- ** eine Wahlbeurteilungsmission oder ein Wahlexpertenteam mit lediglich einem Kernteam von Experten

- | | |
|--------------------------------|---|
| 1. Slowakei** | Parlamentswahl am 5. März |
| 2. Kasachstan | vorgezogene Parlamentswahl am 20. März |
| 3. Serbien* | vorgezogene Parlamentswahl am 24. April |
| 4. Mongolei | Parlamentswahl am 29. Juni |
| 5. Belarus | Parlamentswahl am 11. September |
| 6. Russische Föderation | Parlamentswahl am 18. September |

| | |
|--|---|
| 7. Georgien | Parlamentswahlen am 8. Oktober und 30. Oktober |
| 8. Litauen | Parlamentswahl am 9. Oktober |
| 9. Montenegro | Parlamentswahl am 16. Oktober |
| 10. USA | allgemeine Wahlen am 8. November |
| 11. Moldau | Präsidentenwahl am 30. Oktober und 13. November |
| 12. Usbekistan | vorgezogene Präsidentenwahl am 4. Dezember |
| 13. Österreich** | Präsidentenwahl, zweite Wiederholung des zweiten Wahlgangs am 4. Dezember |
| 14. die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | vorgezogene Parlamentswahl am 11. Dezember |

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Hohe Kommissarin: **Astrid Thors** (bis 19. August 2016)

Haushalt: 3 407 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 616 652 (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 21, lokal 9

www.osce.org/hcnm

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 ins Leben gerufen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen.

2016 befasste sich die Hohe Kommissarin in Wahrnehmung ihres Mandats wie im Vorjahr mit einer Reihe von Herausforderungen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Integration und förderte gute Regierungsführung, die Achtung der Menschenrechte einschließlich Minderheitenrechten und tatsächlicher Gleichstellung – Elemente, die alle für die Erhaltung der gesellschaftlichen Stabilität unerlässlich sind.

INTEGRATION IN VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFTEN

Besuche in der OSZE-Region geben der Hohen Kommissarin die Möglichkeit, sich aus erster Hand zu informieren und bilden nach wie vor das Kernstück des HKNM-Mandats, doch sind auch der Austausch von Informationen und Empfehlungen, Rechtsgutachten und Hilfestellung bei Projekten wichtige Hilfsmittel in ihrer Arbeit.

2016 führte die HKNM neun Besuche zur Unterstützung der gesellschaftlichen Integration durch und hielt in Georgien, Kasachstan und Kirgisistan Veranstaltungen zu Bildung, Polizeiarbeit und politischer Partizipation in multiethnischen Gesellschaften ab.

Im Dezember verabschiedete die moldauische Regierung eine Integrationsstrategie, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt und zugleich nationale Minderheitenrechte schützt und fördert. Die HKNM war bei der Ausarbeitung dieser Strategie behilflich.

BILDUNG

Anlässlich des 20. Jahrestags der Haager Empfehlungen über die Bildungsrechte nationaler Minderheiten fand am 20. und 21. April 2016 in Den Haag eine zweitägige Konferenz statt, bei der die Rolle der Bildung in der Konfliktverhütung bewertet und deutlich gemacht werden sollte. Bei der Konferenz kamen 180 Regierungsvertreter, Experten, Pädagogen und Bildungsfachleute sowie nichtstaatliche Akteure zusammen, die auf den Gebieten Bildung, Konfliktverhütung und Friedensstiftung tätig sind, um sich mit den Herausforderungen auseinanderzusetzen, die eine Anpassung der Bildungssysteme an Gesellschaften mit ethnischer Vielfalt mit sich bringt.

Aus Anlass des Jahrestags und um zu unterstreichen, dass Bildung einen Beitrag zur Konfliktverhütung leisten kann, veranstaltete die HKNM einen Videowettbewerb zum Thema „Unsere Schule, unsere Vielfalt“ für Schüler im Alter von zwölf bis achtzehn Jahren aus der gesamten OSZE-Region. Sie sollten ein einminütiges Video zur Frage produzieren, weshalb

Diversität für eine Klassengemeinschaft wichtig ist. Schüler aus fünfzehn OSZE-Teilnehmerstaaten reichten 101 Beiträge ein und machten den Wettbewerb zu einem Erfolg.

Im November unterstützte das Büro der HKNM eine zweitägige Konferenz in Skopje zu Bildungsrechten in vielfältigen Gesellschaften. Auch diese Konferenz beging den 20. Jahrestag der Veröffentlichung der *Haager Empfehlungen über die Bildungsrechte nationaler Minderheiten* mit rund hundert Teilnehmern aus staatlichen Einrichtungen, der Zivilgesellschaft, der internationalen Gemeinschaft und aus verschiedenen Gemeinschaften im ganzen Land.

MAX VAN DER STOEL AWARD

2016 erhielt eine in Zypern beheimatete Nichtregierungsorganisation, die *Association for Historical Dialogue and Research* (AHDR), den *Max van der Stoel Award* dafür, Geschichtsunterricht für die Zwecke der Versöhnung eingesetzt zu haben. Die 2003 gegründete NGO sich dem Ziel verschrieben, in Zypern durch den Zugang zu einem Unterricht, der die Vielfalt achtet und vielfältige Sichtweisen zulässt, in der Öffentlichkeit und bei Pädagogen eine gemeinsame Sicht der Geschichte entstehen zu lassen, ungeachtet der jeweiligen ethnischen, religiösen, kulturellen und sozialen Herkunft.

ZUSÄTZLICHES TREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION

Im November organisierte die HKNM in Zusammenarbeit mit dem deutschen Vorsitz und dem ODIHR ein Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zu nationalen Minderheiten, Brückenbildung und Integration, zu dem 190 Vertreter von Regierungen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft aus der gesamten OSZE-Region zusammenkamen. Das Treffen war als Anstoß zu einer Diskussion über die brückenbildende Rolle und das diesbezügliche Potenzial von Fragen nationaler Minderheiten im OSZE-Raum gedacht und sollte untersuchen, welche Chancen die zahlreichen Verbindungen eröffnen, die in vielfältigen Gesellschaften geknüpft werden können, um Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung sowohl innerhalb der Staaten als auch zwischen ihnen zu fördern.

Das Mandat des Hohen Kommissars umfasst auch regelmäßige Besuche im OSZE-Raum zur Erörterung von Minderheitenfragen mit Vertretern von Regierungsbehörden, der Minderheiten und der Zivilgesellschaft. 2016 absolvierte die HKNM neun Besuche.

März

Ukraine

Bosnien und Herzegowina

April

Georgien

Mai

Kroatien

Ungarn

Slowakei

Moldau

Juni

Serbien

Kosovo¹

1 Jede Bezugnahme auf den Kosovo in diesem Bericht, sei es auf das Territorium, die Institutionen oder die Bevölkerung, ist ausschließlich im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Die Beauftragte: **Dunja Mijatović**

Haushalt: 1 481 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 397 467 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: 15

www.osce.org/fom

Die Sicherheit von Journalisten stand auch 2016 ganz oben auf der Liste der Prioritäten des Büros des Beauftragten für Medienfreiheit, einer Institution der OSZE, die mit der Aufgabe betraut ist, den Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich Medien- und Meinungsfreiheit hilfreich zur Seite zu stehen.

2016 gingen die gegen Medien gerichteten Morde, Angriffe und Einschüchterungsversuche in der ganzen OSZE-Region weiter; im Hinblick auf die Verhinderung der Gewalt oder – was genauso wichtig ist – auf wirksame Maßnahmen zur Ergreifung und Bestrafung der Täter waren kaum Fortschritte zu verzeichnen. Um die Größenordnung des Problems zu erfassen, erstellte die Beauftragte eine Grafik, die einen umfassenden Überblick über alle seit 1992 in Teilnehmerstaaten ermordeten Medienschaffenden gibt und Angaben zu den Ermittlungen zu den Verbrechen enthält. Ferner ersuchte sie die Staaten, dem Büro Informationen zu liefern, aus denen das Ausmaß des Problems hervorgeht. Diese Daten wurden Anfang 2017 veröffentlicht.

Sicherheit und Straflosigkeit für Verbrechen gegen Journalisten sind nur zwei der zahllosen Probleme, mit denen sich die Beauftragte in dem Bemühen befasste, den Teilnehmerstaaten dabei zu helfen, ein der Medien- und Meinungsfreiheit zuträgliches Umfeld zu schaffen.

DIE HAUPTTHEMEN

Die Beauftragte setzte die Frage der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus ganz oben auf ihre Prioritätenliste für 2016 und gab zu dieser Problematik und möglichen Lösungen ein Communiqué heraus, in dem sie Möglichkeiten aufzeigte, wie man bei der Bekämpfung von Terrorismus die Meinungsfreiheit schützen kann. Kurz darauf veranstaltete sie gemeinsam mit der TNT-Abteilung der OSZE und der Mission in Bosnien und Herzegowina ein Expertentreffen in Sarajewo, bei dem die Teilnehmer vorbildliche Verfahren bei der Umsetzung von Online-Strategien gegen gewalttätigen Extremismus im Internet austauschten.

Das Trommelfeuer der Propaganda begleitete die Beauftragte auch in diesem Jahr bei ihrem fortgesetzten Feldzug für einen professionellen Journalismus, frei von Kontrolle und Einflussnahme. Gemeinsam mit dem Amtierenden Vorsitz veranstaltete sie ein Expertentreffen unter dem Titel „Kriegs- und Hasspropaganda und Medienfreiheit“, bei sich dem über hundert Journalisten, Medienfachleute, Diplomaten und politische Entscheidungsträger mit Menschenrechten und den rechtlichen Folgen von Propaganda auseinandersetzten.

Gemeinsam mit jungen Journalisten aus Russland und der Ukraine arbeitete sie wieder an Projekten in der Region, um Vertrauen zwischen den beiden Gruppen aufzubauen und ethische journalistische Standards zu verbessern.

Zusätzlich dazu vermittelte ihr Büro Treffen zwischen Vertretern des russischen und des ukrainischen Journalistenverbands, um den Dialog zu fördern und die Professionalität zu verbessern. Als Ergebnis dieser Treffen gab das Büro die Publikation *Two Countries – One Profession* heraus, die den Dialog zwischen den Gruppen nachzeichnet.

In Anerkennung der Tatsache, dass der Zugang zu Regierungsinformationen für das Funktionieren einer echten Demokratie unverzichtbar ist, befasste sich die Beauftragte auch mit dem Recht auf Zugang zu Information; sie war Gastgeberin einer hochrangigen Konferenz zum 250. Jahrestag des Erlasses des ersten Gesetzes über Informationsfreiheit in Schweden. Bei der Konferenz wurden wichtige Meilensteine auf dem Weg zum freien Zugang zu Information aber auch entscheidende Defizite identifiziert, die nach wie vor bei der praktischen Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf freien Informationszugang bestehen.

Zu guter Letzt befasste sich die Beauftragte wie in den Vorjahren erneut mit den vielfältigen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und ethischen Fragen, die sich für die journalistische Praxis als Folge der technologischen Entwicklungen ergeben haben, diesmal mit dem Schwerpunkt auf der Rolle der Intermediären für die Nachrichtenbeschaffung und -verbreitung im Internet.

BEOBACHTUNG DER MEDIENENTWICKLUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG VON OSZE-VERPFLICHTUNGEN

Die Aktivitäten der Beauftragten lassen sich in zwei verschiedene Bereiche einteilen: Beobachtung der Entwicklungen im Medienbereich, um bei potenziellen Herausforderungen für die Medien- und Meinungsfreiheit eine Frühwarnung auszusprechen, und Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in diesem Bereich. 2016 konfrontierte die Beauftragte für Medienfreiheit über 170 Mal die Regierungen von 41 Teilnehmerstaaten mit einem breiten Spektrum von Fragen wie Gewalt und Drohungen gegen Journalisten, Verleumdungsklagen, Strafurteile und Freiheitsstrafen wegen missliebiger Berichterstattung in den Medien sowie wegen des Erlasses von Gesetzen, die die Freiheit und den Pluralismus von Medien beeinträchtigen.

AUS- UND FORTBILDUNGSAKTIVITÄTEN

Die Beauftragte widmete der Aus- und Fortbildung und beruflichen Weiterbildung von Medienschaffenden viel Zeit und beträchtliche Mittel:

- Workshops für angehende russische und ukrainische Journalisten
- Seminare zu Fragen der freien Meinungsäußerung für türkische Richter und Staatsanwälte
- Diskussionsrunden für russische und ukrainische Mediengewerkschaften

REGIONALE MEDIENKONFERENZEN

Die Beauftragte organisierte auch in diesem Jahr regionale Medienkonferenzen für Teilnehmerstaaten in Zentralasien und im Südkaukasus, die Medienschaffenden aus diesen Regionen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit Kollegen, Regierungsbehörden und internationalen Experten gaben. 2016 waren die vielfältigen Herausforderungen für die Medien- und Meinungsfreiheit das Thema dieser Konferenzen. Gemeinsam mit der OSZE-Mission in Serbien veranstaltete die Beauftragte auch eine Medienkonferenz für südosteuropäische Teilnehmerstaaten unter dem Titel *Gaining a Digital Edge: Freedom of Expression*.

FELDOPERATIONEN

Neben ihren politischen Organen verfügt die OSZE auch über ein Netz von 16 Feldoperationen in Südosteuropa, Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien.

DIE FELDOPERATIONEN IM JAHR 2016

Die Feldoperationen der OSZE helfen ihren Gastländern bei der praktischen Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen sowie bei der Stärkung der lokalen Kapazitäten durch konkrete, bedarfsgerechte Projekte. Ihre Tätigkeitsbereiche hängen jeweils von den Rahmenbedingungen der betreffenden Feldoperation und des Gastlandes ab und sind im Mandat der jeweiligen Feldoperation festgelegt. Die Feldoperationen ermöglichen es der OSZE, auf sich abzeichnende Krisen zu reagieren, und spielen vielerorts eine entscheidende Rolle in der Zeit nach Konflikten, indem sie mithelfen, das Vertrauen zwischen den betroffenen Volksgruppen wiederherzustellen.

2016 VERFÜGTE DIE OSZE ÜBER 16 FELDOPERATIONEN:

SÜDOSTEUROPA

Die Präsenz in Albanien
Die Mission in Bosnien und Herzegowina
Die Mission im Kosovo
Die Mission in Montenegro
Die Mission in Serbien
Die Mission in Skopje

OSTEUROPA

Die Mission in Moldau
Der Projektkoordinator in der Ukraine
Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine
Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

SÜDKAUKASUS

Das Büro in Eriwan

ZENTRALASIEN

Das Zentrum in Aschgabat
Das Programmbüro in Astana
Das Zentrum in Bischkek
Das Büro in Tadschikistan
Der Projektkoordinator in Usbekistan

REGIONALE LÖSUNGEN FÜR REGIONALE HERAUSFORDERUNGEN

SÜDOSTEUROPA

Die Feldoperationen waren von Anfang an bestrebt, in ihre Aktivitäten eine regionale Dimension aufzunehmen, um die regionale Zusammenarbeit zu festigen, die Versöhnung zu erleichtern und die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu verbessern. Regionale Aktivitäten wie das „Follow-us“-Projekt, das den Dialog zwischen prominenten Frauen aus Belgrad und Prishtinë/Priština unterstützt, und der „Skopje-Prozess“, der tragfähige Verhältnisse für die Rückkehr und Integration schaffen soll, leisten wichtige Beiträge zur Förderung des regionalen Dialogs zwischen den Menschen in der Region. Das Regionale Wohnraumbeschaffungsprogramm (RHP) ist ein weiteres positives Beispiel von regionaler Zusammenarbeit, die sich mit den Folgen der Vertreibung im Zuge des Konflikts der Jahre 1991 – 1995 befasst und den bedürftigsten Flüchtlingsfamilien bei der Beschaffung des notwendigen Wohnraums und der Wiedereingliederung hilft.

In dem Bewusstsein, dass junge Leute eine eminent wichtige Rolle in Aussöhnungsprozessen und bei der Auseinandersetzung mit neuartigen Herausforderungen wie gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, spielen, widmen sich die OSZE-Feldoperationen in Südosteuropa verstärkt der Förderung des regionalen Austauschs zwischen Jugendlichen und direkter Kontakte zwischen jungen Menschen. Die von der Präsenz in Albanien und der Mission in Serbien gemeinsam organisierten gegenseitigen Besuche und Sommerschulen für albanische und serbische Jugendliche sind ein gutes Beispiel dafür.

Die Gründung des Regionalen Büros für Jugendzusammenarbeit (RYCO) in Tirana – ein direktes Ergebnis des EU-Westbalkan-Gipfels von Paris – ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Die OSZE befasst sich über ihre Feldoperationen in der Region bereits mit der Sondierung von Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit dem RYCO bei der Förderung des Jugendaustauschs und der Sensibilisierung für den Konnex zwischen Jugend und Sicherheit.

In dem Wissen, dass regionale Zusammenarbeit für die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen unverzichtbar ist, unterstützen die Präsenz in Albanien und die Mission im Kosovo ein Projekt zur Verbesserung kriminalpolizeilicher und proaktiver Fähigkeiten in der Region.

Regionale Herausforderungen werden in den kommenden Jahren angesichts der besonderen Fähigkeit der Organisation, Brücken zu bauen, Menschen einander näher zu bringen und regionale Lösungen zu finden, weiterhin einen Schwerpunkt in der Arbeit der Feldoperationen in Südosteuropa bilden.

DIE PRÄSENZ IN ALBANIEN

Leiter der Präsenz: **Botschafter Florian Raunig** (bis Juli 2016) und **Botschafter Bernd Borchardt** (ab Oktober 2016)

Haushalt: 2 907 900 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 507 100 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 20, lokal 62,5

www.osce.org/albania

2016 standen Diskussionen über die Reform des albanischen Justizwesens im Vordergrund. Die Präsenz unterstützte die albanischen Behörden weiter in deren Bemühungen um nachhaltige Fortschritte, um die Stärkung von Vertrauen in die Institutionen und bei der Auseinandersetzung mit neuen regionalen Herausforderungen.

UNTERSTÜTZUNG DER BÜRGER UND DER ZIVILGESELLSCHAFT

Im Vorfeld der Nachwahl 2016 und der für 2017 geplanten Parlamentswahl führte die Präsenz Informationskampagnen für die Wähler durch, die sich vor allem an Frauen, junge Menschen und Roma richteten. Die Teilnehmer wurden ermutigt, zur Wahl zu gehen und sich nicht von der Familie vorschreiben zu lassen, wem sie ihre Stimme geben.

Um albanischen Bürgern dabei zu helfen, sich im Gesetzesdschungel besser zurechtzufinden, richtete die Präsenz die Online Plattform „Ich kenne das Gesetz“ (www.njohligjin.al) ein. Sie bietet leicht verständliche juristische Erläuterungen zu Alltagsfragen an und wurde bereits von Tausenden Auskunftssuchenden konsultiert.

Die öffentliche Debatte über die totalitäre Vergangenheit Albaniens nahm 2016 deutlich zu, nachdem die Präsenz eine Umfrage über den Wissensstand, die Wahrnehmung und die Erwartung der Bürger durchgeführt hatte. Anhand von Dokumentationen und Aufführungen einer Wanderbühne wurden die Bürger dazu ermutigt, sich mit der Vergangenheit ihres Landes auseinanderzusetzen. Auf Anregung der OSZE und mit ihrer Unterstützung widmete die staatliche Fernsehanstalt diesem Thema eine Diskussionsreihe.

Die Präsenz half den albanischen Behörden bei der Ausarbeitung örtlicher Aktionspläne zum Schutz der Kinder vor Kinderhandel und Ausbeutung. Die Pläne basierten auf den Ergebnissen einer ausführlichen Analyse und der Befragung von 150 im Kinderschutz tätigen Personen.

Mithilfe der Präsenz wurden in vier Pilot-Kommunen die durch ein neues Gesetz über Gebietskörperschaften vorgeschriebenen Gemeinschaftsstrukturen eingerichtet. Durch sie sollen die kommunalen Dienstleistungen verbessert und die Bürger verstärkt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

VERBESSERUNG DER WIRKSAMKEIT UND VERSTÄRKUNG DER RECHENSCHAFTSPFLICHT DER INSTITUTIONEN

Die Präsenz half dem Parlament Albaniens, für größere Transparenz zu sorgen und verstärkt auf die Bürger zuzugehen. Mitarbeiter des Parlaments – die zuvor von der OSZE ausgebildet worden waren – hielten für rund 500 Oberstufenschüler und Studierende von der Präsenz geförderte Informationsveranstaltungen über Demokratie und Bürgerbeteiligung am Gesetzgebungsprozess ab. Mit Unterstützung der Präsenz wurde in Shkodra ein parteiübergreifendes

Wahlkreisbüro eröffnet, das – ebenso wie ein anderes, 2015 in Korça eingerichtetes Büro – von Parlamentsmitarbeitern zum Meinungsaustausch mit Bürgern benützt wurde.

„Die OSZE-Präsenz hat maßgeblich zur Verbesserung der Arbeit des albanischen Parlaments beigetragen, indem sie mithalf, die Transparenz-Standards zu erhöhen und das Parlament und seine Arbeit dem Bürger näherzubringen.“

Ilir Meta, Präsident des albanischen Parlaments

Die Stadt Elbasan richtete mit Hilfe der Präsenz einen örtlichen Rat für öffentliche Sicherheit ein – das erste Gremium dieser Art in Albanien. Der Rat soll in erster Linie alle örtlichen Akteure veranlassen, sich gemeinsam mit Fragen zu befassen, die Kriminalität, häusliche Gewalt und gewalttätigen Extremismus betreffen.

2016 half die Präsenz der albanischen Regierung bei der Organisation einer hochrangigen Tabletop-Veranstaltung zum Thema ausländische terroristische Kämpfer und illegale Migrationsrouten. Sie unterstützt die Behörden außerdem bei der Arbeit an einem umfassenden Aktionsplan gegen den illegalen Anbau von und Handel mit Cannabis.

Die Präsenz beteiligte sich auch 2016 wieder an der Verbesserung der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch Qualifizierungsmaßnahmen für die maßgeblichen Akteure sowie durch die Abgabe von Empfehlungen, die nach Beobachtung von Verwaltungsgerichtsverfahren erarbeitet wurden. Das Projekt „Recht ohne Verzögerung“ wurde 2016 auf sechs weitere Bezirke ausgedehnt. An allen Gerichten, die sich dieser Initiative angeschlossen haben, ging die Zahl der ergebnislosen verlaufenen Gerichtsverfahren zurück.

Die Präsenz unterstützte ferner die zuständigen Behörden bei der Anhebung der Standards für die Behandlung von Strafgefangenen, wobei insbesondere auf die Bedürfnisse weiblicher Insassen Bedacht genommen wurde. Sie schärfte das Bewusstsein der Richter und Staatsanwälte für das Bewährungshilfesystem und schulte Bewährungshelfer in der psychologischen Beurteilung von Straftätern auf Bewährung. Dadurch stieg die Zahl der Fälle mit elektronischer Überwachung von unter 40 im Jahr 2015 auf über 150 im Jahr 2016.

Die Präsenz leistete den albanischen Behörden Hilfestellung bei der Unbrauchbarmachung von Munition. 2016 wurden rund 160 Tonnen Napalm-Komponenten – Aluminiumoxid und Xylenol – sicher umgepackt und zur endgültigen Entsorgung nach Frankreich gebracht.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Das ganze Jahr 2016 hindurch unterstützte die Präsenz die albanischen Zentral- und Kommunalbehörden bei deren Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung und Förderung von guter Regierungsführung auf allen Ebenen. Es wurden Veranstaltungen zum Aufbau von Kapazitäten organisiert, um Bestechung zu bekämpfen und ordnungsgemäßes Geschäftsgeschehen zu fördern, um junge Leute für die Korruptionsthematik zu sensibilisieren und die Zivilgesellschaft dazu zu veranlassen, sich verstärkt in Konsultationsprozesse zu Gegenstrategien einzubringen .

PARTNERSCHAFTEN

2016 stimmte die Präsenz ihre Aktivitäten mit verschiedenen Dienststellen und Institutionen der albanischen Regierung und dem Parlament ab, ebenso wie mit dem Europarat, der Europäischen Rundfunkunion, USAID, der EU, mehreren VN-Sonderorganisationen, der

Europäischen Mission zur Unterstützung der Justiz in Albanien (EURALIUS) und dem US-amerikanischen Internationalen Schulungsprogramm für kriminalpolizeiliche Ermittlungen.

DIE MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Leiter der Mission: **Botschafter Jonathan M. Moore**

Haushalt: 11 493 300 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 973 297 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 39, lokal 282,5

www.osce.org/bih

Trotz zunehmender politischer Spannungen in Bosnien und Herzegowina, insbesondere zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen, waren 2016 in dem Land Fortschritte zu verzeichnen, etwa mit der Annahme des EU-Beitrittsgesuchs des Landes im September. Es gibt ermutigende Anzeichen von starken Gemeinschaftswerten auf lokaler Ebene, doch war die Lage mancherorts keineswegs stabil; dort wurde die Mission unverzüglich tätig, was einmal mehr bewies, wie wichtig eine starke Feldpräsenz und eine weitreichende Reaktionsfähigkeit sind.

HOCHWERTIGE, NICHTDISKRIMINIERENDE BILDUNG

Die Mission trat verstärkt gegen das System von „Zwei Schulen unter einem Dach“ auf und engagierte sich für die administrative Zusammenlegung als wesentliche Maßnahme zur Beseitigung der schulischen Segregation. Nachdem beschlossen worden war, eine neue Schule in Jajce zu eröffnen, wurde die Mission im Juli 2016 bei staatlichen und kantonalen Behörden vorstellig und suchte gleichzeitig die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um die Fortführung der Segregation zu verhindern und Schüler zu unterstützen, die sich ebenfalls dagegen aussprachen. Der Beschluss wurde für das Schuljahr 2016/2017 nicht umgesetzt, gibt aber nach wie vor Anlass zur Sorge.

Die Mission bemühte sich 2016 weiter um eine Lösung der Frage des Bosnischen in der Republika Srpska, wo die Behörden die diskriminierende Praxis einführten, in den Schulen den Begriff „bosnische Sprache“ durch „Sprache der Bosniaken“ zu ersetzen. Durch Gespräche mit Ansprechpartnern auf politischer Ebene und an der Basis konnten eine Eskalation der Spannungen und Schulboykotte verhindert und somit der Schulbesuch der Kinder und die Fortsetzung der Schulbildung gewährleistet werden. Die Frage bedarf nach wie vor einer Lösung auf politischer Ebene.

STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

In Zusammenarbeit mit inländischen Institutionen und internationalen Partnern vollendete die Mission eine eingehende Analyse der Verfolgung von Kriegsverbrechen auf gesamtstaatlicher Ebene und schlug diesbezüglich Verbesserungen vor. Ferner organisierte sie über 50 Schulungskurse für die Richterschaft und die Polizei zu ausgewählten Themen, die sich im Zuge der Beobachtung von Gerichtsverfahren herauskristallisiert hatten. Außerdem leistete sie ihren Ansprechpartnern technische Hilfe bei der Suche nach Lösungen für Probleme, die mit dem Umgang der Gerichte mit Kriegsverbrechen, Hasskriminalität und Menschenhandel zu tun hatten.

HASS UND EXTREMISMUS VERHINDERN UND BEKÄMPFEN

Die 22 von der Mission gesponserten Koalitionen gegen Hass hielten während der Kampagne „Woche der Toleranz“ 60 Veranstaltungen an 24 über das ganze Land verteilten Orten ab. Mit dieser Kampagne sollten alle Bürger dazu ermutigt werden, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die Toleranz und eine positive Wahrnehmung von Diversität, interethnischer Zusammenarbeit und interreligiösem Dialog fördern. Um möglichen gewalttätigen

Extremismus schon im Keim zu ersticken, verstärkte die Mission ihre Unterstützung für den interreligiösen Dialog auf lokaler Ebene.

UNTERSTÜTZUNG DER REFORMPROZESSE

Die Mission unterstützte Ausschüsse der parlamentarischen Versammlung bei der Veranstaltung öffentlicher Diskussionen zu Fragen, die für die Reformprozesse im Land von Bedeutung sind, und lud dazu die Öffentlichkeit sowie Vertreter nachgeordneter gesetzgebender Körperschaften, der Regierung und von NGO ein. Führende Parteipolitiker aus 18 Kommunen schlossen sich einer von der Mission unterstützten Initiative an, deren Ziel es ist, einen Verhaltenskodex für politische Parteien und deren Kandidaten im Vorfeld von Wahlen zu erstellen, um einen fair und professionell geführten Wahlkampf zu gewährleisten.

DIE AUSGEGRENZTEN INTEGRIEREN

Bei der Umsetzung des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms wurden beachtliche Fortschritte gemacht. Bisher wurden 1 118 Anspruchsberechtigte ausgewählt und 126 Familien konnten in neue Wohnungen einziehen. Die Mission unterstützt das Land gemeinsam mit UNHCR bei der Entwicklung von Instrumenten, mit denen die Nachhaltigkeit der Rückkehr laufend kontrolliert und Maßnahmen zur Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs der Rückkehrer zu Rechten und Leistungen getroffen werden können. Die Mission unterstützte auch das Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge bei der Überarbeitung des Diskriminierungsverbotsgesetzes.

SICHERHEITSKOOPERATION

Bosnien und Herzegowina wurde 2016 durch zwei Terroranschläge erschüttert. Im Zuge ihrer Pionierarbeit mit der Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, der Jugend, Pädagogen und einfachen Bürgern unterstützte die Mission im Sinne des Aktionsplans im Anhang zur Terrorismusbekämpfungsstrategie für die Jahre 2015 – 2020 auch Akteure, die auf lokaler Ebene Präventionsarbeit gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, leisten. Die Mission führte die internationalen Bemühungen zur Gewährleistung der sicheren Lagerung von Waffen und Munition an und unterstützte das Gastland bei der Einhaltung seiner internationalen sicherheitspolitischen Verpflichtungen.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND UMWELTBEWUSSTSEIN

Die Mission arbeitete gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten an einem regionalen Projekt zur Verbesserung der Katastrophenvorsorge, das sowohl die Kapazitäten und als auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Bosnien und Herzegowina und Serbien stärken soll.

Anlässlich des Tages der Erde lud die Mission Entscheidungsträger der Versammlung des Kantons Herzegowina-Neretva und des Ministeriums für Handel, Fremdenverkehr und Umweltschutz sowie führende Vertreter örtlicher Kommunen und des Aarhus-Zentrums zu einer Diskussion über gute Regierungsführung im Umweltbereich und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung einschlägiger Rechtsvorschriften, Agenden und politischer Strategien ein.

JUGEND UND GENDER

Die aus einer bunt zusammengewürfelten Gruppe junger Freiwilliger bestehende innovative Plattform *Youth Advisory Group* wurde voll in die Programmentwicklung und -durchführung der Mission integriert. Das Referat „Genderfragen“ der Mission setzte einen Gender-Aktionsplan um und führte die Programmaktivitäten weiter, unter anderem im Bereich der

Bekämpfung von häuslicher Gewalt durch Ausbildung der Polizei und die Einführung von Protokollen und einer zentralen Datensammlung.

WAHLORDNUNG

2016 hatte die Mission Gelegenheit, einer interinstitutionellen Arbeitsgruppe, die mit der Änderung der Wahlordnung und des Gesetzes über die Finanzierung politischer Parteien beauftragt war, wertvolle Hilfe zu leisten. In Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlbehörde, internationalen Partnern und NGO wurden zahlreiche Empfehlungen des ODIHR und der Staatengruppe gegen Korruption umgesetzt.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission organisierte in Partnerschaft mit der deutschen Botschaft eine zukunftsweisende Konferenz über die Förderung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene. Durch Hass motivierte Straftaten in Südosteuropa waren Gegenstand einer regionalen Veranstaltung der Mission in Kooperation mit der Universität Sarajewo und in Partnerschaft mit den OSZE-Feldoperationen aus der Region. Ferner organisierte die Mission gemeinsam mit den internationalen Kommissionen zum Schutz der Donau bzw. der Save, dem OCEEA, der OSZE-Mission in Montenegro und dem Aarhus-Zentrum in Banja Luka eine Regionalkonferenz über die Überwachung der Wasserqualität.

DIE MISSION IM KOSOVO

Leiter der Mission: **Botschafter Jan Braathu**

Haushalt: 17 942 400 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 284 263 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 134, lokal 398,5

www.osce.org/kosovo

Die Mission setzte ihre umfassende Arbeit mit den Institutionen und Gemeinschaften im Kosovo fort, wobei es ihr darum ging, einerseits die Kommunal- und Zentralbehörden zu veranlassen, besser auf die Bedürfnisse von Gemeinschaften, die nicht der Mehrheit angehören, einzugehen, und andererseits ihre Wirksamkeit zu erhöhen und ihre Rechenschaftspflicht zu verstärken.

*Das ganze Jahr 2016 über widmete sich die Mission der Förderung der Demokratie und der Menschenrechte. Dazu führte sie diverse Programme wie die „Follow-Us“-Initiative, die Dialog-Akademie, interreligiöse Foren und ein Lehrlingsprogramm durch, die sich vor allem an Frauen und Jugendliche richteten. In zwei der fünf Regionen des Kosovo organisierte sie außerdem Treffen von Bürgermeister*innen, die sie dazu verpflichtete, gemeinsame interethnische Initiativen und Dialoge zu veranstalten.*

Im Bereich der Menschenrechte bemühte sich die Mission im Skopje-Prozess, gemeinsam mit den Institutionen bestandfähige Bedingungen für die Rückkehr und Integration zu schaffen und mit der serbisch-orthodoxen Kirche und Institutionen des Kosovo für den Schutz kultureller und religiöser Stätten einzutreten.

Am 24. April 2016 sammelte die Mission Stimmzettel ein und ermöglichte dadurch stimmberechtigten Bürgern im Kosovo die Teilnahme an den serbischen Parlamentswahlen. Mit dieser Aktion trug sie zur Vermeidung möglicher Spannungen bei.

VOLKSGRUPPENRECHTE

Die Mission entwickelte ein umfassendes Monitoring-System für das Büro des Sprachen-Kommissars, um sicherzustellen, dass sich die Kommunen an die zugesagten Sprachenrechte halten. Dieses Tool wird dem Kommissar einen Überblick über die Umsetzung der Sprachenrechte ermöglichen und die diesbezügliche Praxis der Institutionen verbessern.

Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern sorgte die Mission dafür, dass die vorgeschriebene 12-Prozent-Quote für die Inskription an Hochschulen für alle Gemeinschaften eingehalten wird, und sie intervenierte zugunsten der Weiterführung von Lehrgängen in Bosnisch und Türkisch an der Universität Prizren. Dank gemeinsamer Anstrengungen konnten im Studienjahr 2016/2017 fast 400 Studenten aus nichtalbanischen Gemeinschaften Studiengänge in Albanisch, Bosnisch und Türkisch inskribieren.

| |
|---|
| <p>Die Mission führte im Zeitraum „16 Tage Aktivismus“ eine Online-Kampagne gegen geschlechtsspezifische Gewalt durch. Mit der Kampagne, mit der unter anderem eine kostenlose Helpline beworben wurde, konnten nahezu 200 000 Menschen über die sozialen Medien erreicht werden.</p> |
|---|

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Die Mission arbeitete eng mit zentralen und lokalen Institutionen an der Verbesserung von deren Leistungsfähigkeit, um sicherzustellen, dass die Grundsätze von guter Regierungsführung wie Rechenschaftspflicht, Inklusivität und Transparenz beachtet werden. Hier einige Beispiele: Gemeinsam mit dem Ministerium für Kommunalverwaltung wandte sie sich an die Gemeinden, um Unterstützung für die Umsetzung der Strategie für kommunale Selbstverwaltung 2016 – 2020 zu mobilisieren; sie entwickelte digitale Plattformen für Bürgerbeteiligung für die Gemeinden Prishtinë/Priština und Gjakovë/Đakovica; und sie entwarf Kommunikationsstrategien für 16 Gemeinden, von denen acht angenommen wurden.

MEDIENENTWICKLUNG

In Zusammenarbeit mit der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX Kosovo) richtete die Mission ein *Justice Transparency Forum* ein, einen formalen Raum für den Dialog zwischen den Medien und Einrichtungen der Justiz. Das Forum soll das Justizwesen transparenter machen, indem Richter und Staatsanwälte Journalisten die gerichtlichen Verfahren erklären. Damit soll gewährleistet werden, dass dem Recht auf Zugang zu Informationen, dem Recht auf Schutz der Privatsphäre und der Unschuldsvermutung in Gerichtsverfahren Genüge getan wird.

Um Medienunternehmen und Medienpluralismus im Nord-Kosovo zu stärken, organisierte die Mission eine Journalistenschule für 20 junge Leute. Die besten fünf Kandidaten erhielten Gelegenheit zu einer Ausbildung bei serbischsprachigen Medien, vier von ihnen wurden später eine Vollzeitstellung angeboten.

Normalisierung der Beziehungen

Die Mission half mit bei der Umsetzung der von der EU geförderten Dialogabkommen zwischen Prishtinë/Priština und Belgrad und organisierte zu diesem Zweck mehrere Einführungskurse für 378 Mitglieder des früheren Zivilschutzkorps, 32 ehemalige Verwaltungsbeamte des serbischen Innenministeriums sowie Vorbereitungskurse auf die Anwaltsprüfung für 33 Referendar/innen aus dem Nord-Kosovo.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Auf Ersuchen der Regierung beteiligte sich die Mission intensiv an der Ausarbeitung von Strategien und Aktionsplänen zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, und von Cyber- und nuklearen Bedrohungen sowie zum Schutz vor diesen Phänomenen. Um diese Dokumente praktisch umzusetzen und das Instrumentarium zur Abwehr derartiger Bedrohungen zu ergänzen, organisierte die Mission verschiedene Expertentreffen und stand den zuständigen Dienststellen und Institutionen regelmäßig mit Rat und Tat zur Seite. Bei einem dieser Treffen handelte es sich um eine Konferenz über die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus mit über 200 Teilnehmern und Vertretern renommierter internationaler und regionaler Institutionen und Organisationen.

Öffentliche Sicherheit in Zahlen (Aktivitäten mit Foren zu Strafverfolgung und öffentliche Sicherheit)

13 Schulungskurse für rund 300 Teilnehmer

25 Workshops für rund 500 Teilnehmer

9 Konferenzen mit rund 800 Teilnehmern

42 Seminare und Diskussionsrunden für rund 900 Teilnehmer

MENSCHENRECHTE

Im April 2016 vermittelte die Mission eine Vereinbarung zwischen der Polizei, dem Justizrat, dem Staatsanwaltschaftsrat und der Anwaltskammer des Kosovo im Hinblick auf die Schaffung eines Koordinierungsmechanismus für die Bereitstellung eines Pflichtverteidigers für Personen, denen eine Straftat zur Last gelegt wird und die nicht über die nötigen Mittel verfügen, um einen privaten Rechtsbeistand zu beauftragen. Die Vereinbarung wird von den Parteien umgesetzt und sorgt für Kohärenz sowie für die Überwachung der Leistung des bestellten Strafverteidigers.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission führte mit UNICEF für 80 junge Leute ein Projekt zur Förderung der Medienkompetenz mit der Bezeichnung PONDER durch, dessen Ziel es war, Jugendlichen dabei zu helfen, gewalttätigen Extremismus zu erkennen und sich davor zu schützen, indem man ihnen eine kritische Herangehensweise an Information und radikale Propaganda vermittelt.

DIE MISSION IN MONTENEGRO

Leiterin der Mission: **Botschafterin Janina Hřebíčková** (bis 30. November 2016)

Haushalt: 2 146 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 204 779 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 8,5, lokal 31,5

www.osce.org/montenegro

Die Mission in Montenegro setzte 2016 ihre Hilfestellung für die Reformprozesse im Land fort. Einen besonderen Schwerpunkt bildete insbesondere die Unterstützung der Arbeit der montenegrinischen Staatlichen Wahlkommission bei der Vorbereitung der Parlamentswahlen. Sie förderte weiter die Geschlechtergleichstellung, Medienfreiheit, gute Regierungsführung und die Menschenrechte in enger Zusammenarbeit mit nationalen Partnern.

HILFESTELLUNG BEI DER VORBEREITUNG DER PARLAMENTSWAHLEN

Die Mission leistete der Staatlichen Wahlkommission (SEC) technische Hilfe im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Oktober, die unter geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen abgehalten wurden. Die Hilfe bezog sich unter anderem auf folgende Aktivitäten: Durchführung eines Schulungsprogramms für Kommissionsmitglieder, Hilfe bei der Ausarbeitung von Aktivitäten zur Information der Bevölkerung wie die Neugestaltung der SEC-Website sowie die Produktion von TV-Spots zur Aufklärung der Wähler. Die Mission stellte dem Nachrichtenteam der staatlichen Fernsehanstalt vor dem Wahltag die Dienste eines internationalen Experten zur Verfügung, der die Mitarbeiter über professionelle Standards für die Medienberichterstattung über Wahlen beriet.

FÖRDERUNG DER GRUNDSÄTZE VON GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

In Partnerschaft mit dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte produzierte die Mission einen Video-Clip mit dem Titel *Count Me In* („Ich bin dabei“), der während der landesweiten Kampagne „16 Tage Aktivismus gegen geschlechtsspezifische Gewalt“ auf 11 TV-Sendern lief. Die Mission unterstützte darüber hinaus die Verfassung eines Kommentars zum Geschlechtergleichstellungsgesetz und führte in Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) Schulungskurse für die Gleichstellungsverantwortlichen im Innenministerium und in der Polizeidirektion durch. Sie befasste sich auch dieses Jahr wieder mit dem Aufbau von Kapazitäten der kommunalen Kontaktstellen für Genderfragen und begann mit einer Analyse von *Gender Mainstreaming* auf lokaler Ebene. Die Analyse beruht auf den Verpflichtungen aus 23 Vereinbarungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung, die von allen Kommunen, dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte und der Mission unterzeichnet wurden.

RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG IN SÜDOSTEUROPA

Als Koordinator einer gemeinsamen Aktivität von sechs OSZE-Feldoperationen in der Region gab die Mission die Produktion und Ausstrahlung eines 45-minütigen Dokumentarfilms über freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit in Auftrag. Darin werden gemeinsame Herausforderungen wie politischer und finanzieller Druck auf unabhängige Medien und Journalisten, die mangelnde Umsetzung der Mediengesetze und die nicht nachhaltige Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien behandelt. Der Film unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die redaktionelle Unabhängigkeit öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten gewahrt bleibt. Die Dokumentation wurde im Dezember von den sechs öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Region ausgestrahlt.

BEKÄMPFUNG DER GRENZÜBERSCHREITENDEN KRIMINALITÄT

In Partnerschaft mit dem Büro des nationalen Koordinators für die Bekämpfung von Menschenhandel unterwies die Mission über 450 Beamte der Grenzpolizei in opferzentrierten Ermittlungstechniken in Fällen von Menschenhandel und förderte die regionale Zusammenarbeit in diesem Bereich. Ferner unterstützte sie die regionale Zusammenarbeit in Grenzfragen und die verstärkte Tätigkeit der gemeinsamen montenegrinisch-albanischen Grenzstreifen, was schließlich gemeinsame Einsätze benachbarter Polizeidienste bei der Beschlagnahme von Drogen und beim Vorgehen gegen Raubfischer ermöglichte.

STÄRKUNG DER TRANSPARENZ UND RECHENSCHAFTSPFLICHT IN DEN KOMMUNEN

Gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Gemeindeverband unterstützte die Mission das jährliche Programm zu vorbildlichen Kommunalverwaltungspraktiken, das allen Gemeinden Gelegenheit gibt, nachahmenswerte Verfahren und innovative Lösungen für die Erbringung lokaler öffentlicher Dienstleistungen zu präsentieren. Mit diesem Programm sollen Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht erhöht und die Arbeitsbedingungen in den Kommunen verbessert werden.

UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG DES DISKRIMINIERUNGSVERBOTS

Die Mission organisierte in Kooperation mit dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte sechs Ausbildungsseminare für Bedienstete örtlicher Sozialhilfezentren zum Gesetz über das Verbot von Diskriminierung, das durch die uneingeschränkte Anerkennung und angemessene Behandlung von Diskriminierungsfällen umgesetzt werden soll. Die Seminare befassten sich mit den praktischen Herausforderungen, die sich bei Anwendung des Gesetzes ergeben, und den wichtigsten Ursachen von Diskriminierung.

AKTIONSPLAN FÜR EIN GENDERGERECHTERES PARLAMENT

In Zusammenarbeit mit dem Parlamentsausschuss für Geschlechtergleichstellung unterstützte die Mission die Erarbeitung eines Aktionsplans für ein gendergerechteres Parlament auf Grundlage des Fahrplans für ein gendergerechtes Parlament. Das Unternehmen erhielt Unterstützung seitens der Experten von ODIHR.

PARTNERSCHAFTEN

2016 arbeitete die Mission eng mit verschiedenen Dienststellen und Institutionen der Regierung und dem Parlament, mit mehreren VN-Sonderorganisationen, der EU, dem Europarat, der Europäischen Rundfunkunion und DCAF sowie mit diplomatischen Vertretungen in Montenegro zusammen.

DIE MISSION IN SERBIEN

Leiter der Mission: **Botschafter Peter Burkhard** (bis Oktober 2016) und **Botschafter Andrea Orizio** (ab Oktober 2016)

Haushalt: 6 365 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 265 628 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 23, lokal 104

www.osce.org/serbia

2016 stand die Mission dem Land mit Unterstützung und fachlicher Beratung zur Seite, um Serbien dabei zu helfen, die angestrebte Festigung eines auf ein kohärentes Regelwerk gestützten demokratischen Systems, das von einer fairen, unabhängigen und wirksamen Justiz durchgesetzt wird, zu bewerkstelligen. Zu den Säulen dieses Systems gehören starke Mechanismen der Rechenschaftspflicht, eine ausgeprägte Aufsichtsfunktion des Parlaments, unabhängige staatliche Institutionen, der Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie freie Medien.

AUF DEM WEG ZU EINER UNABHÄNGIGEN JUSTIZ UND EINEM MODERNEN STRAFRECHTSSYSTEM

Die Mission unterstützte Serbien weiter bei der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und eines leistungsorientierten Auswahl- und Laufbahnsystems. Sie beobachtete laufend die rechtlichen Rahmenbedingungen und Disziplinarverfahren und gab Empfehlungen zur Verbesserung der Rechtspraxis in diesem Bereich ab. Sie förderte partizipative Expertengespräche zum Verfassungsreformprozess in Bezug auf die Justiz. Zur Bekämpfung der Korruption unterstützte die Mission die Regierung, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor durch Schulungsaktivitäten zu den Grundsätzen guter Unternehmensführung sowie zur Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Finanzstraftaten, Techniken zur Bekämpfung der Geldwäsche und Ermittlungen in Fällen von Terrorismusfinanzierung. Sie begann damit, die Staatsanwaltschaft bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit in der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Sie trat für ein opferzentriertes Strafrechtssystem ein und befürwortete zu diesem Zweck die Anweisungen für die Tätigkeit eines Opferbetreuungsdienstes in der Strafverfolgung. Hinsichtlich der Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen besuchte die Mission 500 Verhandlungen am Höheren Gericht und am Berufungsgericht in Belgrad.

KAMPF GEGEN DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Die Mission setzte sich auch 2016 für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei im Kampf gegen die organisierte Kriminalität ein. Die für organisierte Kriminalität zuständige Staatsanwaltschaft richtete mithilfe der Mission ein modernes IT-System zur Verarbeitung komplexer Ermittlungsdaten ein, das von der italienischen Anti-Mafia-Direktion entwickelt und zur Verfügung gestellt wurde. Die Mission half mit, ein Treffen von Staatsanwälten für organisierte Kriminalität aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Italien, Kroatien, Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien zu organisieren, das mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung endete und das Engagement der Staatsanwälte zur Ausweitung der regionalen Zusammenarbeit und zur Festlegung von Modalitäten für den direkten Informationsaustausch stärkte. Die Mission veranstaltete anschließend Diskussionen über die praktische Umsetzung der Erklärung und plant, diesen Prozess 2017 fortzusetzen.

MEDIENFREIHEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Medienschaffende, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft leisteten zur künftigen Medienstrategie Serbiens Beiträge in Form von Empfehlungen auf der Konferenz „Speak Up! – Follow Up“, die von der Mission gemeinsam mit dem Projekt „Technische Hilfe für zivilgesellschaftliche Organisationen“, dem People2People-Programm und der EU-Delegation in Serbien veranstaltet wurde. Die Arbeitsgruppe für die Entwicklung einer neuen Medienstrategie legte dem Ministerium für Kultur und Information ihre Empfehlungen vor, deren wichtigste sich auf die wirtschaftliche Nachhaltigkeit von Informations- und Medieninhalten von öffentlichem Interesse, den Einsatz neuer Technologien im Journalismus und die Schaffung eines digitalen Informationsraumes, bestehende Rechtsvorschriften, Selbstregulierung und Medienfreiheit sowie auf die Rechenschaftspflicht von Medienschaffenden beziehen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ENTWICKLUNG UND UMSETZUNG EINES NATIONALEN AKTIONSPLANS ZU UNSCR 1325

Die Mission förderte den partizipatorischen Ansatz der Regierung bei der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans 2016 – 2020 zur Umsetzung der UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit, indem sie fünf öffentliche Konsultationen und eine abschließende Konferenz abhielt. Sie unterstützte auch die Arbeitsgruppe und die Regierung bei der Schaffung eines Netzes von 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit dem Tätigkeitsbereich Gender und Sicherheit, das die Umsetzung des neuen Aktionsplans überwachen wird.

FÖRDERUNG VON KONTAKTEN ZWISCHEN SERBISCHEN UND ALBANISCHEN JUGENDLICHEN

In Ergänzung der Bemühungen der Regierungen Serbiens und Albanien unterstützten die OSZE-Feldoperationen in den beiden Ländern die Vernetzung, Zusammenarbeit und den Dialog zwischen jungen Leuten. 2014 hatten die beiden Länder ein Abkommen unterzeichnet, mit dem zur langfristigen Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen ermutigt werden sollte. 2016 erhielten 20 junge Männer und Frauen aus beiden Ländern eine Ausbildung in digitalen Kompetenzen und Projektzyklusmanagement und wurden mit den wichtigsten OSZE-Verpflichtungen vertraut gemacht.

„Regionale Konnektivität betrifft nicht nur Schienen- oder Straßenverkehrsverbindungen oder digitale Konnektivität, sondern zu allererst junge Menschen aus einer Region.“
Botschafter Andrea Orizio, Leiter der OSZE-Mission in Serbien

ERFOLGREICHE BEMÜHUNGEN UM INTEGRATION DER ROMA

- Seit 2013 arbeitet die Mission mit der EU-Delegation in Serbien beim Projekt Technische Hilfe für Roma-Integration (TARI) zusammen, das die serbischen Institutionen bei der Erreichung strategischer Zielsetzungen in den Bereichen Menschenrechte, institutionelle Koordination, Gesundheitswesen, Stärkung der Zivilgesellschaft, Bildung, Wohnen und Beschäftigung unterstützt. 2016 konnten serbische Institutionen im Rahmen des TARI-Projekts folgende Erfolge verzeichnen:
- 20 kommunale mobile Teams für Roma-Integration im Einsatz
- eine landesweite Datenbank für begleitende Kontrolle und Berichterstattung über örtliche Bemühungen um Roma-Integration
- 30 zivilgesellschaftliche Organisationen, die in der Entwicklung und im Monitoring der Roma-Politik tätig sind
- 1000 Oberstufenschüler erhielten Stipendien und Unterstützung durch Mentoren
- 14 Kommunen entwickelten Pläne zur Infrastrukturverbesserung

- Einführung eines neuen geografischen Informationssystems zur Kartierung von Substandard-Siedlungen
- 17 Unternehmen stellten 60 Roma ein

PARTNERSCHAFTEN

Das Regionale Wohnraumbeschaffungsprogramm, das sich mit unerledigten Fällen von Vertriebenen aus dem Konflikt der Jahre 1991 bis 1995 befasst, ist nach wie vor ein positives Beispiel für regionale Zusammenarbeit. Als Teil des Programms hilft die OSZE über ihre Missionen in Serbien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro und in Zusammenarbeit mit UNHCR weiterhin 74 000 der schutzbedürftigsten Flüchtlingsfamilien im Hinblick auf die Notwendigkeiten bezüglich Wohnraum und Wiedereingliederung.

DIE MISSION IN SKOPJE

Leiter der Mission: **Botschafterin Nina Suomalainen**

Haushalt: 6 346 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 14 089 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 43, lokal 107

www.osce.org/skopje

Die OSZE-Mission in Skopje arbeitete 2016 mit staatlichen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Durchführung von Projekten zur Unterstützung von Reformen in den Bereichen demokratische Polizeiarbeit, gute Regierungsführung auf lokaler Ebene, Wahlen und Justiz zusammen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war erneut die Unterstützung für die Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid, wobei der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen besonderes Augenmerk galt. Die Mission befasste sich auch mit der Beobachtung und frühzeitigen Meldung sicherheitsrelevanter Entwicklungen, wie etwa den Herausforderungen, die gemischten Migrationsströme mit sich bringen.

FELDPRÄSENZ

Ein Bereich, in dem die Mission mit ihren Feldpräsenzen nach wie vor dem Land Nutzen bringt, sind das Monitoring und die frühzeitige Meldung sicherheitsrelevanter Entwicklungen sowie die Umsetzung von Aktivitäten zur Förderung konstruktiver Beziehungen zwischen den Volksgruppen. Die Mission setzt sich mit ihren vertrauensbildenden Maßnahmen und ihrem Eintreten für den Dialog zwischen allen infrage kommenden Akteuren für ein friedliches Zusammenleben und die Entschärfung möglicher Spannungen ein.

REAKTION AUF GEMISCHTE MIGRATIONSSTRÖME UND DEN MENSCHENHANDEL

Die Mission reagierte auf die mit den gemischten Migrationsströmen einhergehenden Herausforderungen mit Maßnahmen, die in erster Linie auf die Opfer und die Menschenrechte ausgerichtet waren und konkret auf die Stärkung des Grenzmanagements und die Unterbindung von Menschenhandel abzielten. 2016 bemühte sie sich um Erhöhung der Kapazitäten der Sozialarbeiter an vorderster Front, um Opfer von Menschenhandel zu erkennen, und unterstützte Anwälte, die Opfern Rechtsbeistand leisten. Als Beitrag zur Auseinandersetzung mit den sicherheitsbezogenen Aspekten der Migrationsfrage entsandte die Mission außerdem mobile Teams in betroffene Grenzgebiete.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND PROZESSBEOBACHTUNG

Als einzige internationale Organisation, die über die Erfahrung und die operativen Kapazitäten für die Beobachtung von Gerichtsverfahren im Land verfügt, setzte die Mission 2016 ihre diesbezüglichen Aktivitäten fort und entsandte Beobachter zu 90 Verhandlungen in 18 prominenten Prozessen. Darüber hinaus unterstützte sie die Beobachtung von 450 weiteren Verhandlungen durch die NGO-Koalition *All for Fair Trials*. Das Ergebnis war ein ausführlicher Bericht, in dem die Einhaltung der Verfahrensrechte der Parteien beurteilt wurde. Die Mission beobachtete auch alle Entwicklungen in den von der Sonderstaatsanwaltschaft bearbeiteten Verfahren.

FÖRDERUNG DER INTEGRATION IM BILDUNGSWESEN DURCH DAS PROJEKT *BUILDING BRIDGES*

Neben den laufenden Bemühungen der Mission um Förderung der Integration an Schulen setzte sie 2016 das Projekt *Building Bridges* fort, mit dem die Interaktion zwischen Kindern mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund unterstützt und die interethnischen Beziehungen gestärkt werden sollten. 2016 wurden mit dem Projekt über 70 Aktivitäten für rund 800 Schüler an 27 Schulen im ganzen Land finanziert.

DEMOKRATISCHE POLIZEIARBEIT UND BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Die Mission befasste sich weiterhin mit der Verstärkung der institutionellen Kapazitäten des Innenministeriums, wobei das Hauptaugenmerk den Grundsätzen demokratischer Polizeiarbeit in einer multiethnischen Gesellschaft galt. Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine demokratischen Prinzipien verpflichtete Polizei zu stärken, organisierte die Mission Diskussionsrunden, an denen 36 Polizeibeamten und 45 örtliche Journalisten teilnahmen. Ferner wurde ein Workshop über geschlechtsspezifische Gewalt abgehalten, bei dem mit Bürgern über die Bedeutung der Frauen für die Erhöhung der Sicherheit in Gemeinschaften diskutiert wurde. Die Mission veranstaltete grenzüberschreitende Übungen und bot maßgeschneiderte Ausbildungskurse zum Datenaustausch mit anderen Ländern, den Einsatz spezieller Ermittlungstechniken und die Durchführung von Ermittlungen zur Abwendung grenzüberschreitender Bedrohungen an.

BEKÄMPFUNG VON GEWALTTÄTIGEM EXTREMISMUS UND TERRORISMUS

Mit regionalen Experten und wichtigen Akteuren als Partnern organisierte die Mission einen Workshop für Fokusgruppen zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, bei dem Informationen über die Ursachen dieses Phänomens und mögliche Abhilfemaßnahmen erhoben wurden. Um die an vorderster Front tätigen Polizeibeamten besser in die Lage zu versetzen, gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, zu erkennen und zu unterbinden, unterstützte die Mission außerdem die Veröffentlichung eines Handbuchs und eines Leitfadens. Schließlich arbeitete die Mission auch mit Jugendorganisationen, damit diese besser an der Verhütung der Radikalisierung Jugendlicher mitwirken können.

REFORM DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG UND UNTERSTÜTZUNG FÜR LOKALES REGIERUNGSHANDELN

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Dezember unterzeichnete die Mission ein Memorandum of Understanding mit der Staatlichen Wahlkommission zur Unterstützung etlicher Aktivitäten, die deren Fähigkeiten für die Durchführung von Wahlen erhöhen sollten. Ferner war sie bei der Schaffung zweier Ausbilder-Pools behilflich, einer davon für die Umsetzung von Standards für kommunales Personalmanagement und der andere für die Analyse funktioneller Überprüfungen zur Erhöhung der Effizienz öffentlicher Einrichtungen.

VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG VON HASSREDEN UND HASSVERBRECHEN

Die Mission veranstaltete Schulungskurse zu folgenden Themen:

- Identifizierung und Verfolgung von Hassverbrechen für 80 Richter, Staatsanwälte und Berater
- Erkennen, Verstehen und Untersuchen von Hassverbrechen für 240 Polizeiführungsbeamte und 24 Polizeiausbilder aus verschiedenen Gemeinschaften
- Bekämpfung von Hassreden für 25 Jugendaktivisten, die das Gelernte in ihre Gemeinden weitertragen
- gemeinsame Aktivitäten im Vorgehen gegen Hassreden unter Beteiligung von neun Gruppen von Oberstufenschülern aus Skopje
- Umgang mit Hassverbrechen und Hassreden für 45 Studenten im Rahmen des Sommerkurses für Menschenrechtsnormen und Strafrecht

Darüber hinaus entwickelte die Mission eine Website für die Nationale Kampagne gegen Hassreden, www.nohate.mk, eine Smartphone-App gegen Hassreden, abrufbar unter <http://nemrazi.mk/app/>, und produzierte fünf Kurzvideos über die Bedeutung des richtigen Umgangs mit Diskriminierung, Hassreden und Hassverbrechen sowie über Medienselbstregulierung. Die für die Meldung von Hassverbrechen vorgesehene Website (www.zlostorstvaodomraza.mk) registrierte im Jahr 2016 67 Vorfälle.

PARTNERSCHAFTEN

Angesichts der gemischten Migrationsströme verstärkte die Mission in Skopje ihre Zusammenarbeit mit UNHCR und der IOM sowie mit einschlägigen staatlichen Dienststellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit der Bekämpfung von Menschenhandel und der illegalen Migration befassen. Sie arbeitete auch mit den OSZE-Feldoperationen in Albanien und Montenegro, dem Übereinkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX bei der Veranstaltung von Fortbildungskursen für die Grenzpolizei zusammen. Sie spielte erneut eine wichtige Rolle im Rahmen des Mechanismus von Sicherheitsverantwortlichen, an dem auch die EU-Delegation, die Botschaft der Vereinigten Staaten und das Verbindungsbüro der NATO in Skopje beteiligt sind.

DIE MISSION IN MOLDAU

Leiter der Mission: **Botschafter Michael Scanlan**

Haushalt: 2 292 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 112 700 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 13, lokal 39

www.osce.org/moldova

Vorrangige Aufgabe der OSZE-Mission in Moldau ist die Hilfestellung bei der Aushandlung einer umfassenden, friedlichen und dauerhaften Beilegung der Transnistrien-Frage auf Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und eines Sonderstatus für Transnistrien, der die Menschenrechte sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bevölkerung garantiert. Zu diesem Zweck fördert die Mission die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten des Dnister/Nistru auf verschiedenen Ebenen, von Treffen einer technischen Arbeitsgruppe zu praktischen Fragen des täglichen Lebens der Menschen an beiden Ufern bis zu politischen Verhandlungen auf hoher Ebene im internationalen „5+2“-Format über eine endgültigen Lösung.

NEUBELEBUNG DES DIALOGS IM PROZESS ZUR BEILEGUNG DER TRANSNISTRIEN-FRAGE

2016 war im Verhandlungsprozess eine neue Dynamik festzustellen, die vom starken Zusammenhalt zwischen den Vermittlern und Beobachtern der „5+2“-Gespräche ausging. Das zeigte sich in ihrem gemeinsamen Besuch im April in Chişinău und Tiraspol, in dessen Folge der „5+2“-Prozess nach zweijähriger Unterbrechung wiederaufgenommen wurde. Bei dem „5+2“-Treffen im Juni in Berlin äußerten die internationalen Partner übereinstimmend die Meinung, dass ein ergebnisorientierter Prozess eine Grundvoraussetzung für Fortschritte sei. Bei dem Treffen wurde das Berliner Protokoll unterzeichnet, das erste Dokument dieser Art seit 2012, in dem sich die Seiten verpflichteten, konkrete Schritte zum Aufbau von gegenseitigem Vertrauen zu unternehmen, unter anderem in den Bereichen Umwelt, Bildung, Verkehr und Telekommunikation. Die anvisierten Ergebnisse werden den Menschen auf beiden Seiten des Dnister/Nistru zugutekommen und entsprechen den international vereinbarten Parametern für die Beilegung der Transnistrien-Frage, die die Eckpfeiler des Mandats der Mission bilden. Leider lenkten die Wahlkampagnen nach der Sommerpause auf beiden Seiten des Flusses die Parteien trotz mehrerer Treffen auf Arbeitsebene von der Umsetzung der Vereinbarung ab.

ERHÖHUNG DER SICHERHEIT VON MUNITIONSLAGERUNGSSTÄTTEN

2016 wurden mehrere Lagerungseinrichtungen saniert und die Sicherheits- und Überwachungssysteme aufgerüstet. Die Mission förderte außerdem Schulungskurse in physischer Sicherheit und Lagerverwaltung durch internationale Ausbilder aus Deutschland, Kanada, Österreich, Schweden und der Schweiz für 71 moldauische Offiziere.

HIGHLIGHTS 2016

- Wiederaufnahme des „5+2“-Verhandlungsprozesses nach zweijähriger Unterbrechung mit einem neuen Ansatz für den Dialog
- Unterzeichnung des Berliner Protokolls, der ersten Vereinbarung dieser Art seit 2012, die dem „5+2“-Prozess eine neue, substanzielle und ergebnisorientierte Dynamik verlieh

- Verabschiedung einer nationalen Strategie für die Festigung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen für die Jahre 2017 – 2027 in Übereinstimmung mit den Leitlinien von Laibach zur Integration ethnisch heterogener Gesellschaften

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE

Die Mission vermittelte öffentliche Vorträge in örtlichen Gemeinschaften, um auf die unentgeltliche Rechtsberatung zum Schutz der Grundrechte der Menschen aufmerksam zu machen. Sie veröffentlichte ein umfassendes Handbuch zu primärer Rechtshilfe und vermittelte Jurastudenten und Anwaltsgehilfen die zur Vertretung schutzbedürftiger Personen nötigen Kenntnisse. Sie veranstaltete mehrere Treffen von Menschenrechtsklubs, bei denen sich 190 hauptberuflich tätige Anwälte von beiden Seiten des Dniester/Nistru über rechtliche Fragen austauschten, mit denen die Menschen vor Ort tagtäglich konfrontiert sind.

2016 widmete die Mission nahezu 70 Prozent ihres für die Bereiche Bekämpfung des Menschenhandels und Gender bestimmten Budgets Problemen in Gemeinden außerhalb der Hauptstadt, wo die Menschen schutzbedürftiger und in größerem Maße von häuslicher Gewalt und Menschenhandel betroffen sind. Sie unterstützte auch staatliche Dienststellen bei der Ausbildung von Polizeibeamten für die Zwecke der Umsetzung jüngster Änderungen des Gesetzes über häusliche Gewalt, die im Einklang mit den Empfehlungen des ODIHR erfolgten.

STÄRKUNG DER FREIEN MEINUNGSÄUSSERUNG

Rund 200 Oberstufenschüler von beiden Seiten des Dniester/Nistru hatten im Rahmen der von der Mission veranstalteten Kurse Gelegenheit, ihre Debattierfertigkeiten zu verbessern. Ziel dieser Veranstaltungen war es, jungen Menschen, unter ihnen auch Vertreter nationaler Minderheiten, die Fähigkeit zu vermitteln, sich als Staatsbürger zu engagieren und in öffentliche Diskussionen einzubringen. Die Mission bemühte sich weiter um die Stärkung eines professionellen Journalismus und unabhängiger Medien durch Entwicklungsprojekte im Medienbereich, vor allem durch Verbesserung der Ausbildung angehender Journalisten.

FÖRDERUNG EINER RESILIENTEN UND INKLUSIVEN GESELLSCHAFT

Gemeinsam mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) unterstützte die Mission die moldauische Regierung bei der Ausarbeitung einer nationalen Strategie für die Festigung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen für die Jahre 2017 – 2027. Diese lag zu Jahresende 2016 vor und wird die Integration der Gesellschaft bei gleichzeitigem Schutz der kulturellen und sprachlichen Rechte der Minderheiten erleichtern. In Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar organisierte die Mission dazu mehrere Veranstaltungen und Treffen mit Entscheidungsträgern und Vertretern nationaler Minderheiten. Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für den Hohen Kommissar bei dessen Arbeit mit der 2015 ins Leben gerufenen parlamentarischen Arbeitsgruppe fort, um dem Gesetz der Republik Moldau von 1994 über den Sonderstatus von Gagausien, mit dem eine autonome territoriale Einheit in Südmoldau geschaffen wurde, zur vollständigen Umsetzung zu verhelfen

EINBINDUNG DER JUGEND DURCH DIE MODELL-OSZE

Im Rahmen des Projekts Modell-OSZE schlüpfen 32 Studenten von beiden Seiten des Dniester/Nistru in die Rolle von OSZE-Teilnehmerstaaten bei simulierten Sitzungen des Ständigen Rates, um Techniken der Diplomatie, Verhandlungsführung und Entscheidungsfindung kennenzulernen. Die vier Besten durften zur Belohnung einer echten Sitzung des Ständigen Rates in Wien beiwohnen. Ziel dieses Projekts ist es, jungen Leuten von beiden Seiten des Dniester/Nistru das Rüstzeug zu vermitteln, das sie zur Förderung des Vertrauens und zur Stärkung des Dialogs im Hinblick auf die Konfliktlösung brauchen.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission organisierte gemeinsam mit dem ODIHR eine Arbeitstagung zu guten internationalen Praktiken für Holocaust-Gedenken. Aus Mitteln der Mission wurde die Entsendung einer moldauischen Delegation, der auch Vertreter der jüdischen und der Roma-Gemeinde angehörten, zur Jahrestagung der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken in Iasi (Rumänien) finanziert. Das ODIHR und die Mission unterstützten das moldauische Parlament in dessen Bestrebungen, bis Ende 2016 einen Aktionsplan zur Aufklärung über den Holocaust und zum Gedenken daran zu entwickeln, soweit er das Hoheitsgebiet Moldaus betrifft.

DIE SONDERBEOBACHTERMISSION IN DER UKRAINE

Leitender Beobachter: **Botschafter Ertugrul Apakan**

Haushalt: 98 774 700 EUR für den Zeitraum 1. April 2016 bis 31. März 2017, davon 79 019 800 EUR aus festgesetzten Beiträgen und 9 650 418 EUR aus außerbudgetären Beiträgen

Personal: 1 114 (international 786, lokal 328) mit Stand vom 31. Dezember 2016 (davon 666 Beobachter)

www.osce.org/smm

Mit über 1 100 Mitarbeitern an 23 Standorten verteilt über die ganze Ukraine liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) auf der Arbeit vor Ort. Neben ihrem Auftrag, Spannungen abbauen zu helfen und Frieden, Stabilität und Sicherheit zu fördern, war die Mission auch in der Trilateralen Kontaktgruppe aktiv, in deren Arbeitsgruppe Sicherheit sie den Vorsitz führt. Oft ließen Fortschritte lange auf sich warten, doch am 21. September kam es mit der Unterzeichnung des Rahmenbeschlusses über die Entflechtung von Truppen und Militärgerät zu einem wichtigen Durchbruch. Da die Minsker Vereinbarungen noch immer nicht vollständig umgesetzt werden, vor allem hinsichtlich der Waffenruhe und des Rückzugs verbotener Waffen hinter festgelegte Linien, befasst sich der Rahmenbeschluss vorwiegend mit diesen Schlüsselementen.

Mit ihren Monitoring-Informationen und ihrer Berichterstattung trägt die Mission auch zu den Diskussionen im Normandie-Format bei, indem sie eine informierte Entscheidungsfindung ermöglicht. Darüber hinaus leistete die Mission 2016 einen Beitrag zu einer Veranstaltung mit der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Form eines Berichts des Leitenden Beobachters über die Sicherheits- und humanitäre Lage in der Ostukraine.

ENTFLECHTUNG

Das ganze Jahr hindurch blieb die Sicherheitslage in der Ostukraine instabil. Vor allem ist schon lange bekannt, dass die Nähe von Truppen und Militärgerät ein verschärfender und potenzieller Eskalations-Faktor ist; es kam mehrmals vor, dass die gegnerischen Seiten einander näher rückten und die Kampfhandlungen gefährlich und anhaltend aufflammten, ganz besonders um Jassynuata-Awdijiwka.

Der Beschluss der Unterzeichner vom 21. September über die Entflechtung von Truppen und Militärgerät in drei Pilotgebieten – Stanyzja Luhanska, Petrowske und Solote – wurde begrüßt. Die Mission verfügt seit der Unterzeichnung der Vereinbarung in diesen drei Gebieten über eine Präsenz für die Zwecke der Beobachtung, die durch Kameras unterstützt wird. In Petrowske und Solote kam es zu einer gewissen Entflechtung, doch konnte aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit nicht bestätigt werden, ob sie vollständig ist. In Stanyzja Luhanska sind in der Entflechtungszone noch immer Truppen und Gerät präsent.

Die Gewalt geht in und um Stanyzja Luhanska weiter, während sie in Solote und Petrowske seit dem 21. September spürbar abgenommen hat.

BEOBACHTUNG RUND UM DIE UHR

Da viele Verletzungen der Waffenruhe nachts stattfinden, hat die SMM ihre Kapazität für die Beobachtung in den Nachtstunden erhöht. Dank des Einsatzes diverser Technologien, darunter unbemannte Luftfahrzeuge und andere Überwachungstechnik, der Einrichtung zusätzlicher vorgezogener Patrouillenstützpunkte entlang der Kontaktlinie (an der eine

ständige Präsenz die Beobachtung rund um die Uhr gewährleistet) und der Anbringung von Kameras an Schlüsselstellen und in den Entflechtungszonen konnte die SMM erhebliche Risiken und Beschränkungen überwinden, die mit der nächtlichen Entsendung mobiler Bodenpatrouillen verbunden sind. Gefahren wie das Vorhandensein von Minen und nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel werden durch schlechte Sicht noch verstärkt. Seit durch die Anbringung von Kameras die Beobachtungskapazität erhöht wurde, konnte die SMM einen Rückgang der Gewalt feststellen.

EINSCHRÄNKUNGEN DER BEWEGUNGSFREIHEIT

Laut Beschluss des Ständigen Rates der OSZE sollten die SMM-Beobachter „sicheren und geschützten Zugang“ zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine haben. Die Unterzeichner der Beschlüsse der Trilateralen Kontaktgruppe erklärten immer wieder, dass jede diesbezügliche Einschränkung einen Verstoß darstellt. Dennoch wird die Bewegungsfreiheit der SMM-Beobachter ständig eingeschränkt, unter anderem durch die Verweigerung des Zugangs, das Stören und manchmal auch systematische Abschießen unbemannter Luftfahrzeuge, die Störung und Zerstörung anderer technischer Geräte der SMM, die Verweigerung von Sicherheitsgarantien durch die Seiten, die direkte Bedrohung von Beobachtern durch Aufstellen und Abfeuern von Waffen in ihrer Nähe, das direkte Richten von Waffen auf SMM-Beobachter und die Weigerung, Minen und nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel zu beseitigen oder einzuzäunen.

Vereinbarte Bestimmungen für ein schnelles Reagieren auf derartige Einschränkungen werden kaum umgesetzt, wodurch der Eindruck entsteht, es dürfe ungestraft so weitergehen.

„Das ganze Jahr hindurch blieb die Sicherheitssituation in der Ostukraine instabil. Vor allem ist schon lange bekannt, dass die Nähe von Truppen und Militärgerät ein verschärfender und potenzieller Eskalations-Faktor ist.“

Botschafter Ertugrul Apakan, Leitender Beobachter der SMM der OSZE

DAS LEBEN VON ZIVILISTEN STEHT AUF DEM SPIEL

Der Konflikt geht nun schon in sein drittes Jahr an und die Notlage der Zivilbevölkerung wird immer verzweifelter. Die Menschen können sich noch immer nicht frei bewegen und es gibt nur fünf genehmigte Übergänge an der fast 500 Kilometer langen Kontaktlinie. Einer davon – an der zerstörten Brücke in Stanyzja Luhanska – ist der einzige für die gesamte Region Luhansk.

Fast 25 000 Personen benutzen diesen Übergang täglich, verbunden mit stundenlangem, ja tagelangem Warten an der Kontrollstelle, die nichts anderes ist als eine befestigte Engstelle, und die Gefahr für die Zivilisten, in gewalttätige Auseinandersetzungen zu geraten, ist groß. Am 27. April kamen am Kontrollposten Oleniwka im Artilleriefeuer vier Menschen ums Leben.

Viele ukrainische Bürger fahren in Gebiete unter Regierungskontrolle, um ihre Rente abzuholen oder Lebensmittel und Medikamente zu besorgen, woran erkennbar ist, wie schlimm die sozioökonomische und humanitäre Lage in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten ist.

Die Bewohner von Gebieten, die nicht von der Regierung kontrolliert werden, in denen staatliche Leistungen nicht zugänglich sind und die Industrie weitgehend stillsteht, müssen die gefährliche Kontaktlinie überqueren oder sind auf bescheidene humanitäre Hilfe und eine

geringe finanzielle Unterstützung durch jene angewiesen, die die tatsächliche Kontrolle ausüben.

Die Notlage der Zivilbevölkerung wird durch lange Unterbrechungen in den Versorgungsdiensten verschärft, wenn durch Beschuss Wasser-, Strom- und Gasleitungen beschädigt werden. Die SMM erleichtert und überwacht regelmäßig Reparaturarbeiten, doch das Fehlen von Sicherheitsgarantien der Seiten erschwert Arbeitertrupps und der SMM oft den Zugang zu den Baustellen.

PARTNERSCHAFTEN

Die SMM steht in regelmäßigem Informationsaustausch mit den im Land tätigen Büros und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und mit anderen internationalen Akteuren wie dem IKRK. Sie hält auch Kontakt zum Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum, dem es ausführlich über die humanitäre Lage der Zivilisten berichtet, sowie für die Zwecke der Erleichterung des Dialogs.

DER PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE

Projektkoordinator: **Botschafter Vaidotas Verba**

Haushalt: 3 598 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 2 065 599 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 3, lokal 47

www.osce.org/ukraine

Der Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine erhöhte seine Unterstützung für die Bemühungen der Regierung, Reformen auch während der Krise in und um die Ukraine umzusetzen. Er verstärkte seine Tätigkeit in kritischen Bereichen, etwa durch Schulungen für die reformierten Polizeikräfte und für Minenräumtruppen, und leistete wichtige Beiträge zur Arbeit von über 30 ukrainischen Partnerorganisationen in vielen anderen Bereichen.

DER PROJEKTKOORDINATOR UNTERSTÜTZTE

- die Fortbildung von über 7 800 Polizeibeamten aus Patrouillen- und Nachbarschaftsdiensten sowie aus Abteilungen gegen Cyber-Kriminalität und Menschenhandel
- die Teilnahme von mehr als 500 Bürgeraktivisten an Diskussionen zum Gesetzesentwurf über öffentliche Konsultationen und über das Strategiepapier für den nationalen Fonds zur Unterstützung der Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft
- Aktivitäten zur Weiterbildung von über 1 500 Richtern in den Bereichen Korruption und Menschenrechte
- die Schulung von über 700 Anwälten in Menschenrechtsschutz

NEUE IMPULSE FÜR DIE JUSTIZREFORM

Da die Ukraine entscheidende Schritte zur Reform ihres Justizsystems mit dem Ziel unternimmt, die Unabhängigkeit der Richter von jeglicher politischer Einflussnahme bei gleichzeitiger Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft zu gewährleisten, förderte der Koordinator einen inklusiven Dialog im Ausarbeitungsprozess von Schlüsselgesetzen, die diesen Änderungen Rechnung tragen sollen, was auch die Novellierung der Verfassung einschließt. Um sicherzustellen, dass diese Reformen in Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen stehen, half der Koordinator bei der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetze mit Beratung und Rechtsgutachten. Zur Stärkung der Rolle des Verfassungsgerichts betrieb der Koordinator die Einführung eines Verfassungsbeschwerdemechanismus, ein Instrument, das es Bürgern ermöglicht, den Gerichtshof anzurufen, wenn staatliche Maßnahmen ihrer Meinung nach das Grundgesetz verletzen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes berief sich der Gerichtshof in seiner Entscheidung, diskriminierende Bestimmungen, die die Freiheit der religiösen Versammlung einschränkten, außer Kraft zu setzen, auf ein Rechtsgutachten des Koordinators sowie auf Richtlinien des ODIHR.

Diese Änderungen im System gingen Hand in Hand mit Bemühungen um eine Verbesserung der juristischen Ausbildung für Richter und Vertreter der Rechtsberufe, unter anderem durch die Einführung von drei Online-Kursen und vier von Dozenten geleiteten Kursen für Richter sowie einer Zulassungsprüfung auf Masters-Niveau.

Jurij Baulin, Leiter des Verfassungsgerichts der Ukraine

„Die Menschen müssen die Sicherheit haben, dass ihre verfassungsmäßigen Rechte geschützt werden, dass die Verfassungsgerichtsbarkeit – das Verfassungsgericht der Ukraine – offen ist, ihre Anliegen in einem unabhängigen und fairen Prozess zu prüfen. Deshalb ist es für die Wiederherstellung von Vertrauen in die Justiz von überragender Bedeutung, dass das Verfassungsgericht von gewöhnlichen Bürgern angerufen werden kann.“

GEWÄHRLEISTUNG DER ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER REGIERUNGSFÜHRUNG

Nachdem die ukrainische Regierung eine mithilfe der OSZE überarbeitete Strategie für die Entwicklung der Zivilgesellschaft für die Jahre 2016 – 2020 angenommen hatte, förderte der Koordinator deren Umsetzung mit einem neuen Gesetzesentwurf über öffentliche Konsultationen und einem Strategiedokument für den staatlich finanzierten nationalen Fonds zur Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Der Koordinator unterwies ferner den Nationalen Rat für Reformen, ein vom ukrainischen Präsidenten eingesetztes beratendes Gremium, im Umgang mit Online Tools als Beitrag zur Stärkung der Debatte in der Gesellschaft über Versöhnung und Reformen. Als weiteres praktisches Hilfsmittel zur Förderung eines Reformdialogs, vor allem im Dezentralisierungsprozess, entwickelte der Koordinator einen Online-Kurs für Experten, die diesen Dialog erleichtern können.

Zur Einbindung der Zivilgesellschaft in die Regierungsführung wurden ferner Besuche von Justizvollzugsanstalten unterstützt, um Verletzungen von Menschenrechten zu verhindern, und eine Methodik und Schulung für die Beobachtung von Gerichtsverfahren wurde entwickelt. Der Koordinator setzte sich auch erstmals für eine neue Rolle der Zivilgesellschaft bei der demokratischen Kontrolle von Organen des Sicherheitssektors ein.

BETREUUNG VON DER KRISE BETROFFENER GEMEINDEN

Der Projektkoordinator eröffnete von der Krise betroffenen Gemeinden in der Ostukraine die Möglichkeit, bei Dialogveranstaltungen, die auf Vermittlung der OSZE zustande kamen, den Zentralbehörden Probleme vorzutragen, und bemühte sich auch um ihre Sicherheit, insbesondere durch die Bereitstellung von Ausrüstung zur Markierung verminter Gebiete. Internationale Organisationen würdigten die Anbringung von Markierungen und Warnschildern an der Kontaktlinie als Verbesserung der humanitären Lage in der Konfliktzone. Sie unterstützten auch Empfehlungen zur Erleichterung des Zugangs zur Justiz in der Ostukraine.

In dem Bemühen, die Auswirkungen der Krise so gering wie möglich zu halten, half der Koordinator bei der Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem staatlichen Programm für die Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten und ihrer Familien und entwickelte einen Kurs über Gender-Aspekte von Konflikten für Sozialarbeiter, Polizei und Militär. Um sicherzustellen, dass die Medienberichterstattung über den Konflikt im Einklang mit den ethischen und professionellen Normen des Journalismus steht, förderte der Koordinator die Untersuchung von Medieninhalten, bot Schulungskurse an, vermittelte Diskussionen in der Medien-Community und stellte ein Handbuch über Praktiken im Zusammenhang mit konfliktsensiblen Journalismus zusammen.

REAKTION AUF BEDROHUNGEN DURCH CYBER-KRIMINALITÄT, TERRORISMUS UND GELDWÄSCHE

Der Projektkoordinator unterstützte die Ukraine bei der Entwicklung einer Methodik und der erstmaligen Durchführung einer nationalen Bewertung der mit Geldwäsche und Terrorismus-

finanzierung verbundenen Risiken. Die Bewertung ist eine wichtige Voraussetzung für die Ermittlung von Schwachstellen und Lücken im finanziellen Monitoring-System des Landes und entspricht einer Forderung der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ (FATF), die für die Bekämpfung dieser Form der Kriminalität auf internationaler Ebene zuständig ist. Als Unterstützung im Kampf gegen einen anderen, anwachsenden Kriminalitätstrend leistete der Koordinator Hilfestellung bei der Schaffung einer neu aufgestellten Cyber-Abteilung der Polizei durch die Bereitstellung von Ausbildungsmaterial, die Erstellung eines Lehrplans und die Ausbildung von 170 Beamten.

PARTNERSCHAFTEN

Der Koordinator kooperierte mit internationalen Partnern, unter anderem mit dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung bei der Entwicklung einer Strategie für humanitäre Minenräumung, dem Europarat bei der erstmaligen Bewertung des Geldwäscherisikos und bei der Erarbeitung von Empfehlungen zur Lösung des Problems, das durch die Verlegung der Gerichte im Donbass entstanden ist, sowie mit VN Frauen und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bei einem Schulungskurs für Dialogvermittler.

DIE BEOBACHTERMISSION AN DEN RUSSISCHEN KONTROLLPOSTEN GUKOWO UND DONEZK

Leitender Beobachter: **Simon Eugster** (bis April 2016) und **Flavien Schaller** (ab Mai 2016)

Haushalt: 1 435 666,67 EUR

Personal: 20 (mit Stand 31. Dezember 2016)

www.osce.org/om

Die Beobachtermission war auch 2016 an den beiden russischen Kontrollposten in Gukowo und Donezk ständig präsent und ließ sich dabei wie bisher vom Grundsatz der Unparteilichkeit und Transparenz leiten. Sie berichtete dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten wöchentlich über die Lage und die Grenzübertritte an den beiden Grenzposten. Ferner gab sie elf Spot-Berichte über russische Konvois in Richtung Ukraine und Sonderbeobachtungen an den beiden Grenzübertrittstellen heraus.

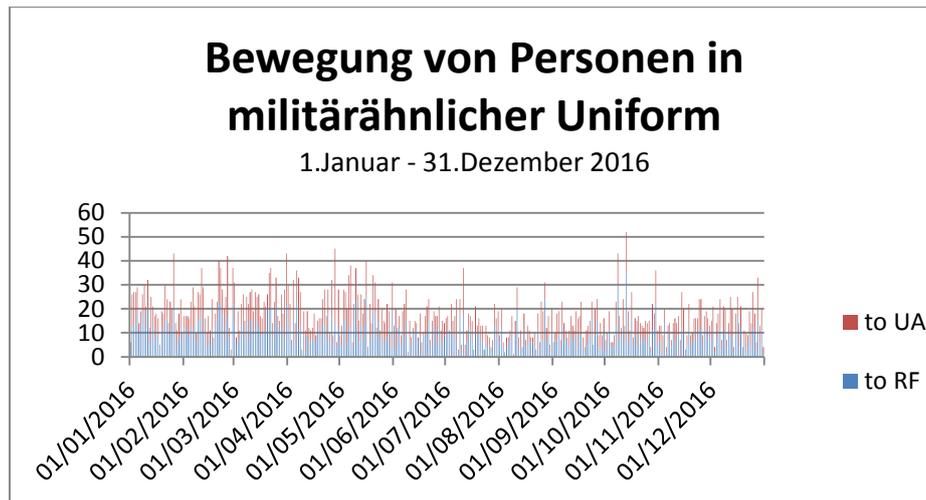
KONTAKTE MIT DEN RUSSISCHEN BEHÖRDEN UND DEN MEDIEN

Die Beobachtermission baute ihre Beziehungen zu den Behörden in ihrem Einsatzgebiet aus. Am 2. August besuchten Vertreter der russischen Behörden die Büros der Mission in Donezk, Gukowo und Kamensk. Dieser Besuch verbesserte den Informationsaustausch mit dem russischen Katastrophenschutzministerium über die Konvois, die über die Grenze in die Ukraine fahren, und erleichterte die Kommunikation der Grenzbeobachter mit Menschen, die an den beiden Kontrollposten die Grenze passieren.

Die Beobachtermission baute auch ihre Kontakte zu den örtlichen Medien aus, die seither einmal im Monat einen Artikel über die Tätigkeit der Mission und die Arbeit ihrer Beobachter veröffentlichen. Das verbessert das Verständnis der örtlichen Bevölkerung für das Mandat der Beobachtermission und die Vermittlungsbemühungen der OSZE im Hinblick auf eine Beilegung der Krise in und um die Ukraine.

TRENDS

2016 registrierten die Beobachter im Vergleich zu 2015 einen 60-prozentigen Rückgang der Anzahl der Personen in militärähnlicher Uniform, die die beiden Grenzübertrittstellen passierten. Der Pkw- und sonstige Fahrzeugverkehr blieb das Jahr hindurch konstant. Die durchschnittliche Zahl der Personen, die die Grenze passierten, nahm im Sommer leicht zu und ging nach Einbruch des Winters wieder zurück. Laut Statistiken des Grenzschutzdienstes der Region Rostow erfolgten 36 Prozent der Grenzübertritte zwischen der Region Rostow und dem Donbass an den Kontrollposten Gukowo und Donezk.



[Legend]

[RED] in die Ukraine

[BLUE] in die Russische Föderation

BEOBACHTETE GRENZÜBERTRITTE IN ZAHLEN 2016

3 778 040 Personen

6 371 Personen in militärähnlicher Uniform

13 Bestattungswagen

5 Kastenwagen mit der Aufschrift „Cargo 200“

(„Cargo 200“ ist ein allgemein bekannter militärischer Code für „im Kampf gefallene Soldaten“)

10 russische Konvois

LEITENDER BEOBACHTER

Flavien Schaller ist seit Mai 2016 Leitender Beobachter. Vor seiner Bestellung durchlief der Berufsoffizier verschiedene Positionen im Generalstab der Schweizer Armee. Sein Vorgänger Simon Eugster hatte die Mission von Oktober 2015 bis Ende April 2016 geleitet.

PARTNERSCHAFTEN

Die Beobachtermission tauschte mit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine Informationen über Züge aus, die über die Grenzübertrittsstelle Gukowo in die Ukraine führen. Ferner erhielt sie vom Grenzschutzdienst der Region Rostow wöchentliche Statistiken über den grenzüberschreitenden Personenverkehr zwischen der Region Rostow und dem Donbass. Seit September erhält die Beobachtermission außerdem Informationen vom russischen Katastrophenschutzministerium über russische Konvois, die an der Grenzübertrittsstelle Donezk die Grenze zur Ukraine passieren.

DAS BÜRO IN ERIWAN

Leiter des Büros: **Botschafter Andrei Sorokin** (bis Februar 2016) und **Botschafter Argo Avakov** (seit März 2016)

Haushalt: 3 030 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 66 490 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 7, lokal 41

www.osce.org/yerevan

Das Büro in Eriwan setzte seine Hilfe für Armenien in allen drei Dimensionen der OSZE fort und konzentrierte sich in seiner Arbeit 2016 auf die Unterstützung der guten Führung und Reform des Sicherheitssektors, der wirtschaftlichen Integration, der Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

MOBILISIERUNG GEGEN HÄUSLICHE GEWALT

Durch die Organisation von Workshops in Kommunen und die Eröffnung sogenannter Infoecken in Polizeidienststellen half das Büro mit, die Zusammenarbeit, die Koordination und den wechselseitigen Austausch zwischen Regierung, Polizei und der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt zu verbessern.

GUTE FÜHRUNG UND REFORM DES SICHERHEITSEKTORS

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte, der Botschaft Georgiens und dem Außenministerium organisierte das Büro eine Arbeitstagung zum Thema Governance und Reform des Sicherheitssektors, die Vertreter der Regierung und der Zivilgesellschaft Armeniens und Georgiens mit internationalen nachahmenswerten Verfahren und den neusten Entwicklungen auf diesem Gebiet vertraut machte.

GUTE FÜHRUNG IM WIRTSCHAFTSBEREICH

Das Büro arbeitete eng mit dem Wirtschaftssektor, zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Behörden zusammen, um Diskussionen über die Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, gute Unternehmensführung und soziale Verantwortung, Ethik und Integrität, Transparenzgrundsätze und den Aufbau verlässlicher Beziehungen zu Partnern zu fördern und gleichzeitig Investoren zu gewinnen.

AUSBAU DER KAPAZITÄTEN DER AARHUS-ZENTREN

Die vom Büro unterstützten Koordinatoren der Aarhus-Zentren verstärkten die Bemühungen der Kommunen, die Gefahr von Naturkatastrophen und deren Auswirkungen auf die Sicherheit zu verringern. Die Gemeinden richteten sogenannte *Resilience Teams* ein und das Büro bot Ausbildungskurse im Umgang mit Frühwarnsystemen an.

DIGITALES ERZÄHLEN

Zusammen mit USAID und örtlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützte das Büro eine internationale *Learning Conference* zu digitalem Erzählen, die sich schwerpunktmäßig auf neue Trends und Werkzeuge bei der Produktion journalistischer Inhalte, professionelle Krisenberichterstattung und investigativen Journalismus konzentrierte.

FRAUEN IN DER POLITIK

Als Kovorsitzender des behördenübergreifenden „Arbeitskreises zu Genderfragen“, an der Vertreter der Regierung und der Zivilgesellschaft beteiligt sind, trug das Büro zur

Entwicklung von Empfehlungen zur Förderung der politischen Teilhabe von Frauen auf nationaler und lokaler Ebene bei. Viele der Empfehlungen fanden Eingang in die neue Wahlordnung, wodurch die Mindestquoten für das unterrepräsentierte Geschlecht für die Parlamentswahlen 2017 und 2022 auf 25 beziehungsweise 30 Prozent der Listenplätze der Parteien angehoben wurden.

EINBINDUNG DER JUGEND

Modellsimulationen der OSZE, akademische Debattierclubs, ein Anti-Korruptions-Lager und Moot-Court-Wettbewerbe waren Veranstaltungen, die vom Büro organisiert wurden und Jugendlichen halfen, kritisches Denken zu entwickeln, Argumentieren zu lernen und sich in Verhandlungen und öffentlichem Reden zu üben.

STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTSANWALTSCHAFT

Das Büro unterstützte die öffentliche Diskussion über einen neuen Gesetzentwurf, der die Funktionen und Strukturen der nationalen Menschenrechtseinrichtung festlegt. Es war auch bei der Entwicklung einer neuen interaktiven Website behilflich und sorgte für die landesweite Ausstrahlung von TV-Sendungen, mit denen die Menschenrechtsanwaltschaft der Öffentlichkeit nähergebracht werden soll.

VERHÜTUNG VON JUGENDKRIMINALITÄT

In Zusammenarbeit mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und internationalen Partnern erhöhte das Büro das Bewusstsein dafür, dass eine behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei der Verhütung von Jugendkriminalität wichtig ist. Diese Arbeit mündete in strategischer Empfehlungen, die in der Folge die Grundlage der nationalen Strategie zur Verhütung von Jugendkriminalität bildeten und Eingang in den auf drei Jahre angelegten Aktionsplan des Justizministeriums zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz für Kinder fand.

UNTERSTÜTZUNG DER ANTIKORRUPTIONSBEMÜHUNGEN

Vom Büro unterstützte Experten arbeiteten mit der Polizei und dem Justizministerium an einer Einschätzung des Korruptionsrisikos in der Pass- und Visa-Abteilung der Polizei und bei der Verkehrspolizei sowie an Empfehlungen und Aktionsplänen zur Institutionalisierung einer effektiven Untersuchung von Straftaten im Zusammenhang mit Korruption.

UNTERSTÜTZUNG DER JUSTIZREFORMEN

In enger Zusammenarbeit mit dem ODIHR und örtlichen Experten unterstützte das Büro die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die vor kurzem überarbeitete Verfassung und den Übergang Armeniens von einem semipräsidentiellen zu einem parlamentarischen Regierungssystem. Es wurden neue Gesetze bzw. Gesetzesänderungen zu politischen Parteien, Volksentscheiden, Wahlen und dem Menschenrechtsanwalt sowie eine neue Geschäftsordnung für die Nationalversammlung ausgearbeitet.

PARTNERSCHAFTEN

In enger Zusammenarbeit mit dem UNDP, der EU-Delegation, dem Europarat und der US-amerikanischen und der britischen Botschaft organisierte das Büro die feierliche Verleihung von *Universal Rights Awards* und würdigte damit die Bemühungen zivilgesellschaftlicher Aktivisten sowie von Medien- und Regierungsvertretern zur Förderung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Umsetzung von Reformen.

DAS ZENTRUM IN ASCHGABAT

Leiter des Zentrums: **Botschafter Ivo Petrov** (bis 8. Juli 2016) und **Botschafterin Natalya Drozd** (seit 9. Juli 2016)

Haushalt: 1 602 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 254 206 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 6, lokal 19

www.osce.org.ashgabat

Auch 2016 leistete das Zentrum der Regierung Hilfestellung bei der Umsetzung der Verpflichtungen in allen drei Sicherheitsdimensionen, wobei die Schwerpunkte auf der Sicherung der Grenzen und der Infrastruktur, verantwortungsvoller Regierungsführung und Katastrophenvorsorge, Medienentwicklung und Menschenrechtsfragen lagen.

GRENZSICHERHEIT

Das Zentrum veranstaltete Ausbildungskurse über die Führung von Grenzpatrouillen und Train-the-trainer-Kurse für Unteroffiziere und Offiziere des staatlichen Grenzdienstes von Turkmenistan, darunter einen Kurs in motorisierter Patrouillenführung für Grenzschutzbeamte. Ausgewählte Projektaktivitäten umfassten auch einen eigenen Aus- und Fortbildungskurs für Vertreter der Grenzpolizei aus Afghanistan.

BESSERE SICHERUNG DER INFRASTRUKTUR UND MASSNAHMEN GEGEN GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Das Zentrum hielt ein Seminar über den Schutz sensibler Energieinfrastruktur für 20 Beamte aus Strafverfolgungsbehörden und energierelevanten Einrichtungen.

Im Zuge der aktiven Vorbereitungen des Landes auf die fünften Panasiatischen Spiele 2017 organisierte das Zentrum Kurse für Flugsicherheitsbeamte über den Einsatz von Röntengeräten zur Gepäcks- und Personenkontrolle sowie Kurse für Ausbilder über Flugsicherheitskontrollstellen und die Interpretation von Röntgenbildern.

Ferner half das Zentrum Turkmenistan bei der Verbesserung der Fähigkeiten von Strafverfolgungsbeamten und Militärbediensteten zur Abwehr terroristischer Bedrohungen bei künftigen Großveranstaltungen.

VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN

Gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats veranstaltete das Zentrum in Ashgabat für 23 Beamte aus dem Verteidigungsministerium ein Seminar über die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 2011 der OSZE.

FÖRDERUNG DER VERKEHRSSICHERHEIT

Das Zentrum schulte Beamte aus dem Verkehrskontrollinspektorat des turkmenischen Innenministeriums und Vertreter einer mit Fragen der menschlichen Sicherheit befassten lokalen Organisation in nachahmenswerten Verfahren für die Erhöhung des Sicherheitsbewusstseins im Straßenverkehr. Darüber hinaus verbesserten 41 Offiziere der Verkehrspolizei aus den Provinzen Mary und Daşoguz ihre Fähigkeiten im Verkehrs- und Straßensicherheitsmanagement.

Das Zentrum half bei der Organisation des vierten Treffens der regionalen technischen Arbeitsgruppe über vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen des Istanbul-Prozesses für Afghanistan, die als Plattform zur Erörterung regionaler Fragen, insbesondere über die Förderung der Sicherheit und der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Nachbarländern, eingerichtet wurde. Das Zentrum unterstützte die Veranstaltung als Teil eines außerbudgetären, von den Vereinigten Staaten finanzierten Projekts.

KATASTROPHENVORSORGE

Das Zentrum schulte 25 Beamte, die aus der staatlichen Kommission für Katastrophenschutz, aus Strafverfolgungsbehörden und anderen verwandten Institutionen kamen, in Mechanismen zur Verhütung und Eindämmung von Katastrophen aus. Im Zuge eines Studienbesuchs in den Vereinigten Staaten konnten turkmenische Beamte Erfahrungen im Bereich der Vorsorge gegen und Bewältigung von Natur- und Umweltkatastrophen kennenlernen.

FÖRDERUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG

Um Turkmenistan bei der Umsetzung seiner Verpflichtungen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche zu unterstützen, organisierte das Zentrum verschiedene Aus- und Fortbildungen für hochrangige Experten und Beamte. Es unterstützte ein Seminar für Vertreter von Finanzinstituten und Strafverfolgungsbehörden zum Thema Überprüfung der Kundenidentität im Hinblick auf die Verhütung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie einen Runden Tisch über die Stärkung des Systems zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Korruption.

Das Zentrum veranstaltete ferner eine Studienreise turkmenischer Amtsträger nach Rumänien, um den Austausch vorbildlicher Praktiken bei der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche zu erleichtern.

UMWELTBEWUSSTSEIN UND ENERGIESICHERHEIT

Mit Unterstützung des Zentrums hielt das Aarhus-Zentrum von Turkmenistan Seminare in Ashgabat, Mary und Turkmenbaschy ab, um lokale Behörden, Unternehmen, die Zivilgesellschaft, Medien und die Öffentlichkeit auf die Aarhus-Konvention aufmerksam zu machen. Ein Vortrag an der *International University of Oil and Gas* vermittelte den Studierenden Wissen zu den Themen Energiediplomatie und internationale Praktiken der Energie-Governance und -sicherheit. Das Zentrum leistete auch Hilfestellung bei der Veröffentlichung eines Lehrbuchs über Solarenergie für Studierende der Staatlichen turkmenischen Hochschule für Energiewirtschaft in Mary.

RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSFREIHEIT

Das Zentrum setzte sich auch 2016 für die Hebung des öffentlichen Bewusstseins für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein und organisierte ein Seminar über einschlägige internationale Standards zu Religionsfreiheit für 20 Teilnehmer, die sich aus Vertretern der Gesetzgebung, Strafverfolgung und Forschung zusammensetzten.

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE

Für 50 Studenten des Instituts des Innenministeriums und des Instituts des Außenministeriums für internationale Beziehungen hielt das Zentrum einen Kurs über internationale Menschenrechtsstandards im Strafverfahren und bei strafrechtlichen Ermittlungen ab.

Bei einem Kurs konnten Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbeamte aus ganz Turkmenistan ihre Kenntnisse über internationale Menschenrechtsnormen zur Wahrung der Rechte von Strafgefangenen und berufliche Standards für die Behandlung von Gefängnisinsassen erweitern.

MEDIENENTWICKLUNG

Das Zentrum unterstützte auch 2016 die Modernisierung des Medienrechts und die Medienreform in Turkmenistan. Es veranstaltete einen Master-Lehrgang für 25 Parlamentsabgeordnete sowie Vertreter von Medien und einschlägiger Einrichtungen zur Förderung internationaler Standards für die Regulierung und Selbstregulierung der Medien. Bei einem Studienbesuch in Riga konnten sich die turkmenischen Parlaments- und Medienvertreter einen Eindruck von den Erfahrungen Lettlands mit der Medienreform verschaffen.

Als Beitrag zur Kompetenzsteigerung von Journalisten und Kommunikationsfachleuten, organisierte das Zentrum für 30 Journalisten aus dem ganzen Land Kurse in journalistischer Berichterstattung, und für 25 Content Manager und IT Experten aus den wichtigsten Ministerien und Institutionen Turkmenistans eine Fortbildung zum Thema Online-Kommunikation über Websites staatlicher Einrichtungen.

Das Zentrum unterstützte ferner die journalistische Ausbildung durch Kurse für Internetjournalismus für 80 Studierende aus turkmenischen Universitäten und ein Seminar über journalistische Didaktik für 15 journalistische Lehrkräfte.

Rechtliche Unterstützung in Einzelfällen

Die OSZE unterstützte Rechtsbeistand für:

159 Einzelpersonen

58 Berufungen in 20 Fällen

PARTNERSCHAFTEN

Das Zentrum war Partner in dem vom UNDP durchgeführten Projekt für Grenzmanagement in Nordafghanistan und half bei der Organisation eines Ausbildungslehrgangs über Patrouillentätigkeit für Beamte der Grenzpolizei aus Nordafghanistan. Mit finanzieller Unterstützung durch die Britische Botschaft in Turkmenistan erstellte das Zentrum einen Kommentar zur turkmenischen Gesetzgebung im Bildungsbereich.

DAS PROGRAMMBÜRO IN ASTANA

Leiter des Büros: **Botschafterin Natalja Sarudna** (bis Januar 2016) und **Botschafter György Szabó** (seit Februar 2016)

Haushalt: 2 148 700 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 37 940 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 6, lokal 22

www.osce.org/astana

2016 setzte das OSZE-Programmbüro in Astana seine produktive Partnerschaft mit den Behörden des Gastlandes, der Zivilgesellschaft und internationalen Akteuren zur Stärkung der regionalen Sicherheit und zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, gewalttätigem Extremismus, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung fort. Das Büro unterstützte auch Kasachstans Bemühungen um die Förderung des Handels, eine verantwortungsvolle Wasserpolitik, Gender Mainstreaming, „grünes“ Wachstum und nachhaltige Entwicklung, gute Regierungsführung, demokratische Polizeiarbeit und Grundfreiheiten sowie die Entwicklung sozialer Dienste für Menschenhandelsopfer, die Unterstützung der Justiz- und Strafvollzugsreform und die Einbindung der Jugend und der Hochschulen in den regionalen Sicherheitsdialog. Nach diesen jahrelangen Bemühungen und dank des Beitrags des Programmbüros wurden wesentliche Gesetze über nachhaltiges ökologisches Wirtschaftswachstum, die Reduktion von Co2-Emissionen und die Rückübernahme von Migranten verabschiedet. Unter Mitwirkung des ODIHR wurden Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus erörtert, und das Programmbüro lieferte Anregungen für den Konzeptentwurf der Familien- und Gleichstellungspolitik 2030. Insgesamt führte das Büro über 150 Veranstaltungen im Rahmen von mehr als 50 Projekten in allen drei Dimensionen mit landesweit über 6 700 Teilnehmern durch.

MASSNAHMEN GEGEN GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Ein wichtiger Punkt auf der Agenda des Büros waren die Pläne zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Jugend, der Frauen, religiöser Oberhäupter und der Strafverfolgungsorgane in die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, einschließlich ausländischer terroristischer Kämpfer. Rund 340 Parlamentarier, hohe Regierungsbeamte, Richter, Aktivisten der Zivilgesellschaft und internationale Experten nahmen an neun von der OSZE unterstützten Veranstaltungen teil. Strafverfolgungsbeamte aus dem ganzen Land erhielten eine Ausbildung in der Bekämpfung von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Terrorismus, Internetkriminalität sowie des illegalen Drogenhandels und Schmuggels von nachgeahmten Waren sowie in der Stärkung der Grenzsicherheit, der Steuerung öffentlicher Versammlungen, der Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften und im Einsatz von Sprengstoffsuchhunden.

Auf dem siebten Zentralasiatischen Internet-Forum standen die Möglichkeiten zur Bekämpfung des Missbrauchs des Internets zur Verbreitung von Hassreden im Zentrum des Interesses. Bei dieser Veranstaltung kamen 120 Praktiker und Experten aus der Region und deren Umgebung nach Almaty.

FÖRDERUNG DES DIALOGS ÜBER REGIONALE SICHERHEIT

Im Einklang mit der Priorität des deutschen Vorsitzes, den Jugendaustausch und die politische Partizipation junger Menschen zu fördern, organisierte das Büro

dimensionenübergreifende Aktivitäten, an denen 145 Nachwuchsführungskräfte für Diskussionen über regionale Sicherheitsfragen gewonnen werden konnten. Diese Veranstaltungen fanden im Rahmen des jährlichen Seminars des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks für Studierende aus Zentralasien, Afghanistan und der Mongolei statt, das zum elften Mal in Almaty abgehalten wurde, sowie im Rahmen des zehnten Studentenforums über den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung im Internet in Astana. Die jährliche Sommerschule und das siebte Zentralasiatische Leadership-Programm vermittelten jungen Umweltschützern aus der Region und aus Afghanistan Wissen über nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Wasserpolitik und deren Bedeutung für die Sicherheit.

2016 unterstützte das Büro die jährlich stattfindenden Regionalseminare über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem Wiener Dokument 2011 und über die Entsorgung von explosiven Kampfmittelrückständen gemeinsam mit dem OSZE-Büro in Tadschikistan.

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

An die 680 Staats- und Kommunalbeamte, Strafverfolgungsbeamte, Richter, Vertreter des Banken- und Nichtfinanzsektors sowie der Zivilgesellschaft besuchten Veranstaltungen über gute Regierungsführung mit den Schwerpunkten Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, lokale Selbstverwaltung, wirksame Steuerung der Arbeitsmigration und Zollverwaltung. Dadurch konnte im Rahmen einiger Informationsveranstaltungen des Büros die Fähigkeiten der Teilnehmer verbessert werden. Die Aktivitäten dienten auch der Entwicklung einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der nationalen Rechtsvorschriften.

FÖRDERUNG EINER „GRÜNEN“ WIRTSCHAFT

Das Büro setzte sich weiterhin für die Förderung von Energieeffizienz, erneuerbarer Energie, biologischer Landwirtschaft, effizienter Wasserwirtschaft und Dammsicherheit ein, insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Expo 2017 zum Thema „Energie der Zukunft“. Darüber hinaus leistete es dem Parlament Unterstützung bei der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens und der Entwicklung eines Plans zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Insgesamt motivierte das Büro an die 1 500 Parlamentarier, Amtsträger, Unternehmer, Wissenschaftler, NGO-Aktivisten und Vertreter von Aarhus-Zentren und Wasserkommissionen, einen Beitrag zur Umsetzung der im Land stattfindenden ökologischen Reformen zu leisten.

FÖRDERUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ÜBER GRUNDFREIHEITEN

Das Büro förderte konsequent die Strafrechts-, Verwaltungsrechts- und Zivilrechtsreform durch Erleichterung der öffentlichen Debatte und von Expertengesprächen für Richter, Staatsanwälte und Strafverteidiger über die Anwendung verabschiedeter Vorschriften und Gesetze.

Das Büro unterstützte Seminare zu Mechanismen für den Schutz der Menschenrechte, an denen ungefähr 900 Vertreter der Regierung, der Zivilgesellschaft und Justiz teilnahmen, sowie Fortbildungsseminare über Strafverfahren für rund 100 Strafverteidiger. Es förderte weiterhin den Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter (NPM) und trug zum Aufbau der Fähigkeiten von rund 80 NPM-Mitgliedern bei.

Dank mehrjähriger Bemühungen konnten wirksame Rahmenbedingungen für die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel und häuslicher Gewalt und für deren Schutz geschaffen werden.

Im Bereich Medienfreiheit lag der Schwerpunkt auf zehn Fortbildungsveranstaltungen zum Gesetz über den Zugang zu Informationen, an denen an die 880 Parlamentarier, Amtsträger, Journalisten, nationale und internationale Experten teilnahmen. Das Büro organisierte auch eine Studienreise in die Russische Föderation für Richter des Obersten Gerichtshofs und der Amtsgerichte, Seminare für Pressereferenten von Strafvollzugsbehörden und Gerichtsberichterstatter mit dem Ziel, die Interaktion mit den Medien zu verbessern, sowie für Journalisten über Datenjournalismus und Instrumente zur Bekämpfung von Hassreden im Internet.

PARTNERSCHAFTEN

Das OSZE-Programmbüro in Astana pflegte eine enge Zusammenarbeit mit Agenturen der Vereinten Nationen, der EU, den Botschaften von Kanada, Deutschland und den Vereinigten Staaten, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bereichen wie Medienentwicklung, Steuerung öffentlicher Versammlungen, Grenzsicherheit, Umweltschutz und Kampf gegen gewalttätigen Extremismus.

DAS ZENTRUM IN BISCHKEK

Leiter des Zentrums: **Botschafter Sergei Kapinos** (bis Oktober 2016) und **Botschafter Pierre von Arx** (seit Oktober 2016)

Haushalt: 6 909 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 781 002 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 26, lokal 100

www.osce.org/bishkek

2016 bemühte sich das OSZE-Zentrum in Bischkek, mit seinen Programmaktivitäten für dimensionenübergreifende Synergien zu sorgen und Aktivitäten zu allen drei OSZE-Stützpfeilern umzusetzen. Darunter fielen die Reduzierung von Sicherheitsbedrohungen in Verbindung mit Uranaufbereitungsrückständen, die Verbesserung des Umwelt-Monitoring in Kirgisistan, die Hilfestellung für die Regierung des Gastlandes bei der Korruptionsbekämpfung und die Förderung des Wirtschaftswachstums, die Bekämpfung des Terrorismus und die Stärkung der Grenzkontrolle, sowie die Förderung von Jugendinitiativen und der Ausbau der Kapazitäten des Strafvollzugsystems.

REDUZIERUNG VON SICHERHEITSBEDROHUNGEN, DIE VON URANAUFBEREITUNGSRÜCKSTÄNDEN AUSGEHEN

Mit der Einrichtung von drei öffentlichen Umweltinformationszentren in den ehemaligen Uranbergbaustädten Minkusch, Schechaftar und Mailuusuu unterstützte das Zentrum die nationalen Behörden im Umgang mit den von Uranaufbereitungsrückständen ausgehenden Gefahren. Die Informationszentren, die von in Aarhus-Zentren ausgebildeten Experten geführt werden, sind Anlaufstellen für die lokale Bevölkerung und informieren und beraten sie im Hinblick auf die Gefahren für Einwohner von uranverseuchten Gebieten und den Stand ihrer Sanierungsarbeiten.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND ANKURBELUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS

Das Zentrum unterstützte auch 2016 die kirgisische Regierung bei der Durchführung ihrer ordnungspolitischen Reform, die darauf abzielt, den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu verringern und die Tätigkeit von Unternehmen besser zu regulieren. Bis Dezember 2016 wurden Empfehlungen zu ungefähr der Hälfte der etwa 3 414 Rechtstexte fertiggestellt. Die Empfehlungen wurden vom Rat für die ordnungspolitische Reform unter dem Vorsitz des Premierministers genehmigt und zu über 60 Prozent von den jeweils zuständigen staatlichen Organen umgesetzt.

STÄRKUNG DER GRENZKONTROLLE

Das Zentrum unterstützte die Aktivitäten des Landes zur Stärkung seiner Grenzen. An der Grenzschutz-Simulationsübung 2016 nahmen Mitarbeiter aus dem staatlichen Grenzdienst, aus Notfalleinrichtungen und Dienststellen des Innenministeriums teil und entwickelten anhand von grenzschutztechnischen Problemstellungen ihre Interoperabilität. Neben der Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Krisensituationen an der Grenze dienten die Übungen auch der Stärkung der Kapazitäten Kirgisistans im Umgang mit terroristischen Bedrohungen und Katastrophen.

FÖRDERUNG DES POTENZIALS JUNGER MENSCHEN UND VON JUGENDINITIATIVEN IN DER REGION

Als Teil seiner Bemühungen im Bereich demokratische Regierungsführung leistete das Zentrum Hilfestellung bei verschiedenen Jugendinitiativen in Kirgisistan und der weiteren Region. Bei einem vom Zentrum im Rahmen des regionalen Zentralasiatischen Jugendnetzwerks veranstalteten Workshop kamen etwa 40 Jugendliche aus fünf zentralasiatischen Staaten sowie aus der Mongolei und Afghanistan zusammen. Dies war ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der interregionalen Zusammenarbeit und der Kenntnisse von Schülern über die Aktivitäten der OSZE. Mit dem gleichen Ziel bildete das Zentrum 20 angehende Beamte aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan in strategischer Planung aus.

UMSETZUNG DER AARHUS-KONVENTION IN KIRGISISTAN

Auch 2016 setzte das OSZE-Zentrum in Bischkek seine Unterstützung für die Aarhus-Zentren in Kirgisistan fort. Durch die Verbreitung von Umweltinformationen und die Durchführung von Ausbildungs- und Schulungsaktivitäten wurde das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Behörden geschärft. Eine der Errungenschaften war die Eröffnung des Ausbildungszentrums in Osh, das zur Verbesserung des Umwelt-Monitoring beitrug und Ausbildungskurse für Richter über Rechtsvorschriften im Umweltbereich anbot. Über 400 Einheimische nahmen an den Kursen teil und besuchten öffentliche Hearings zu Umwelt und Umweltschutz sowie zum Thema Katastrophenvorsorge.

UNTERSTÜTZUNG DER REFORM DES STRAFVOLLZUGSSYSTEMS

- Seit der Gründung des Ausbildungszentrums für Strafvollzugspersonal im Jahr 2011 durch das Zentrum konnten landesweit über 5 500 Mitarbeiter von Strafvollzugsanstalten ihre beruflichen Qualifikationen verbessern
- 2016 wurden an die 20 Ausbildungsaktivitäten in verschiedenen Bereichen angeboten, darunter in EDV sowie Prävention, Aufhebung von Missständen und Arbeit mit Gefangenen, die eine lebenslange Haftstrafe verbüßen
- über 690 Mitarbeiter, die im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe tätig sind, erhielten eine fachliche Weiterbildung
- alle 32 Leiter der geschlossenen Einrichtungen nahmen an einer Ausbildung für Führungskräfte teil
- die aktive Beteiligung des Zentrums und seine intensive Zusammenarbeit mit dem staatlichen Strafvollzug verdeutlichen seinen wertvollen Beitrag zur Strafrechtsreform in Kirgisistan.

DIE OSZE-AKADEMIE IN BISCHKEK

Als regionale Bildungs- und Forschungsinstitution setzte sich die OSZE-Akademie in Bischkek weiterhin für die Förderung von Dialog, regionaler Zusammenarbeit, Konfliktprävention und guter Regierungsführung in Zentralasien ein. Auch wenn die Studierenden vorwiegend aus den fünf zentralasiatischen Staaten kommen, bewerben sich Interessenten aus Afghanistan, der Mongolei und anderen Ländern weltweit. 2016 registrierte die Akademie eine Rekordzahl an Anmeldungen (rund 1 200) für ihre beiden MA-Studiengänge „Politik und Sicherheit“ und „Wirtschaftspolitische Steuerung und Entwicklung“.

PARTNERSCHAFTEN

Das Zentrum veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem von der EU finanzierten Grenzmanagementprogramm für Zentralasien und anderen lokalen und internationalen Akteuren eine regionale Konferenz über Grenzsicherheit. Es kooperierte bei Themen wie Korruption, Polizeireform, parlamentarische Zusammenarbeit, Ermächtigung von Frauen, Unterstützung der Umwelt und Bekämpfung des Menschenhandels mit UNODC, UNDP, dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), UNICEF, der deutschen Entwicklungsagentur GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH), dem *International Republican Institute IRI* und der Internationalen Organisation für Migration IOM ein.

DAS BÜRO IN TADSCHIKISTAN

Leiter des Büros: **Botschafter Markus Müller** (bis Juli 2016) und **Botschafterin Tuula Yrjölä** (seit Oktober 2016)

Haushalt: 7 756 300 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 3 167 330 (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 28, lokal 193

www.osce.org/tajikistan

2016 erstreckten sich die Aktivitäten des Büros in Tadschikistan auf alle drei OSZE-Dimensionen, mit den besonderen Schwerpunkten auf der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und gewalttätigem Extremismus, der Stärkung des Grenzschutzes und der Hilfestellung bei der humanitären Minenräumung. Das Büro leistete Beiträge zur Wasser- und Energieversorgungssicherheit, der Teilhabe von Frauen am politischen Leben und der Gleichstellung der Geschlechter und half dem Gastland bei der Entwicklung sozialer Dienste für Opfer häuslicher Gewalt und des Menschenhandels. Auch afghanische Amtskollegen wirkten 2016 an den Ausbildungsaktivitäten mit.

VERHÜTUNG VON GEWALTTÄTIGEM EXTREMISMUS UND RADIKALISIERUNG, DIE ZU TERRORISMUS FÜHREN (VERLT)

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Strafvollzugsbehörden engagierte sich das Büro für die Verhütung und Bekämpfung von extremistischem Gedankengut und organisierter Kriminalität. 2016 konzentrierte sich das Büro bei seinen VERLT-Aktivitäten besonders auf die Landbevölkerung, da diese zu den Gruppen der Gesellschaft gehört, die am anfälligsten für extremistische Ideologien sind.

Das Büro bot örtlichen religiösen Oberhäuptern, Vertretern der Zivilgesellschaft und Strafvollzugsbeamten Diskussionsplattformen zur Entwicklung wirksamer Narrativen gegen die Anstiftung zu und Verbreitung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus. Darüber hinaus ermöglichte das Büro Staatsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft die Teilnahme an verschiedenen regionalen und internationalen Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten mit dem Ziel, VERLT in einem dimensionenübergreifenden Ansatz zu verhüten und bekämpfen.

GRENZSCHUTZ

Das Büro setzte seine Aktivitäten zum Aufbau der Kapazitäten der Grenzbeamten Tadschikistans und seiner Nachbarländer fort. 2016 bildete das Büro 343 Grenzbeamte für die Überwachung von Personenbewegungen in Grenzgebieten aus, unter ihnen auch 47 Grenzpolizisten aus Afghanistan und 18 Mann der Grenztruppe aus Kirgisistan.

HUMANITÄRE MINENRÄUMUNG

2016 säuberte das Büro in Zusammenarbeit mit dem Tadschikischen Zentrum für Minenräumung 295 671 Quadratmeter Land. Die Minenräumtruppe fanden und zerstörten 493 Antipersonenminen und 742 Blindgänger. Seit 2009 wurden über 2 Millionen Quadratmeter kontaminierter Böden gesäubert. Tadschikistan strebt an, bis 2020 die Verpflichtungen des Übereinkommens von Ottawa zu erfüllen, um ein minenfreies Land zu werden. Im September starteten das Büro und das Zentrum in den betroffenen Grenzgebieten zu Afghanistan im Süden und zu Usbekistan im Westen eine Aufklärungskampagne über Minenrisiken und ihre Vermeidung und warnte die Zivilbevölkerung vor Gefahren, die von Sprengstoffen ausgehen.

SICHERHEIT DER WASSER- UND ENERGIEVERSORGUNG

2016 führte das Büro in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wasser- und Energieressourcen auf nationaler und regionaler Ebene Aktivitäten im Bereich Wasserressourcenmanagement und erneuerbare Energien durch. Nach Aufnahme des Programms für die Reform der Wasserwirtschaft durch das Gastland veranstaltete das Büro Ausbildungen für integriertes Wasserressourcenmanagement. Ferner arbeitete es an der Entwicklung von Vorschriften für Dammsicherheit und unterstützte die Forschungsarbeiten im Bereich Klimawandel und Naturgefahren in Flussgebieten. Das Büro trat mit Nachdruck für die Fertigstellung des Baus zweier Kleinwasserkraftwerke im Osten Tadschikistans und den Anschluss entlegener Ortschaften an das nationale Stromnetz ein.

POLITISCHE TEILHABE VON FRAUEN

Um in allen Bereichen des öffentlichen und politischen Lebens die Teilhabe von Frauen sicherzustellen, unterstützt das Büro eine Arbeitsgruppe von Politikerinnen aus allen etablierten Parteien, an der auch junge Aktivistinnen, Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, nationale Genderexperten und Jugendliche teilnehmen.

Das Büro gab auch den Anstoß zu fünf regionalen Foren für weibliche Führungskräfte, bei denen Politiker, Vertreter von Behörden und Gemeinschaften darüber diskutierten, wie die Teilhabe von Frauen am politischen Leben gefördert werden kann. Zwei Studienbesuche in Albanien und Serbien boten Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über Rechtsvorschriften für Genderquoten und die Umsetzung der nationalen Aktionspläne zu UNSCR 1325.

FRAUENRESSOURCENZENTREN

Das Büro unterstützt ein Netz von Frauenressourcenzentren (WRC) an 18 Standorten im ganzen Land. Diese helfen Frauen, die in Schwierigkeiten geraten sind, und fördern die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Ermächtigung von Frauen und Mädchen. Die WRC bieten Rechtshilfe auf Ebene der Gemeinschaften, psychologische Beratung und berufliche Ausbildung. Über Bildungsprogramme leisten sie einen Beitrag zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Menschenhandel. Die mit Unterstützung des Büros eingerichteten gendersensiblen Polizeieinheiten des Innenministeriums arbeiten eng mit den WRC zusammen. Von 2011 bis 2016 leisteten die WRC über 40 000 Frauen in Not individuelle Hilfestellung.

DIE STABSAKADEMIE FÜR GRENZMANAGEMENT – EINE PLATTFORM FÜR ERFAHRUNGSAUSTAUSCH UND ZUSAMMENARBEIT

Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) bietet ein breites Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten für Grenzschutz- und Grenzmanagementbeamte des mittleren und höheren Dienstes aus Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnerländern.

2016 veranstaltete die BMSC 22 Aus- und Weiterbildungen, darunter 18 themenspezifische Kurse, zwei Stabslehrgänge, ein sechsmonatiges Train-the Trainer-Programm und einen einjährigen *Blended-Learning-Kurs* für leitende Führungskräfte. Insgesamt schlossen 460 Teilnehmer aus 26 Ländern, darunter 86 Frauen, eine Ausbildung an der Stabsakademie ab.

Darüber hinaus erweiterte die Stabsakademie ihr Ausbildungsprogramm durch die Abhaltung von Podiumsdiskussionen über Afghanistan, regionale Sicherheit aus zentralasiatischer Sicht und das Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer.

PARTNERSCHAFTEN

In Zusammenarbeit mit dem UNDP und der IOM führte das Büro eine Evaluierung der mit Unterstützung der OSZE entwickelten nationalen Grenzmanagementstrategie durch, um die erreichten Fortschritte und die Herausforderungen bei der weiteren Umsetzung zu ermitteln.

Gemeinsam mit dem Regionalen Umweltzentrum für Zentralasien und *Mercy Corps Afghanistan* hielt das Büro für einen Wassernutzerverband einen Ausbildungskurs über die landwirtschaftliche Wasserbewirtschaftung ab. Das Büro und UNHCR vertieften ihre Zusammenarbeit zur Frage der Staatenlosigkeit. Die BMSC setzte ihre Kooperation mit DCAF, UNODC, dem Projekt für Grenzmanagement in Nordafghanistan und dem Exportkontroll- und damit verbundenen Grenzschutzprogramm des Außenministeriums der Vereinigten Staaten fort.

DER PROJEKTKOORDINATOR IN USBEKISTAN

Projektkoordinator: **Botschafter György Szabó** (bis Februar 2016) **und Botschafter John MacGregor** (seit Mai 2016)

Haushalt: 2 112 300 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 33 711 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 3, lokal 23

www.osce.org/uzbekistan

2016 setzte der OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan seine Unterstützung für die Bemühungen seines Gastlandes zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, zur Förderung von Transparenz in der Regierungsführung und zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche sowie des Menschen- und Drogenhandels fort.

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Der Projektkoordinator unterstützte Usbekistan weiterhin in der Terrorismusbekämpfung und veranstaltete dazu nationale Workshops über die Umsetzung weltweit gültiger Rechtsinstrumente gegen den Terrorismus, die Abwehr der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke und die Förderung eines Konzepts für bürgernahe Polizeiarbeit im Hinblick auf die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT). Über 130 Regierungsbeamte und Experten der Zivilgesellschaft sowie internationale Fachleute nahmen an den Diskussionen und am Erfahrungsaustausch teil. Ziel der Veranstaltungen war es zu betonen, wie wichtig die Einbindung der Gemeinschaft durch die Einrichtung von Partnerschaften zwischen Polizei und Öffentlichkeit ist, um proaktive Problemlösungen zur Verhütung und Bekämpfung von VERLT zu entwickeln.

Gemeinsam mit dem nationalen Drogenbekämpfungszentrum unterstützte der Projektkoordinator die Umsetzung eines nationalen Antidrogenprogramms mit dem Schwerpunkt auf landesweiten Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Drogen und chemischen Vorläufersubstanzen.

FÖRDERUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG

Der Projektkoordinator unterstützte die nationalen Behörden weiter bei der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie bei der Erhöhung der Transparenz der Wirtschaftsgerichte.

2016 wurde der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Verbesserung der Kommunikationskanäle zwischen Regierung und Öffentlichkeit größere Aufmerksamkeit zuteil. Eine landesweite Kampagne zur Förderung von Null-Toleranz für Korruption stieß auf beachtliche Resonanz in der Öffentlichkeit.

Ferner leistete der Projektkoordinator Unterstützung durch Kapazitätsaufbau, den Austausch vorbildlicher Verfahren und die Einrichtung einer Diskussionsplattform für den Prozess zur Entwicklung neuer Antikorruptionsgesetze.

FÖRDERUNG EINER „GRÜNEN“ WIRTSCHAFT

Der Projektkoordinator trug zur Förderung einer „grünen“ Wirtschaft im Gastland bei, indem er einen Austausch vorbildlicher Verfahren zwischen Österreich und Usbekistan ermöglichte und nationalen Akteuren bei der Entwicklung grüner Wirtschaftsstrategien direkte Hilfestellung bot. Ferner richtete der Projektkoordinator in verschiedenen Teilen des Landes Standorte ein, an denen die Nutzung umweltverträglicher Transportmittel und erneuerbarer Energie vorgeführt wird und die eine Pilotfunktion für die weitere Entwicklung in Richtung grüne Wirtschaft übernehmen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Förderung eines umweltfreundlichen Tourismus in Usbekistan. Der Projektkoordinator moderierte Diskussionen über Herausforderungen und Chancen bei der Entwicklung eines Ökotourismus in Usbekistan, so auch über die erforderliche Infrastruktur und die notwendigen regulatorischen und institutionellen Reformen in diesem Bereich.

ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

In Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Institut für die Begleitung des Aufbaus einer Zivilgesellschaft begann der Projektkoordinator 2016 mit der Durchführung einer Erhebung in den ländlichen Gebieten der Regionen Buchara, Choresmien, Surchandarja, Fergana und Schisach sowie in der usbekischen Hauptstadt Taschkent, um die Herausforderungen in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Einrichtungen und der Bevölkerung zu ermitteln. Die Erhebung trug dazu bei herauszufinden, inwieweit die Menschen ihre Rechte in politischer und rechtlicher Hinsicht kennen, Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Interaktionsmechanismen vorzuschlagen und praktische Hilfsmittel zur Verbesserung der Kommunikationskanäle zwischen Bürgern und staatlichen Organen zu entwickeln.

FÖRDERUNG VON E-LEARNING

Der Projektkoordinator bot Unterstützung für eine berufsbegleitende Ausbildung in Menschenrechten und die Förderung einer E-Learning-Methode an Ausbildungseinrichtungen für Strafvollzugsbehörden und den Justizsektor. Experten aus den Vereinigten Staaten und Schweden stellten Dozenten für höhere Ausbildungseinrichtungen für die Generalstaatsanwaltschaft und für das Ausbildungszentrum des Justizministeriums für Anwälte zur Verfügung, die maßgeschneiderte Kurse und Online-Beratung zur Entwicklung von Fernkursen durchführten. Die interessierten Institutionen erhielten ferner technische Unterstützung für Einführungen ins E-Learning auf fortgeschrittenem Niveau für Staatsanwälte, Richter und Strafverteidiger.

PARTNERSCHAFTEN

Der Projektkoordinator in Usbekistan kooperierte mit internationalen Partnern: mit dem VN-Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und UNODC im Kampf gegen VERLT, illegalen Drogenhandel und andere grenzüberschreitende Bedrohungen; mit dem *Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs* des amerikanischen Außenministeriums im Zuge eines nationalen Ideenwettbewerbs für Korruptionsbekämpfung; mit dem österreichischen Umweltbundesamt bei der Organisation eines Austausches vorbildlicher Verfahren im Bereich der „grünen“ Wirtschaft; und mit dem UNDP bei der Umsetzung internationaler Standards für juristische Ausbildung und den Ausbau der Kompetenzen nationaler Menschenrechtseinrichtungen.

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT DURCH PARTNERSCHAFTEN

Die Sicherheit im OSZE-Raum ist untrennbar mit der Sicherheit in den angrenzenden Regionen verbunden und kann durch Dialog und gemeinsame Normen und Verpflichtungen sowie durch Wissenstransfer gestärkt werden. Deshalb unterhält die OSZE privilegierte Beziehungen zu 11 Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum und baut ihr ausgedehntes Netz von kooperativen Beziehungen zu anderen internationalen und regionalen Organisationen laufend weiter aus.

DIE PARTNER IN ASIEN UND IM MITTELMEERRAUM

DIE KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN

Die OSZE/Asien-Partnerschaft bildete 2016 wieder eine robuste Plattform für den Austausch von Erfahrungen und den daraus gewonnenen Erkenntnissen zu Fragen von beiderseitigem Interesse, wobei sie insbesondere dem Ziel diene, die asiatischen Partner stärker in den politischen Dialog und die Aktivitäten der OSZE einzubinden (vgl. Abschnitt über die Asien-Kontaktgruppe).

Die Kooperationspartner in Asien trugen wieder aktiv zum OSZE-Dialog bei und stellten erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen für die Tätigkeit der Organisation zur Verfügung, unter anderem für die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement, das Engagement der OSZE in der Ukraine, das Engagement der OSZE in Afghanistan und Wahlbeobachtungsmissionen des ODIHR.

Der OSZE-Generalsekretär förderte das ganze Jahr über den aktiven politischen Dialog mit den Kooperationspartnern in Asien. In seinen Kontakten mit ranghohen Regierungsbeamten aus Afghanistan, Japan, der Republik Korea und Thailand verwies Generalsekretär Zannier auf die Erfahrung der OSZE und bekräftigte die Bereitschaft der Organisation, ihre Erfahrung und ihre Instrumente zur Förderung von nachhaltiger und umfassender Sicherheit an sie weiterzugeben. Er nahm auch an der OSZE/Asien-Konferenz 2016 über die Stärkung der umfassenden Sicherheit am 6. und 7. Juni 2016 in Bangkok teil, bei der Überlegungen darüber angestellt wurden, wie regionale Organisationen die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützen können.

Der Generalsekretär trug auch zum weiteren Engagement der OSZE in Afghanistan bei. Am Rande eines Treffens der Asien-Kontaktgruppe zum Thema „Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in Afghanistan – Bedrohungen in Chancen für die jüngere Generation umwandeln“ traf er mit dem Stellvertretenden Außenminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Islamischen Republik Afghanistan, Adela Raz, zusammen. Dabei erklärte der Generalsekretär die Bereitschaft des Sekretariats, einen programmatischeren Fahrplan auszuarbeiten, der auch Kooperationsprojekte in den Bereichen Bildung und wirtschaftliche Zusammenarbeit beinhaltet, die vor allem jungen Menschen in Afghanistan zugutekommen würden.

Das OSZE-Sekretariat leistete bei diversen Treffen und Veranstaltungen der asiatischen Partnerländer Beiträge zu Diskussionen über Grenzmanagement, vertrauensbildende

Maßnahmen im Bereich der Cyber-Sicherheit, Bemühungen zum Schutz von kritischer Infrastruktur vor Terroranschlägen und Sicherheitsfragen neuen Typs.

DER PARTNERSCHAFTSFONDS

Der Partnerschaftsfonds finanziert gemeinsame Aktivitäten und übernimmt die Kosten für die Teilnahme von Vertretern der Partnerstaaten an OSZE-Veranstaltungen.

Mittelzusagen seit seiner Einrichtung 2007: **1 942 156 EUR**

Mittelzusagen 2016: **363 124 EUR**

Anzahl der geförderten Teilnehmer an OSZE-Aktivitäten aus Partnerstaaten 2016: **93**

SEIT SEINER EINRICHTUNG ENTWICKELTE PROJEKTE: **45**

Davon abgeschlossen: **38**

2016 DURCHGEFÜHRTE PROJEKTE: **7**

4 neue Projekte

3 mehrjährige Projekte

DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

Die Partnerschaft zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum vertiefte sich 2016, als die Teilnehmer- und die Partnerstaaten sich auf gemeinsame Herausforderungen und Anliegen konzentrierten, von der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, bis zur Bewältigung der Migranten- und Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer. Mittelmeerfragen standen bei mehreren hochrangigen Veranstaltungen auf der Tagesordnung, darunter die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz und die Mittelmeerkonferenz am 5. und 6. Oktober in Wien, an der auch mehrere Minister teilnahmen.

Der österreichische Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe setzte das begonnene verstärkte Engagement im Berichtszeitraum fort. Es gab Treffen in verschiedenen Formaten zu den Themen Jugend, Migration, Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen sowie zu Beschäftigung und wirtschaftlicher Entwicklung. Der österreichische Vorsitz sondierte auch neue Formate. Eine gemeinsam mit Spanien und mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats organisierte Sonderveranstaltung in Madrid sollte die Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner dazu veranlassen, die Lage in Libyen und die Zukunft ihrer Partnerschaft zu erörtern, darunter auch mögliche Neuerungen hinsichtlich des Formats und der Modalitäten (vgl. den Abschnitt über die Mittelmeer-Kontaktgruppe).

Vertreter der Kooperationspartner im Mittelmeerraum waren das ganze Jahr hindurch an Projekten und Workshops des OSZE-Sekretariats zu Themen wie nachhaltige Energie, demokratische Kontrolle der Streitkräfte und Grenzsicherheit beteiligt. Die Partnerländer wurden auch eingeladen, Teilnehmer zur ersten von drei simulationsgestützten Übungen zur Bekämpfung des Menschenhandels entlang von Migrationsrouten vom 14. bis 18. November 2016 im *Centre of Excellence for Stability Police Units* in Vicenza (Italien) zu entsenden.

Der Generalsekretär engagierte sich wie bisher auch selbst im Dialog mit den Mittelmeer-Partnern, unter anderem durch Förderung ihrer Teilnahme an den OSZE-Sicherheitstagen.

Das Track-II-Netzwerk *New-Med (New Mediterranean)* förderte kreatives Denken über die Mittelmeer-Kooperation durch Unterstützung von Debatten zur Migrationssteuerung, zum interkulturellen Dialog und zur Bedeutung der KSZE/OSZE-Erfahrung für die MENA-Region (Nahost und Nordafrika). *New-Med* lancierte auch einen Appell an die Jugend, negativen Diskursen zu Migration und Integration eigene Narrative entgegenzusetzen.

ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN UND REGIONALEN ORGANISATIONEN

DER GENERALSEKRETÄR

VEREINTE NATIONEN (VN)

Die Partnerschaft zwischen VN und OSZE wurde im Jahr 2016 weiter gestärkt. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich schwerpunktmäßig auf Bereiche wie Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, Abrüstung und grenzüberschreitende Bedrohungen, Toleranz und Nicht-Diskriminierung sowie Frauen, Frieden und Sicherheit. Auf Initiative des OSZE-Generalsekretärs eröffnete das VN-Sekretariat ein Verbindungsbüro für Frieden und Sicherheit in Wien, das den institutionellen Dialog zwischen den beiden Sekretariaten stärken soll.

Der Generalsekretär vertrat auch weiterhin die OSZE bei mehreren VN-Veranstaltungen und leistete aktiv Beiträge. Darunter waren der erste Humanitäre Weltgipfel und das hochrangige Treffen der VN-Generalversammlung zu Flüchtlingen und Migranten. In seinen Vorträgen betonte Generalsekretär Zannier die unverzichtbare Rolle regionaler Organisationen wie der OSZE für die Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung sowie die Förderung einer guten Gestaltung und Steuerung von Migration.

Auf operativer Ebene brachte das Jahr 2016 die erfolgreiche Verlängerung des OSZE/UNODC-Aktionsplans um weitere zwei Jahre, und die bestehenden Kooperationsabkommen mit der VN-Familie, darunter UNDP, UNODA und UNHCR, wurden weiter umgesetzt.

EUROPARAT

Die Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelte sich in den vier vereinbarten Bereichen – Toleranz und Nichtdiskriminierung, Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung des Terrorismus und Bekämpfung des Menschenhandels – stetig weiter. In diesem Rahmen boten die zweimal im Jahr stattfindenden Treffen der Europarat/OSZE-Koordinierungsgruppe eine gute Gelegenheit zur gemeinsamen Erörterung unterschiedlichster Fragen von beiderseitigem Interesse. Die Gruppe rief dazu auf, bei den von beiden Organisationen unternommenen Initiativen in der Flüchtlings- und Migrationsfrage mittel- und langfristig verstärkt Synergien zu nutzen.

In vielen Bereichen entwickelten sich intensive und regelmäßige Kontakte zwischen Experten, zum Beispiel zu Fragen der Förderung der Menschenrechte und der Demokratisierung, zu Gesetzesreformen, zur Wahlbeobachtung, Medienfreiheit, Geschlechtergleichstellung, zu Strategien gegen Geldwäsche und zu weiteren Fragen von gemeinsamem Interesse.

Dank der bewährten Praxis eigener Briefings über die Schwerpunkte der jeweiligen Vorsitze haben sich die politischen Kontakte intensiviert.

EUROPÄISCHE UNION (EU)

Die Krise in und um die Ukraine und die politischen Entwicklungen in Südosteuropa waren neben anderen Fragen Gegenstand eines regelmäßigen Austauschs mit EU-Institutionen. Wie auch in den vergangenen Jahren fand am 25. April in Wien ein Meinungsaustausch zwischen den Botschaftern des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU und dem Sekretariat statt, und die jährlichen Konsultationen mit der Generaldirektion Nachbarschafts-

politik und Erweiterungsverhandlungen der EU-Kommission wurden im September abgehalten. Am 30. August sprachen der Generalsekretär und der Sonderbeauftragte des deutschen OSZE-Vorsitzes, Gernot Erler, vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Die jährlichen Gespräche auf Mitarbeitererebene zwischen dem Sekretariat und dem Europäischen Auswärtigen Dienst fanden am 22. Juni in Brüssel statt. Im Frühling 2016 wurde im Außenministerium des Königreichs Belgien ein neues OSZE-Verbindungsbüro zu Brüssel mit schlanker Struktur eingerichtet, das die Koordination und Synergien mit den EU-Institutionen erleichtern soll.

NORDATLANTIKVERTRAGS-ORGANISATION (NATO)

Die Ernennung eines Persönlichen Beauftragten des NATO-Generalsekretärs für die OSZE im Juni 2016 signalisierte das Interesse des Bündnisses an der OSZE und trug zur Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Sekretariaten bei. Das jährliche OSZE/NATO-Treffen auf Mitarbeitererebene am 10. und 11. November in Wien gab Gelegenheit zum interaktiven Austausch von Meinungen und Methoden in Fragen von beiderseitigem Interesse. Außerdem nahm die NATO am 3. Oktober 2016 im Rahmen der OSZE-Sicherheitstage an einem hochrangig besetzten Runden Tisch in Wien teil, der für die militärische Vertrauensbildung, die Verminderung der Risiken und die Rüstungskontrolle in Europa neue Impulse setzen sollte. Im Laufe des Jahres hatte der Generalsekretär Gelegenheit, sich mit mehreren offiziellen NATO-Vertretern über Schlüsselfragen der europäischen Sicherheitsagenda auszutauschen.

ANDERE ORGANISATIONEN

Der Generalsekretär pflegte Kontakte zu den Leitern vieler regionaler Organisationen, um die Beziehungen zu vertiefen und nach Synergien in ihrer Arbeit zu gemeinsamen Herausforderungen zu suchen. Zu diesem Zweck führte er Gespräche mit Vertretern der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) über Sicherheitsfragen und über Wege zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Vertreter der OVKS nahmen an der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz in Wien und am Ministerratstreffen in Hamburg teil.

Das Sekretariat baute seine praktische Zusammenarbeit mit der Zentraleuropäischen Initiative aus, was zur Durchführung gemeinsamer Projekte führte, und verstärkte den Austausch unter anderem mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien und dem Verband Südostasiatischer Nationen. Die Kontakte mit der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit hatten das Ziel, Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung auszuloten.

DURCHFÜHRUNGSORGANE UND PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

DAS SEKRETARIAT

DAS KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM

Das KVZ setzte seine enge Zusammenarbeit mit den VN und der EU im Kovorsitz der Internationalen Genfer Gespräche sowie die Zusammenarbeit mit der EU-Beobachtermission in Georgien als Kovermittler der Treffen im Rahmen des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen fort. In Zentralasien nahm das KVZ eine trilaterale Zusammenarbeit auf Arbeitsebene mit der EU und dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien auf, in deren Rahmen auch bilaterale Aktivitäten durchgeführt werden, etwa die Kooperation zwischen EU und OSZE zur Prävention von Radikalisierung und zur Unterstützung für die Durchführung demokratischer Wahlen.

2016 kam das KVZ einer Einladung der OVKS nach, die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene mit dieser Organisation in konkreten Fragen, etwa zur Krisenreaktion, neu zu beleben. Im September nahm der Direktor des KVZ am ersten trilateralen Treffen (OVKS, KVZ und Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien) im OVKS-Sekretariat in Moskau teil. Dabei kam es zu einem Meinungsaustausch über Krisenmanagement und einzelne Organisationen berichteten über ihre Bemühungen um die Stärkung von Frieden und Stabilität in Eurasien.

Das KVZ steht auch in regelmäßigem Kontakt mit der NATO, UNHCR und der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDPA), mit denen es Informationen über politisch-militärische Entwicklungen in den Ländern der Region austauscht.

Zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem Sicherheitssektor arbeitete die Abteilung FSK-Unterstützung des Zentrums eng mit UNODA, UNODC, UNDP, NATO, der Sachverständigengruppe nach Resolution 1540, der EU, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und dem Wassenaar-Arrangement zusammen.

Der gemeinsame Arbeitsplan mit der Gruppe für Vermittlungsunterstützung der UNDPA wurde im Juli 2016 aktualisiert. Das KVZ leistete einen Beitrag zu der VN/EU-Klausur technischer Sachverständiger im November 2016 zum Thema „Vermittlungsunterstützung in zwischenstaatlichen Organisationen“.

DIE ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Im Bereich Terrorismusbekämpfung setzte die Abteilung grenzüberschreitende Bedrohungen ihre enge Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen fort, darunter mit den VN, dem Globalen Forum „Terrorismusbekämpfung“, der EU, der NATO und der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit zur Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus. An der OSZE-weiten Antiterrorismus-Konferenz 2016 über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, nahmen 18 internationale und regionale Organisationen, über 60 zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Vertreter der Wissenschaft und Jugend teil.

2016 bot die Abteilung grenzüberschreitende Bedrohungen in Zusammenarbeit mit FRONTEX, INTERPOL, dem Zentrum der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus, mit UNHCR und UNODC Kapazitätsaufbau im Bereich Grenzsicherheit und Grenzmanagement an. Das Angebot erstreckte sich auch auf behördenübergreifende und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umgang mit den Grenzübertritten ausländischer terroristischer Kämpfer, das Vorgehen gegen illegalen grenzüberschreitenden Handel mit dem besonderen Schwerpunkt unregelmäßige Migration und Nutzung neuer Technologien.

Bei den polizeibezogenen Aktivitäten arbeitete die Abteilung grenzüberschreitende Bedrohungen eng mit UNODC im Rahmen des Gemeinsamen Aktionsplans 2016 – 2017 der beiden Organisationen zusammen. Andere wichtige Partner waren CEPOL (Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung), OVKS, Europarat, Europol, INTERPOL und SELEC (Südosteuropäisches Zentrum für Strafverfolgung). Alle Aktivitäten der Abteilung im Bereich Menschenhandel und migrationsbezogene Kriminalität wurden vom Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels koordiniert und in Kooperation mit UNODC und IOM organisiert.

DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE (OCEEA)

Auf dem Gebiet der Wirtschaft widmete sich das OCEEA in Partnerschaft mit dem UNODC, dem Netzwerk für Korruptionsbekämpfung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Weltbank, der FATF, der Eurasischen Gruppe und OLAF (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung) der Förderung von guter Regierungsführung sowie der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

In Verkehrsfragen arbeitete das OCEEA auch mit der Wirtschaftskommission der VN für Europa (UNECE), in Zollfragen mit der Weltzollorganisation (WZO) und im Bereich Arbeitsmigration mit der IOMA und IAO zusammen.

Rund 25 verschiedene internationale Organisationen waren 2016 in den Prozess des Wirtschafts- und Umweltforums eingebunden.

Das OCEEA hatte 2016 den Vorsitz der ENVSEC-Initiative inne und befasste sich in dieser Funktion aktiv gemeinsam mit seinen Partnern aus dem UNDP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, der Wirtschaftskommission der VN für Europa und dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa mit der Stärkung des Sicherheitsschwerpunkts im ENVSEC-Arbeitsprogramm und der Erhöhung der Sichtbarkeit der Partnerschaft.

Im Bereich Energiesicherheit arbeitete das OCEEA eng mit den Netzwerken der Energiegemeinschaft und des *Vienna Energy Club* zusammen und ging eine Partnerschaft mit der UNECE und dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA) ein.

DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels stand 2016 in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Partnern.

Dazu zählten neben anderen die italienischen Carabinieri und ihr *Centre of Excellence for Stability Police Units* (Organisation und Durchführung der ersten simulationsgestützten Übung zur Bekämpfung des Menschenhandels entlang von Migrationsrouten), der Europarat (Abhaltung einer Parallelveranstaltung zum Thema „Identifikation von Opfern des Menschenhandels in Haftzentren“ im Zuge der 16. Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel) sowie der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX, mit der das Büro gemeinsam einen Aus- und Fortbildungskurs für Grenzschutz- und Küstenwachpersonal zum Thema Grundrechte veranstaltete.

Zusammen mit der österreichischen interministeriellen Taskforce zur Bekämpfung des Menschenhandels wurde auch eine Konferenz über Schwachstellen und neue Entwicklungen im Menschenhandel ermöglicht.

Schließlich unterstützte das Büro gemeinsam mit UNODC, der IOM, der israelischen *MASHAV*, dem *Institute of Advanced Judicial Studies* in Jerusalem und der Abteilung für die Bekämpfung des Menschenhandels im israelischen Justizministerium einen Ausbildungskurs über die entscheidende Rolle der Justiz bei der Bekämpfung des Menschenhandels.

DIE ABTEILUNG GENDERFRAGEN

Die Abteilung Genderfragen setzte die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen und -institutionen fort, wie mit dem *Institute for Inclusive Security* (Organisation der von der OSZE unterstützten Akademie für Nationale Aktionspläne), der Folke Bernadotte Akademie (Abhaltung einer Diskussionsrunde mit Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern der OSZE über gemeinsame Bemühungen zur Umsetzung von UNSCR 1325), dem UNODC, dem *Academic Council of the United Nations System*, dem Büro des VN-Sonderbericht-erstatteters über Gewalt gegenüber Frauen und mit „Frauen gegen Gewalt Europa“ (Unterstützung eines Symposiums zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen). Die Abteilung Genderfragen kooperierte ferner mit KVINFO, dem dänischen Zentrum für Gender, Gleichstellung und Ethnizität (Mentoring-Netzwerke im OSZE-Raum) und mit der Organisation *European Movement Serbia* (Veranstaltung eines Aus- und Fortbildungskurses für den Aufbau von Mentoring-Netzwerken in der Ukraine). VN-Frauen, UNDP, der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, die EU und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen würdigten die Bedeutung der OSZE-Studie zu Wohlstand und Sicherheit im OSZE-Raum im globalen Kontext.

DIE HOHE KOMMISSARIN FÜR NATIONALE MINDERHEITEN (HKNM)

Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten (HKNM) arbeitete auch 2016 eng mit internationalen Organisationen zusammen, darunter mit den VN, der EU und dem Europarat. 2016 nahm die HKNM unter anderem am hochrangigen Seminar des Europarats über die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in kulturell vielfältigen Gesellschaften, am Kongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen 2016 sowie dem Grundrechteforum der Europäischen Agentur für Grundrechte teil und besuchte das VN-Sekretariat anlässlich ihres Aufenthalts in New York im April.

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE (ODIHR)

Das ODIHR arbeitete wie bisher eng mit dem Europarat in den Bereichen legislative Unterstützung, demokratische Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zusammen. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) gab es ein Rechtsgutachten zu Gesetzen zur menschlichen Dimension ab. In

Partnerschaft mit parlamentarischen Delegationen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments führte das ODIHR regelmäßig Wahlbeobachtungen durch. Es arbeitet auch mit der Kommission des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, UNHCR und IOM zusammen.

DIE BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Gemeinsam mit Sonderberichterstattem über Meinungsfreiheit (David Kaye für die VN, Edison Lanza für die Organisation der amerikanischen Staaten und Pansy Tlakula für die Afrikanische Kommission zum Schutze der Menschenrechte und der Rechte der Völker) gab die Beauftragte für Medienfreiheit im Mai eine gemeinsame Erklärung über freie Meinungsäußerung und die Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus heraus.

Das Büro der Beauftragten für Medienfreiheit beteiligte sich an einer von der UNESCO organisierten weltweiten Konferenz zum Thema „Die Sicherheit von Medienschaffenden verteidigen“, bei der die teilnehmenden Mitgliedstaaten über Wege zur Verbesserung der Sicherheit von Journalisten sowie Fragen der Straffreiheit berieten. Ferner nahm das Büro an den Aktivitäten in Verbindung mit dem UNESCO Welttag der Pressefreiheit in Helsinki sowie an einer Reihe von Ländertreffen zu Medienfreiheit, darunter ein vom Europäischen Parlament organisiertes Treffen in Kasachstan, teil.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Gemeinsam mit Kollegen aus der OSZE und anderen internationalen Organisationen, mit Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Partnern führte die Parlamentarische Versammlung der OSZE ausführliche Gespräche auf hoher Ebene mit Vertretern der VN, der EU, des Europarats, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Interparlamentarischen Union und der NATO. OSZE-Parlamentarier führten auch diplomatische Besuche im Südkaukasus und in zentralasiatischen Regionen sowie in der Russischen Föderation, der Türkei und der Ukraine durch.

ANHÄNGE

Abkürzungen

ASEAN – Verband Südostasiatischer Nationen
BMSC – Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe
CEPOL – Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung
DCAF – Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte
ENVSEC – Umwelt- und Sicherheitsinitiative
EU – Europäische Union
EULEX Kosovo – Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
Europol – Europäisches Polizeiamt
FAT – Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“
FSK – Forum für Sicherheitskooperation
GID – Internationale Genfer Gespräche
HKNM – Hohe/r Kommissar/in der OSZE für nationale Minderheiten
IKT – Informations- und Kommunikationstechnologie
IKRK – Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IAO – Internationale Arbeitsorganisation
IPRM – Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen
IOM – Internationale Organisation für Migration
IT – Informationstechnologie
KVZ – Konfliktverhütungszentrum
KVINFO – Dänisches Zentrum für Gender, Gleichstellung und Ethnizität
MASHAV – Israelische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit
NATO – Nordatlantikvertrags-Organisation
NGO – Nichtregierungsorganisation(en)
OCEEA – Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE
ODIHR – Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
OLAF – Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung
OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS – Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PV – Parlamentarische Versammlung der OSZE
RHP – Regionales Wohnraumbeschaffungsprogramm
SALW – Kleinwaffen und leichte Waffen
SELEC – Südosteuropäisches Zentrum für Strafverfolgung
SMM – Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine
TNTD – Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen
UNDP – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNDPA – Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen
UNECE – Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
UNEP – Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNICEF – Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNODC – Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung
UNODA – Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
UNSCR – Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
USAID – US-Agentur für internationale Entwicklung

VERLT – Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung,
die zu Terrorismus führen
VBM – Vertrauensbildende Maßnahmen
VN – Vereinte Nationen
VSBM – Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
WRC – Frauenressourcenzentrum

Gesamthaushalt

DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN

GESAMTHAUSHALT 2016 (€)

% VOM GESAMTBETRAG

| | | |
|---|-------------------|------------|
| Sekretariat | 40 858 800 | 29% |
| Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte | 17 225 500 | 12% |
| Hoher Kommissar für nationale Minderheiten | 3 407 600 | 2% |
| Beauftragte für Medienfreiheit | 1 481 600 | 1% |
| DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN GESAMT | 62 973 500 | 44% |

DIE OSZE-FELDOPERATIONEN

Südosteuropa

| | | |
|-------------------------------------|-------------------|------------|
| Mission im Kosovo | 17 942 400 | 13% |
| Aufgaben in Bosnien und Herzegowina | 11 493 300 | 8% |
| Mission in Serbien | 6 365 000 | 4% |
| Präsenz in Albanien | 2 907 900 | 2% |
| Mission in Skopje | 6 346 000 | 4% |
| Mission in Montenegro | 2 146 200 | 2% |
| Südosteuropa gesamt | 47 200 800 | 33% |

Osteuropa

| | | |
|--|------------------|-----------|
| Mission in Moldau | 2 292 000 | 2% |
| Projektkoordinator in der Ukraine | 3 598 800 | 2% |
| Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige | 5 000 | 0% |
| Osteuropa gesamt | 5 895 800 | 4% |

Kaukasus

| | | |
|---|------------------|-----------|
| Büro in Eriwan | 3 030 200 | 2% |
| Hochrangige Planungsgruppe | 257 700 | 0% |
| Minsk-Prozess | 927 500 | 1% |
| Persönlicher Beauftragter des AV für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst | 1 239 200 | 1% |
| Südkaucasus gesamt | 5 454 600 | 4% |

Asia Central

| | | |
|------------------------------------|--------------------|-------------|
| Programmbüro in Astana | 2 148 700 | 2% |
| Zentrum in Aschgabat | 1 602 200 | 1% |
| Zentrum in Bischkek | 6 909 600 | 5% |
| Projektkoordinator in Usbekistan | 2 112 300 | 1% |
| Büro in Tadschikistan | 7 756 300 | 5% |
| Zentralasien gesamt | 20 529 100 | 14% |
| OSZE-FELDOPERATIONEN GESAMT | 79 080 300 | 56% |
| GESAMTBETRAG | 142 053 800 | 100% |

Die SMM ist nicht im Gesamthaushalt enthalten.

Der Gesamthaushalt 2016 wurde gemäß StR-Beschluss Nr. 1197 und Nr. 1220 verabschiedet.

Beiträge der Teilnehmerstaaten

| TEILNEHMERSTAATEN | GESAMTBETRÄGE ZUM GESAMTHAUSHALT 2016 (€) | % DES GESAMTBETRAGS |
|---|---|---------------------|
| Albanien | 88 376 | 0,1% |
| Andorra | 88 376 | 0,1% |
| Armenien | 45 408 | 0,0% |
| Aserbaidshjan | 45 408 | 0,0% |
| Belarus | 193 939 | 0,1% |
| Belgien | 4 722 758 | 3,3% |
| Bosnien und Herzegowina | 88 376 | 0,1% |
| Bulgarien | 357 003 | 0,3% |
| Dänemark | 2 921 351 | 2,1% |
| Deutschland | 15 465 020 | 11% |
| die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | 88 376 | 0,1% |
| Estland | 125 614 | 0,1% |
| Finnland | 2 719 454 | 1,9% |
| Frankreich | 14 651 989 | 10,4% |
| Georgien | 45 408 | 0,0% |
| Griechenland | 1 173 310 | 0,8% |
| Heiliger Stuhl | 88 376 | 0,1% |
| Irland | 1 091 834 | 0,8% |
| Island | 184 287 | 0,1% |
| Italien | 14 651 989 | 10,4% |
| Kanada | 7 643 997 | 5,4% |
| Kasachstan | 256 534 | 0,2% |
| Kirgisistan | 45 408 | 0,0% |
| Kroatien | 201 050 | 0,1% |
| Lettland | 129 805 | 0,1% |
| Liechtenstein | 88 376 | 0,1% |
| Litauen | 129 805 | 0,1% |
| Luxemburg | 478 807 | 0,3% |
| Malta | 92 567 | 0,1% |
| Moldau | 45 408 | 0,0% |
| Monaco | 88 376 | 0,1% |
| Mongolei | 45 408 | 0,0% |
| Montenegro | 45 408 | 0,0% |
| Niederlande | 5 490 132 | 3,9% |
| Norwegen | 2 909 469 | 2,1% |
| Österreich | 3 248 439 | 2,3% |
| Polen | 1 653 500 | 1,2% |
| Portugal | 1 030 820 | 0,7% |
| Rumänien | 444 321 | 0,3% |
| Russische Föderation | 5 532 837 | 3,9% |
| San Marino | 88 376 | 0,1% |
| Schweden | 4 714 376 | 3,3% |
| Schweiz | 3 889 688 | 2,8% |
| Serbien | 96 969 | 0,1% |
| Slowakische Republik | 286 138 | 0,2% |
| Slowenien | 272 719 | 0,2% |
| Spanien | 6 814 762 | 4,8% |
| Tadschikistan | 45 408 | 0,9% |
| Tschechische Republik | 678 587 | 0,5% |
| Türkei | 1 207 261 | 0,9% |
| Turkmenistan | 45 408 | 0,0% |
| Ukraine | 506 916 | 0,4% |
| Ungarn | 662 247 | 0,5% |
| Usbekistan | 242 424 | 0,2% |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 18 322 817 | 13,0% |
| Vereinigtes Königreich | 14 651 989 | 10,4% |
| Zypern | 201 050 | 0,1% |
| Differenz zum Verteilerschlüssel | -56 655 | 0,0% |
| GESAMT | 141 107 600 | 100% |

Außerbudgetäre Mittelzusagen und Ausgaben

Außerbudgetäre Mittelzusagen sind alle 2016 eingegangenen und genehmigten Zusagen.

Außerbudgetäre Ausgaben sind Mittel, die 2016 für alle Projekte, für die es sowohl in diesem Jahr als auch in den vorhergehenden Jahren Zusagen gab, ausgegeben wurden.

| GEBER | GENEHMIGTE ZUSAGE Betrag in € | % |
|--|--|-------------|
| Andorra | 20 000 | 0,04% |
| Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) | 83 710 | 0,18% |
| Central European Initiative (CEI) | 64 920 | 0,14% |
| Deutschland | 7 872 599 | 16,48% |
| Dänemark | 5 347 | 0,01% |
| Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) | 52 837 | 0,11% |
| Europäische Union | 15 802 676 | 33,08% |
| Finnland | 653 000 | 1,37% |
| Frankreich | 200 000 | 0,73% |
| Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) | 105 916 | 0,22% |
| Kosovo Foundation for Open Society (KFOS) | 20 000 | 0,04% |
| Irland | 71 000 | 0,15% |
| Israel | 9 000 | 0,02% |
| Italien | 626 859 | 1,31% |
| Japan | 790 678 | 1,66% |
| Kanada | 641 792 | 1,34% |
| Lettland | 30 000 | 0,12% |
| Liechtenstein | 170 553 | 0,36% |
| Litauen | 39 000 | 0,08% |
| Luxemburg | 110 000 | 0,23% |
| Malta | 25 000 | 0,05% |
| Monaco | 112 500 | 0,24% |
| Niederlande | 1 192 251 | 2,50% |
| Norwegen | 3 188 375 | 6,67% |
| Österreich | 928 554 | 1,94% |
| Polen | 18 490 | 0,04% |
| Schweden | 115 512 | 0,24% |
| Schweiz | 982 931 | 2,06% |
| Slowakei | 20 000 | 0,04% |
| Slowenien | 5 000 | 0,01% |
| Spanien | 25 000 | 0,05% |
| Südkorea | 98 670 | 0,21% |
| Tschechische Republik | 144 900 | 0,30% |
| Türkei | 62 000 | 0,13% |
| Ungarn | 105 000 | 0,22% |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 11 575 227 | 24,23% |
| Vereinigtes Königreich | 1 833 619 | 3,84% |
| GESAMT | 47 772 915 | 100% |

Die außerbudgetären Mittelzusagen und Ausgaben für die Sonderbeobachtermission sind inbegriffen.

| GEBER | AUSGABEN (€) | % |
|---|-------------------|-------------|
| Andorra | 13 801 | 0,04% |
| Australien | 31 427 | 0,09% |
| Belgien | 50 000 | 0,15% |
| Center for Energy Systems (CES) | 1 458 | 0,00% |
| Central European Initiative (CEI) | 6 765 | 0,02% |
| Dänemark | 575 935 | 1,70% |
| Deutschland | 5 027 696 | 14,84% |
| Österreich | 299 520 | 0,88% |
| Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) | 32 854 | 0,10% |
| Kanada | 1 675 551 | 4,94% |
| Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) | 134 228 | 0,40% |
| Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) | 45 754 | 0,14% |
| ENVSEC-Treuhandfonds | 61 784 | 0,18 % |
| Estland | 39 025 | 0,09% |
| Europäische Union | 9 496 408 | 28,03% |
| Finnland | 889 708 | 2,63% |
| Frankreich | 35 036 | 0,10% |
| Ungarn | 27 475 | 0,08% |
| Norwegisches Institut für internationale Angelegenheiten (NUPI) International | 40 052 | 0,12% |
| Finnish Institute of International Affairs | 1 996 | 0,01% |
| International Media Support (IMS) | 14 738 | 0,04% |
| Irland | 85 383 | 0,25% |
| Israel | 19 000 | 0,06% |
| Italien | 537 034 | 1,58% |
| Japón | 471 543 | 1,39% |
| Letonia | 52 610 | 0,16% |
| Liechtenstein | 162 239 | 0,48% |
| Litauen | 34 051 | 0,10% |
| Luxemburg | 152 597 | 0,45% |
| Malta | 25 000 | 0,07 % |
| Monaco | 53 869 | 0,16 % |
| Norwegen | 1 117 275 | 3,30% |
| Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) | 39 266 | 0,12% |
| Internationale Organisation für Migration (IOM) | 289 314 | 0,85% |
| Niederlande | 1 282 135 | 3,78% |
| Polen | 9 170 | 0,03% |
| Schweden | 1 313 225 | 3,88% |
| Schweiz | 1 637 699 | 4,83% |
| Slowakei | 13 318 | 0,04% |
| Slowenien | 5 000 | 0,01% |
| Spanien | 143 896 | 0,42% |
| Serbien | 22 804 | 0,07% |
| Tschechische Republik | 169 890 | 0,50% |
| Türkei | 7 712 | 0,02% |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 7 256 176 | 21,41% |
| Vereinigtes Königreich | 522 841 | 1,54 % |
| GESAMT | 33 885 234 | 100% |

Personal

ENTSANDTES PERSONAL UND PERSONAL MIT BEFRISTETEM DIENSTVERTRAG MIT
STAND VOM 31. DEZEMBER 2016*

(EINSCHLIESSLICH DES AUS AUSSERBUDGETÄREN BEITRÄGEN FINANZIERTEN
PERSONALS)

| | Kosovo | Bosnien und Herzegowina | Skopje | Serbien | Montenegro | Albanien | Eriwan | Pers. Beauftr. d. AV f. d. Minsk-Konferenz | Moldau | Ukraine | Astana | Aschgabat | Bischkek | Tadschikistan | Usbekistan | Feldoperationen gesamt | Sekretariat | Beauftragte Medienfreiheit | HKNM | ODIHR | Sekretariat und Institutionen gesamt | SUMME | |
|--|--------|-------------------------|--------|---------|------------|----------|--------|---|--------|---------|--------|-----------|----------|---------------|------------|---------------------------|-------------|----------------------------|------|-------|---|-------|---|
| Albanien | 3 | | | | | | | | | | | | | 1 | | 4 | 2 | | | | 2 | 6 | |
| Andorra | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Armenien | | | | | | | | | | | | | 1 | | | 1 | 1 | | | | 1 | 2 | 3 |
| Aserbaidshan | | | | | | | | | | | | | 1 | | | 1 | 1 | | 1 | 1 | 3 | 4 | |
| Belarus | | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | 2 | | | 3 | 5 | 6 | |
| Belgien | | | | | | | | | | | | | | | | | 2 | | | 2 | 4 | 4 | |
| Bosnien und Herzegowina | 9 | | 1 | | 1 | 1 | | | | | | | | 1 | | 13 | 5 | 1 | | 5 | 11 | 24 | |
| Bulgarien | | | | | | | 1 | | | 1 | | | | 1 | | 3 | 1 | | | 1 | 2 | 5 | |
| Dänemark | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 | | | 1 | | 1 | 2 | |
| Deutschland | 3 | 1 | 1 | 2 | | 2 | 1 | | 1 | | | 1 | 1 | 2 | 1 | 16 | 2 | 1 | 2 | 7 | 35 | 51 | |
| die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | 18 | 2 | | | | 2 | | | | | | | | 1 | | 23 | 3 | | 1 | 2 | 6 | 29 | |
| Estland | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 | | | | | | 1 | |
| Finnland | 1 | | 1 | | | | | | | | | | | 2 | | 4 | 5 | | 1 | 2 | 8 | 12 | |
| Frankreich | | | 1 | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 | 1 | 2 | 3 | 19 | 20 | |
| Georgien | 1 | | | | | | | | | | 1 | | 1 | 1 | | 4 | 4 | | | 2 | 6 | 10 | |
| Griechenland | 2 | | 3 | | | | | | | | | | | 1 | | 6 | 2 | | | 1 | 3 | 9 | |
| Heiliger Stuhl | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Irland | 3 | 3 | 3 | | 1 | 1 | | | | | | | | 1 | | 12 | 6 | | | | 6 | 18 | |
| Island | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | 1 | |
| Italien | 14 | 7 | 3 | 9 | 1 | 3 | | | | | | | 1 | 1 | | 39 | 1 | | 3 | 6 | 22 | 61 | |
| Kanada | 6 | 1 | | 1 | | 1 | | | | | | | | | 1 | 10 | 5 | | | 3 | 8 | 18 | |
| Kasachstan | | | | | | | | | | | | | | | | | 3 | 1 | | | 4 | 4 | |
| Kirgisistan | 2 | | | 1 | | | | | 1 | | | | | | | 4 | | | | 1 | 1 | 5 | |
| Kroatien | 2 | | | | | | | | | | | | | | | 2 | 1 | | 1 | | 2 | 4 | |
| Lettland | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 | 1 | |
| Liechtenstein | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Litauen | | | | | | | | | | 1 | | | | | | 1 | 1 | | | | 1 | 2 | |
| Luxemburg | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | 1 | |
| Malta | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | 1 | |
| Moldau | 1 | | 1 | 1 | | 1 | 1 | | | | | | 4 | 3 | | 12 | 4 | | 1 | 1 | 6 | 18 | |
| Monaco | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mongolei | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Montenegro | 1 | | | | | 1 | | | | | | | | | | 2 | | | | | | 2 | |
| Niederlande | 1 | 1 | | | | | | | | | | | | | | 2 | 4 | 1 | 1 | 3 | 9 | 11 | |
| Norwegen | 1 | | | | | | | | | | | | | 1 | | 2 | 4 | | | 2 | 6 | 8 | |
| Österreich | 1 | | 1 | 1 | | 1 | 1 | | | | | | 1 | 1 | | 7 | 1 | 1 | 1 | 1 | 13 | 20 | |
| Polen | 1 | | 3 | | | | | | | | | | | 1 | | 6 | 2 | | | 10 | 12 | 18 | |
| Portugal | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | | | | 1 | |
| Rumänien | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 | 2 | | | 2 | 4 | 5 | |
| Russische Föderation | 1 | 2 | 1 | | 1 | 1 | | | | | | | 3 | 3 | | 12 | 7 | 1 | 1 | 4 | 13 | 25 | |
| San Marino | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Schweden | 3 | | | 1 | | | 1 | 3 | | | | | | | | 8 | 4 | 1 | | | 5 | 13 | |
| Schweiz | 1 | | | | | | | | | | | | 1 | | | 2 | 7 | | | 2 | 9 | 11 | |
| Serbien | | | | | 1 | 1 | | | | | | 1 | 1 | | | 4 | 2 | | | 2 | 4 | 8 | |
| Slowenien | | | | | | | | | | | | | | 1 | | 1 | 2 | | | 1 | 3 | 4 | |
| Slowakei | 1 | 1 | 1 | | | | | | | | | | 1 | | | 4 | 2 | | | 2 | 6 | 6 | |
| Spanien | 2 | 3 | 1 | | | 1 | | | | | | | | 1 | | 8 | 6 | | | | 6 | 14 | |
| Tadschikistan | 1 | | | | | | | | | | | | 2 | | | 3 | | | | | | 3 | |
| Tschechische Republik | 2 | | 1 | | | | 1 | 1 | | | | | | | | 5 | 2 | | | 1 | 3 | 8 | |
| Türkei | 2 | | 1 | | | | | | | | | | | | | 3 | 4 | | | | 4 | 7 | |
| Turkmenistan | | | | | | | | | | | | | 1 | | 1 | 1 | | | | 1 | 2 | 3 | |
| Ukraine | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 | 5 | | | 3 | 8 | 9 | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|-----|-----|-----|-----|----|----|----|----|----|----|----|----|-----|-----|----|-------|-----|----|----|-----|-----|-------|----|
| Ungarn | 2 | | 3 | | | 1 | | | 1 | | 1 | | | | | 8 | 2 | | 1 | | 1 | 4 | 12 |
| Usbekistan | | | | | | 1 | | | 1 | | 1 | | | | | 3 | 2 | | | | | 2 | 5 |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 4 | 4 | 4 | 3 | | | 2 | | 2 | 1 | 1 | | 1 | 3 | | 25 | 9 | 2 | 2 | 6 | 19 | 44 | 44 |
| Vereinigtes Königreich | 11 | 2 | 4 | 1 | 1 | 3 | | 1 | 2 | | | | | 1 | | 26 | 9 | 2 | 1 | 6 | 18 | 44 | 44 |
| Zypern | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Internationales Personal | 103 | 27 | 34 | 20 | 6 | 19 | 7 | 6 | 12 | 3 | 4 | 56 | 18 | 28 | 2 | 294 | 188 | 13 | 19 | 86 | 306 | 600 | |
| Ortspersonal | 392 | 284 | 107 | 120 | 30 | 66 | 42 | 11 | 43 | 68 | 22 | 21 | 99 | 181 | 23 | 1.509 | 197 | 3 | 14 | 73 | 287 | 1.796 | |
| Personal gesamt | 495 | 311 | 141 | 140 | 36 | 85 | 49 | 17 | 55 | 71 | 26 | 26 | 117 | 209 | 25 | 1.803 | 385 | 16 | 33 | 159 | 593 | 2.396 | |

* Enthält das aus dem Gesamthaushalt und aus außerbudgetären Beiträgen finanzierte Personal mit Stand vom 31. Dezember 2016, jedoch nicht das Personal der Sonderbeobachtermission in der Ukraine und der Beobachtermission an den russischen Grenzkontrollposten Gukowo und Donezk.

FOLGEN SIE UNS AUF

 facebook.com/osce.org

 twitter.com/OSCE

 youtube.com/user/osce

 linkedin.com/company/osce

 instagram.com/osceorg

 soundcloud.com/osce

Herausgegeben von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen

Büro des Generalsekretärs

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

1010 Wien

Österreich

www.osce.org

©OSCE 2017

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation kann für Ausbildungs- und andere nichtkommerzielle Zwecke frei verwendet und kopiert werden, sofern in jeder Reproduktion die OSZE als Quelle genannt wird.

ISBN 978-3-903128-03-3

Redaktion: **Raschad Husejnow**

Graphische Gestaltung und Layout: **comma I communications design**

Titelbild: **Jewgeni Maloletka**

In Österreich auf Umweltpapier gedruckt von: **Red hot 'n' cool**